



Simon T. Franzmann und Marcel Lewandowsky

POPULISMUS? POPULISMEN!

Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer
Parteien in Westeuropa

IMPRESSUM

Die vorliegende Studie „Populismus? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa“ ist ein Ergebnis des Forschungsprojektes „Protektionismus und Rechtspopulismus im europäischen Vergleich“ von Prof. Dr. Simon T. Franzmann und Dr. Marcel Lewandowsky.

Das Projekt wurde von der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH finanziell unterstützt.

Bonn 2020

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Holger Jackisch

Katharina Menrath

Hannah Scharrenberg

V.i.S.d.P.:

Dr. Stefan Brüggemann

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Simon T. Franzmann und Marcel Lewandowsky

POPULISMUS? POPULISMEN!

*Programmatische Heterogenität
rechtspopulistischer Parteien
in Westeuropa*

INHALT

GRUSSWORT <i>Yvonne Schroth</i>	Seite 05
VORWORT <i>Frank Decker</i>	Seite 06
1. EINLEITUNG	Seite 07
2. WAS IST POPULISMUS UND WIE KANN ER GEMESSEN WERDEN?	Seite 12
3. DIE ANALYSE VON WAHLPROGRAMMEN: Methode, Fallauswahl und was die Studie zeigt	Seite 15
4. NICHT NUR IDENTITÄTSPOLITIK: Populismus, Protektionismus und Wirtschaftspolitik	Seite 22
4.1. Strukturelle Faktoren: Marktliberalismus und Populismus	Seite 22
4.2. Ideologische Quellen des Protektionismus	Seite 23
4.3. International vergleichende Muster des Protektionismus	Seite 25
4.4. Befunde zu Populismus, Wirtschaftspolitik und Protektionismus	Seite 27
5. DIE TEILDIMENSIONEN DES POPULISMUS	Seite 32
5.1. Anti-Establishment-Framings	Seite 35
5.2. Volkszentriertheit	Seite 40
5.3. Anti-Pluralismus	Seite 46
6. SONDERFÄLLE UND AUSREISSER	Seite 49
6.1. AfD	Seite 49
6.2. Die dänische DF	Seite 50
6.3. M5S	Seite 51
7. FAZIT UND WEITERGEHENDE ÜBERLEGUNGEN	Seite 52
Literaturverzeichnis	Seite 55
Anhang: Codebuch: Comparative Party-Based Populism Dataset (CPPD)	Seite 57

GRUSSWORT



© Dr. Yvonne Schroth

Dr. Yvonne Schroth
Mitglied des Vorstands
der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Seit einigen Jahren beschäftigt das Erstarken rechts-populistischer Parteien die empirische Wahlforschung. Als Projektpatin aus der Praxis fühlte ich mich sehr geehrt, im Rahmen eines Projekttreffens meine empirischen Ergebnisse mit Blick auf die Wählerschaft in Deutschland bei Bundestags- und Landtagswahlen darlegen zu können.

Prof. Dr. Simon T. Franzmann und Dr. Marcel Lewandowsky untersuchen in ihrem Forschungsprojekt die Ebene der Parteien und deren programmatischen Angebote an die Wähler mit dem Ziel, die rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa besser verstehen und vor allem inhaltlich vergleichen zu können. Durch eine differenzierte Messung der populistischen Framings in den Parteiprogrammen gelang es ihnen erstmals, verschiedene Grade von Populismus von 11 rechtspopulistischen Parteien aus zehn westeuropäischen Ländern im Zeitraum von 2000 bis 2017 aufzuzeigen. Der daraus entstandene Datensatz (Comparative Party-based Populism Dataset: CPPD) ist damit anschlussfähig an die international vergleichende empirische Forschung.

Das vorrangige Ziel war es, die Heterogenität des Populismus aufzuzeigen: Welchen Begriff von „Volk“ zeichnen die Parteien? Gegen welche Eliten, national wie international, grenzen sie sich ab? Und welche Rolle spielt der Anti-Pluralismus, also feindliche Positionen gegenüber gesellschaftlichen und politischen Gruppen? Auch wurde untersucht, welche Rolle dem Protektionismus

„WELCHEN BEGRIFF VON ‚VOLK‘ ZEICHNEN DIE PARTEIEN? GEGEN WELCHE ELITEN, NATIONAL WIE INTERNATIONAL, GRENZEN SIE SICH AB? UND WELCHE ROLLE SPIELT DER ANTI-PLURALISMUS, ALSO FEINDLICHE POSITIONEN GEGENÜBER GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN GRUPPEN?“

zukommt. Die Daten zeigen, dass dieser bei rechtspopulistischen Parteien weniger ökonomisch, sondern vielmehr kulturell begründet ist. Darüber hinaus konnte demonstriert werden, dass rechtspopulistische Parteien in ihren Programmen nicht offen demokratiefeindlich auftreten, sondern sich als eigentliche Verteidiger der Demokratie gegen „die da oben“ stilisieren.

Dieses Ergebnis stellt die klassischen Gegenstrategien vor massive Herausforderungen und unterstreicht die Relevanz des Projektes nicht nur für die Forschung, sondern auch für die politische Praxis. Gerade deshalb wünsche ich dem Projekt große Aufmerksamkeit und viel positive Resonanz! ■

VORWORT



© Prof. Dr. Frank Decker

Prof. Dr. Frank Decker
Wissenschaftlicher Leiter der
Bonner Akademie, Institut für
Politische Wissenschaft und Soziologie
der Universität Bonn

Die Populismusforschung boomt und ist heute selbst für Eingeweihte kaum noch überschaubar. Ein Mangel an theoretisch-konzeptionellen Analysen besteht dabei nicht, allerdings gibt es nach wie vor manche Leerstellen und Lücken in der empirischen Forschung. Dies liegt einerseits in der Natur der Sache, da der Gegenstand selbst sich zeitlich fortentwickelt und mithin der kontinuierlichen Beobachtung und Bearbeitung bedarf. Andererseits fehlt es in vielen Bereichen mangels Datenbasis an verlässlichen Vergleichsstudien. Dies gilt sowohl für die Nachfrageseite der Wähler, deren sozialstrukturelle Verortung und Einstellungsmuster Aufschluss über die Entstehungshintergründe und Erfolgsursachen des Populismus geben können, als auch für die Angebotsseite der Parteien selbst, also deren programmatisches Angebot, organisatorischer Aufbau und Techniken der Wähleransprache. Wenn es hier an Analysen mangelt, liegt das nicht selten an den für vergleichende Forscher schwer überwindlichen Sprachbarrieren.

Die vorliegende Untersuchung der Programmatik (rechts)populistischer Parteien überwindet diese Barrieren zum Teil. Zumindest für West- und Nordeuropa ist ihr Sample nahezu vollständig (wenn man von Belgien, Island und Norwegen absieht), von den südeuropäischen Ländern gesellt sich mit Italien ein weiterer Fall hinzu. Die Untersuchung möchte anhand der Wahlprogramme die populistische Qualität dieser Parteien empirisch bestimmen und messen. Populismus wird dabei an zwei Kriterien festgemacht: der Volkszentriertheit und der Anti-Establishment-Orientierung, denen wiederum zwei andere Merkmale – Protektionismus und Anti-Pluralismus – inhaltlich-ideologisch zugeordnet sind. In den beiden zuletzt genannten Merkmalen spiegeln sich zugleich die beiden ökonomischen und

„DIE UNTERSUCHUNG
ERWEITERT UNSER
WISSEN ÜBER DIE
RECHTSPOPULISTISCHE
PARTEIENFAMILIE AN
WICHTIGEN STELLEN UND
WARTET DABEI ZUM TEIL
MIT ÜBERRASCHENDEN,
SOGAR KONTRAI NTUITIVEN
BEFUNDEN AUF.“

kulturellen Konfliktlinien wider, die der populistischen Transformation der Parteiensysteme allgemein zugrunde liegen.

Die Studie ist ein veritables Gemeinschaftswerk. Um den konzeptionellen Rahmen zu entwickeln, haben die beiden Projektleiter, Prof. Dr. Simon Franzmann und Dr. Marcel Lewandowsky, mehrere wissenschaftliche Workshops mit Experten aus einigen der untersuchten Länder organisiert, an denen auch interessierte Studierende teilnahmen. Die Codierung und Auswertung der Wahlprogramme erfolgte im Rahmen von drei Projektseminaren an der Universität Bonn, der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg durch die dortigen Studierenden, denen insofern für ihre Mitarbeit ebenso der Dank der BAPP gebührt wie den beiden Projektleitern. Die Untersuchung erweitert unser Wissen über die rechtspopulistische Parteienfamilie an wichtigen Stellen und wartet dabei zum Teil mit überraschenden, sogar kontraintuitiven Befunden auf – etwa bei der Einordnung der Dänischen Volkspartei oder der italienischen Fünfsternebewegung. Darüber hinaus liefert sie Hinweise, wie und wie nicht der Herausforderung am besten zu begegnen sei. ■

1. EINLEITUNG

Seit einigen Jahren können rechtspopulistische Parteien zunehmend Erfolge feiern. Nicht nur verfügen sie über ein zum Teil enormes Wählerreservoir. In Österreich, Finnland und der Schweiz, in Polen und Ungarn waren oder sind Rechtspopulisten an Koalitionen beteiligt. In den Niederlanden und Dänemark wurden konservativ-liberale Regierungen durch rechtspopulistische Parteien toleriert. Und selbst, wenn die Rechtspopulisten sich nach Wahlen in der Opposition wiederfinden: Sie prägen Themen und Sprache des politischen Diskurses und zwingen die rechten und linken Parteien des politischen Mainstreams zu Gegenreaktionen. Nicht zuletzt lässt sich beobachten, dass die Forderungen rechtspopulistischer Parteien nicht ungehört bleiben, sondern in den Diskurs einsickern: zuweilen sehen sich konservative, liberale und auch sozialdemokratische Parteien versucht, sich ihnen in der Migrationspolitik ein Stückweit anzunähern (Abou-Chadi und Krause 2018).

Arbeiten zum Rechtspopulismus füllen mittlerweile ganze Bibliotheken. Und selbst, wenn mancher zu Recht argumentieren mag, dass das Thema zumindest auf theoretischer Ebene „ausgeforscht“ sei, so inspiriert die politische Relevanz rechtspopulistischer Parteien zu immer neuen Publikationen. Die vorliegende Arbeit bildet dabei keine Ausnahme. Zugleich beansprucht sie vor allem für die politische Praxis einige Relevanz.

Die Idee, die diesem Projekt zugrunde liegt, ist jene, rechtspopulistische Parteien empirisch besser zu verstehen. Beobachten wir Politiker der Freiheitlichen

Partei Österreichs (FPÖ), der Partij voor de Vrijheid (PVV) oder auch der Alternative für Deutschland (AfD), so führen wir die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ oft im Munde. Und nicht ohne Grund ist der Begriff ein „Schimpfwort“ (Decker 2004: 21), das in politischen Auseinandersetzungen schnell bei der Hand ist. Was aber genau meinen wir, wenn wir „rechtspopulistisch“ sagen? Und: bedeutet das auch, dass alle Parteien, die wir so bezeichnen, ein ähnliches politisches Angebot aufweisen und vergleichbare Framings verwenden? Oder gibt es auch innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums Unterschiede, die nachvollzogen werden müssen, wenn man den Rechtspopulismus in Gänze begreifen will?

Tatsächlich zeigt schon ein erster Blick in die Wahlprogramme, dass rechtspopulistische Parteien unterschiedliche, zum Teil sogar widersprüchliche Positionen vertreten. Besonders offensichtlich wird das im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Fragen, etwa nach der Bedeutung traditioneller Geschlechterrollen und Familienstrukturen. Ein Beispiel hierfür ist die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV).

„Es ist jetzt auch Zeit, sich für die Verteidigung der wesentlichen Bestandteile unserer Kultur zu entscheiden: die Freiheit von Homosexuellen und die Gleichwertigkeit von Mann und Frau.“

(Wahlprogramm der Partij voor de Vrijheid 2010)

„TATSÄCHLICH ZEIGT SCHON EIN ERSTER BLICK
IN DIE WAHLPROGRAMME, DASS RECHTSPOPULISTISCHE
PARTEIEN UNTERSCHIEDLICHE, ZUM TEIL SOGAR
WIDERSPRÜCHLICHE POSITIONEN VERTRETEN.“

Im Kontrast dazu steht eine Aussage des Front National (FN), in dessen Programm zur französischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 es heißt:

„Grundlage der Familie darf ausschließlich die Verbindung eines Mannes und einer Frau bilden, mit dem Ziel, Kinder hervorzubringen, die gemeinsam mit Vater und Mutter aufwachsen. Wir widersetzen uns daher allen Forderungen nach der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und/oder einer Adoption durch homosexuelle Paare.“

(Wahlprogramm des Front National 2012)

Wir sehen also, dass bereits im ideologischen Kernbereich des Rechtspopulismus eine gewisse Varianz unter den westeuropäischen Parteien ausgemacht werden kann. Auf der einen Seite finden wir Positionen vor, die sich die Verteidigung klassischer Familienstrukturen zu Eigen machen und die Normalisierung bzw. Normalität nicht-heteronormativer Geschlechtszuschreibungen infrage stellen. Auf der anderen Seite konnten rechtspopulistische Parteien hier in der Vergangenheit auch eine durchaus liberale Positionierung einnehmen, weshalb einige Forscher sich gerade mit Blick auf den niederländischen Rechtspopulismus zum Teil mit einer Einordnung schwertaten (siehe Decker und Lewandowsky 2012).

Betrachtet man den Populismus selbst – also die Frage, wie eine Partei „Volk“ und „Eliten“ zueinander in Beziehung setzt –, werden ebenfalls Unterschiede deutlich. Nicht jede Partei, die wir als populistisch bezeichnen, artikuliert auch eine feindliche Haltung gegenüber den Institutionen der liberalen Demokratie.

„In unserem Schweden darf Schweden einfach Schweden sein und seine Einwohner dürfen einfach Schweden sein. In unserem Schweden hat das schwedische Volk die Macht, in schwedischen Wahlen seine gemeinsame Zukunft selbst zu gestalten. In unserem Schweden ist der schwedische Reichstag das höchste beschlussfassende Organ. Unser Schweden ist ein selbständiger, freier und demokratischer Nationalstaat, der sich in Zusammenarbeit mit anderen Ländern für ein besseres Europa und eine bessere Welt einsetzt.“

(Wahlprogramm der Schwedendemokraten 2010)

Wohl im Gegensatz zu dem, was man von Populisten erwarten würde, beziehen sich die Schwedendemokraten zwar durchaus auf ein „Wir“; es fehlt zumindest in dieser Passage jedoch die ablehnende Position gegenüber dem politischen Establishment, die den Populismus auszeichnet. Demgegenüber mutet ein Auszug aus dem Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Jahr 2017 geradezu typisch an:

„Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vorrangliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt.“

(Wahlprogramm der AfD 2017: 7)

„BETRACHTET MAN DEN POPULISMUS SELBST – ALSO DIE FRAGE, WIE EINE PARTEI ‚VOLK‘ UND ‚ELITEN‘ ZUEINANDER IN BEZIEHUNG SETZT –, WERDEN EBENFALLS UNTERSCHIEDE DEUTLICH. NICHT JEDE PARTEI, DIE WIR ALS POPULISTISCH BEZEICHNEN, ARTIKULIERT AUCH EINE FEINDLICHE HALTUNG GEGENÜBER DEN INSTITUTIONEN DER LIBERALEN DEMOKRATIE.“

Land	Partei(en)	Jahre
Dänemark	Dänische Volkspartei (DF)	2001, 2005, 2007, 2011
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	2013, 2017
Finnland	Wahre Finnen/Die Finnen (PS)	2003, 2007, 2011
Frankreich	Front National (FN)	2002, 2007, 2012, 2017
Italien	MoVimento 5Stelle (M5S)	2013, 2018
Niederlande	Partei voor de Vrijheid (PVV)	2006, 2010, 2012, 2017
Österreich	Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	2006, 2008
	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	2002, 2006, 2008, 2013, 2017
Schweden	Schwedendemokraten (SD)	2006, 2010, 2014
Schweiz	Schweizerische Volkspartei (SVP)	2003, 2007, 2011
Vereinigtes Königreich	United Kingdom Independence Party (UKIP)	2001, 2005, 2010, 2015

Tabelle 1: Länder, Parteien und Zeitpunkte nationaler Wahlen in der Studie

Bereits diese Auszüge legen nahe, dass innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums Heterogenität vorgefunden werden kann, und zwar sowohl mit Blick auf die ideologische Ausprägung als auch auf den Populismus selbst. Bislang allerdings wurden diese Unterschiede noch nicht so detailliert und systematisch erhoben, wie es für ein vertieftes Verständnis des Rechtspopulismus wünschenswert wäre.

Die vorliegende Broschüre ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, das sich die Erfassung dieser Heterogenität innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums zum Ziel gesetzt hat und damit zu einem differenzierten Verständnis dieser Parteienfamilie beitragen will. Der Fokus liegt dabei auf Westeuropa. Das hat den Grund, dass die rechtspopulistischen Parteien in Mittel- und Osteuropa auf anderen historisch-gesellschaftlichen Konfliktlinien „aufsitzen“ und zum Teil deutliche ideologische Unterschiede zu den Rechtspopulisten Westeuropas bestehen (Pirro 2014). Stattdessen untersuchen wir also jene Fälle, in denen wir eigentlich Ähnlichkeit erwarten und befassen uns mit deren Varianz.

Wir konzentrieren uns dabei auf drei wesentliche Aspekte. Erstens untersuchen wir den Populismus selbst. Wir fragen also danach, wie sich Volkszentriert-

heit und Anti-Establishment-Positionierung zwischen den einzelnen Parteien unterscheiden, wie das „Volk“ jeweils konstruiert wird und gegen welche (politischen) Eliten sich die Akteure richten. Zweitens betrachten wir die gesellschaftspolitische Dimension des Rechtspopulismus. Dabei untersuchen wir, gegen welche Gruppen, zivilgesellschaftlichen Akteure, Ideologien und Religionen sich die Parteien richten. Zuletzt legen wir besonderes Gewicht auf einen bislang untererforschten Bereich, namentlich die Frage, wie sich rechtspopulistische Parteien wirtschaftspolitisch positionieren, zumal ihre Wählerschaft eine restriktivere Wirtschaftspolitik durchaus unterstützt (van der Waal und de Koster 2018). Ziel des Projekts ist ein differenziertes, empirisch informiertes Abbild des westeuropäischen Rechtspopulismus, die die Debatte und den Umgang mit diesen Parteien inspirieren kann (Tabelle 1).

Als Datengrundlage ziehen wir dabei die Wahlprogramme rechtspopulistischer Parteien aus neun westeuropäischen Ländern heran. Wahlprogramme sind empirisch bereits deshalb interessant, weil sie einen unmittelbaren Zugriff auf die Kommunikation der Partei gewähren. In aller Regel beschränken wir uns dabei auf die jeweils erfolgreichste rechtspopulistische Partei, was aus unserer Sicht bereits deshalb Sinn macht, da

„UM DIE PARTEIEN SYSTEMATISCH MIT-EINANDER VERGLEICHEN ZU KÖNNEN, WERDEN DIE WAHLPROGRAMME VERSCHLÜSSELT, DAS HEISST, IHNEN WERDEN CODES ZUGEORNET, WODURCH FÜR JEDE ZUVOR DEFINIERTE POPULISMUS-DIMENSION WERTE ERMITTELT WERDEN KÖNNEN.“

die Rechtspopulisten in den meisten Fällen als Sammlungsparteien agieren und ähnlich erfolgreiche Konkurrenten nicht auszumachen sind. Eine Ausnahme bildet Österreich. Hier untersuchen wir in den Jahren 2006 und 2008 auch das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ),

eine Abspaltung der Freiheitlichen Partei (FPÖ), die sich während deren Regierungszeit bildete. Zusätzlich betrachten wir mit der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) aus illustrativen Gründen eine populistische Partei diesseits des rechten Spektrums.

Um die Parteien systematisch miteinander vergleichen zu können, werden die Wahlprogramme verschlüsselt, das heißt, ihnen werden Codes zugeordnet, wodurch für jede zuvor definierte Populismus-Dimension Werte ermittelt werden können. Das erfolgte mittels studentischer Coder in politikwissenschaftlichen Bachelor- und Masterstudiengängen an der Universität Düsseldorf, der Universität Bonn sowie der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, die zuvor einer intensiven Coderausbildung unterzogen wurden. Während wir auf die Methode im späteren Verlauf der Arbeit im Einzelnen eingehen, wollen wir den Studierenden an dieser Stelle für ihre Arbeit danken, ohne die dieses Projekt nicht möglich gewesen wäre (Tabelle 2).

Die vorliegende Zusammenfassung unserer Studie ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Kapitel befassen wir uns mit der Frage, was unter Populismus verstanden wird – und was nicht – und wie er empirisch gemessen werden kann. Danach wenden wir uns im Speziellen dem Verhältnis von Populismus und Protektionismus zu, verstanden als Gesamtheit politischer Vorschläge, die auf ökonomische Abschottung abzielen. Im darauffolgenden Teil legen wir die Methode dar, mit der die em-

Januar bis März 2018	Projektplanung und Finalisierung des Codebuchs
13. April 2018	Auftaktworkshop
April bis Juli 2018	Erste Codierrunde an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
14. September 2018	Workshop „Die Vermessung des Rechtspopulismus in Westeuropa“
Oktober 2018 bis März 2019	Zweite Codierrunde an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
10. Januar 2019	Abschlussveranstaltung „Rechtspopulismus in Westeuropa: Schwesterparteien oder entfernte Cousins?“
August 2019	Finalisierung des Datensatzes

Tabelle 2: Ablaufplan des Forschungsprojekts

pirische Messung populistischer Framings in Parteiprogrammen durchgeführt wurde. Im Anschluss berichten wir die empirischen Ergebnisse der Studie und reflektieren ihre Implikationen im Einzelnen, wobei wir sowohl Muster aufdecken als auch auf Sonderfälle eingehen.

Eine empirische Studie dieses Formats wäre ohne individuelle und organisatorische Unterstützung kaum durchführbar gewesen. Zuvorderst danken möchten wir der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP), die das Projekt finanziell gefördert und damit die Voraussetzung für ihr Gelingen gelegt hat. Namentlich sind wir Herrn Holger Jackisch für die hervorragende organisatorische Betreuung des Projekts zu Dank verpflichtet. Ferner wollen wir Herrn Professor Dr. Frank Decker für sein wissenschaftliches Zutrauen und für die Durchführung des Forschungsseminars an der Universität Bonn danken. Nicht zuletzt profitierte das Projekt auch von dem Interesse und der Unterstützung unserer Projektpatin, Frau Dr. Yvonne Schroth. Ein besonderer Dank gilt unserer Projektmitarbeiterin, Frau Jasmin König, ohne deren Unterstützung bei der Datensammlung und -aufbereitung dieses Projekt sicher nicht möglich gewesen wäre, sowie an Herrn Simon Miksch und Herrn Johannes Hamers für ihre Unterstützung beim Korrekturat. Von großer Bedeutung für den Erfolg des Projekts waren auch die Anregungen von Frau Nicole Loew, Frau Dr. Saskia Ruth-Lovell und Herrn Dr. Andrej Zaslove im Rahmen unserer Workshops. Schließlich bedanken wir uns auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Seminare und Lehrforschungsprojekte an der Universität Bonn, der Helmut-Schmidt-Bundeswehruniversität Hamburg und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für Ihre wertvollen Diskussionsbeiträge und unterstützenden Kodierarbeiten. ■

DIE AUTOREN



©Dr. Simon T. Franzmann

Prof. Dr. Simon T. Franzmann hat zum 1.4.2020 einen Ruf auf die Professur für „Politikwissenschaft – Schwerpunkt Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“ an der Universität Siegen angenommen. Nach der Promotion 2009 an der Universität zu Köln war er Mitarbeiter an den Universitäten Potsdam und Düsseldorf sowie Lehrstuhlvertreter in Greifswald, der Ludwig-Maximilians-Universität München und in Siegen. Er habilitierte sich 2017 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Demokratieforschung, Parteienwettbewerb, Populismus und Opposition in etablierten Demokratien sowie sozialwissenschaftliche Inhaltsanalysen.



©Dr. Marcel Lewandowsky

Dr. Marcel Lewandowsky ist Inhaber einer DAAD-Gastdozentur am Center for European Studies der University of Florida (Gainesville, USA). Im Sommersemester 2019 vertrat er die Professur für Public Policy und Landespolitik an der Universität Duisburg-Essen und war seit 2013 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr tätig. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich des Populismus, der international vergleichenden Parteienforschung sowie der Erforschung demokratischer Institutionen.

„ZIEL DES PROJEKTS IST EIN DIFFERENZIIERTES, EMPIRISCH INFORMIERTES ABBILD DES WESTEUROPÄISCHEN RECHTS-POPULISMUS, DIE DIE DEBATTE UND DEN UMGANG MIT DIESEN PARTEIEN INSPIRIEREN KANN.“

2. WAS IST POPULISMUS UND WIE KANN ER GEMESSEN WERDEN?

In der Alltagssprache führen wir den Begriff „Populismus“ im Munde, wenn wir politische Akteure als opportunistisch, unzuverlässig oder, um einen etwas weniger negativ besetzten Begriff zu verwenden, „volksnah“ bezeichnen wollen. Oftmals findet der Begriff dann Verwendung, wenn Politiker sich vermeintlich unsehrlich verhalten, sich mit unausgegorenen Konzepten hervortun und das langfristige „Bohren dicker Bretter“ zugunsten einer kurzfristigen, vermeintlich populären Politik aufgeben.

Auch in der politikwissenschaftlichen und historischen Forschung war der Populismus lange Zeit kein eng definierter Begriff. Eine ganze Reihe von Arbeiten setzte sich daher immer auch mit der Frage auseinander, was unter Populismus verstanden werden kann. Es gibt nicht eine Definition des Begriffs, sondern mehrere, und lange Zeit entzog sich die Debatte einem gemeinsamen Nenner (Decker 2004: 21ff.). Diese nochmals aufzugreifen würde an dieser Stelle zu weit führen. Wir wollen

„DEMNACH IST POPULISMUS KEINE IDEOLOGIE IM SINNE EINER VOLL ENTWICKELTEN WELTANSCHAUUNG, SONDERN EIN KERNKONZEPT, DAS AN UNTERSCHIEDLICHE IDEOLOGIEN ANSCHLIESSEN KANN.“

aber auf die Überlegungen von Laclau (2007), Canovan (1981) und Moffitt (2016) verweisen, die von dem von uns gewählten Ansatz in einigen konzeptionellen Details abweichen. Für eine konzise Übersicht über die Debatte lohnt ein Blick in die Arbeit von Rydgren (2017).

Unser konzeptioneller Ausgangspunkt ist der sogenannte *ideational approach* (Hawkins 2009; Hawkins und Rovira Kaltwasser 2017; Mudde 2004). Demnach ist Populismus keine Ideologie im Sinne einer voll entwickelten Weltanschauung, sondern ein Kernkonzept, das an unterschiedliche Ideologien anschließen kann. Damit unterscheidet sich der Populismus von stark entwickelten Ideologien, wie etwa dem Kommunismus, dem Nationalsozialismus, dem Liberalismus und dem Konservatismus. Im Gegensatz zu diesen formuliert er keine auf alle – oder zumindest die meisten – Politik- oder gar Lebensbereiche ausstrahlende Werthaltung. Vielmehr handelt es sich beim Populismus um eine normative Position bezüglich dessen, wie eine „echte“ Demokratie zu funktionieren habe, und zwar einerseits mit Blick auf die *Souveränität*, andererseits hinsichtlich der *Repräsentation* des „Volkes“.

Unter Populismus versteht man demnach zum einen den Appell an das „Volk“, das als homogene Gemeinschaft verstanden wird (Mudde 2004, 2007; Decker 2004). Populisten negieren dabei die Pluralität politischer Interessen, und rekurrieren auf einen gemeinsamen „Volksgeist“ (Müller 2016). Mudde (2004: 543) meint hier Ähnlichkeiten zu Jean-Jacques Rousseaus *volonté générale* zu sehen. Tatsächlich ist Müllers Bezeichnung insofern präziser, als Rousseau zumindest das Konzept der Willensbildung mitdenkt. Der Populismus mystifiziert den „Volksgeist“ geradezu. Dieser wohne dem „Volk“ gewissermaßen inne und bezeichnet gerade nicht die Aushandlung von Interessen, die in Kompromisslösungen münden (Albertazzi und Mueller 2013: 348).

Zum anderen gehört zum Populismus die Abgrenzung gegenüber den etablierten politischen Eliten: Parteien und Politiker, aber durchaus auch andere Vertreter eines (vermeintlichen) politischen Mainstreams, wie etwa Verfassungsrichter oder Journalisten. Das politische Establishment erscheint Populisten als korrumpiert, inkompetent, eigeninteressiert, mithin ungeeignet, um den vermeintlich wahren Volkswillen repräsentieren zu können (Canovan 2002: 33f.). Das „gute Volk“ ist dabei nicht zwingend das eines bestehenden Nationalstaates. Regionalismus und Populismus können gut Hand in Hand gehen, wenn ein vermeintlicher oder echter Eliten-diskurs auf nationaler Ebene als Feind des regionalen „Volksgeistes“ ausgemacht wird (Heinisch et al. 2018).

NACH CAS MUDE (2004: 543) IST POPULISMUS EINE IDEOLOGIE, DIE

- (1) die Gesellschaft als in zwei homogen getrennte und sich feindlich gegenüberstehende Gruppen aufgeteilt ansieht,**
- (2) die argumentiert, dass Politik ein Ausdruck des *volonté générale* (allgemeiner Wille) des Volkes sein sollte,**
- (3) und dass eine „korrupte Elite“ verhindert, dass dieser Wille des „tugendhaften, wahren Volkes“ herrschen kann.**

Populismus steht also für ein spezifisches Politik- und Demokratieverständnis. Erstens liegt in der Überbetonung der Volkssouveränität ein illiberales Moment (Mény und Surel 2002; Müller 2016). Die Einhegung des Volkswillens durch verfassungsstaatliche Institutionen – *checks and balances* wie Gewaltenteilung, Verfassungsgerichtsbarkeit oder Minderheitenschutz – erscheint Populisten mithin geradezu als undemokratisch, da sie dem wahren Volkswillen entgegenstünden. Zweitens ist Populismus aber eben nicht einfach antidemokratisch, da er sich durchaus auf die Volksherrschaft beruft. Dies unterscheidet populistische Parteien von extremistischen Parteien. Extremisten lehnen die Demokratie ab, Populisten streben eine vermeintlich „wahre Volksherrschaft“ an. Umstritten ist, inwiefern Populismus auch stets anti-pluralistisch ist. *Rechtspopulistische* Parteien wollen die Exklusion bestimmter

Bevölkerungsgruppen und tragen somit stets ein anti-pluralistisches Element in sich, das sich aber aus ihrer übergreifenden ideologischen Orientierung erklärt und nicht aus dem Populismus. Tatsächlich gibt es aber insbesondere in Lateinamerika populistische Parteien, deren Ziel umgekehrt die Inklusion bisher ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen ist (Kaltwasser und Mudde 2013). Aus der internationalen Forschung wissen wir somit, dass es keinen Automatismus zwischen Populismus und Anti-Pluralismus gibt. Dies gilt ungeachtet dessen, dass zum Beispiel in Expertenumfragen zu populistischen Parteien in Europa die Gegenüberstellung zum Populismus der Pluralismus ist, weil dies eben in Europa häufig den Kern populistischer Parteien darstellt (z.B. Loew 2019). Wie genau aber der Zusammenhang zwischen Populismus und Pluralismus ist, wollen wir mit der hier vorliegenden Studie der Wahlprogramme vertieft untersuchen.

Kernelement des Populismus sind für uns (1) die Volk-zentrierung und (2) die Anti-Establishment-Orientierung. Um begründet von Populismus zu sprechen – etwa, wenn eine politische Rede, ein Parteiprogramm oder eine Wahlkampagne beurteilt werden sollen –, müssen **beide Voraussetzungen** erfüllt sein. Populismus liegt dann vor, wenn eine Partei **Volkzentrierung und Anti-Establishment-Orientierung** miteinander verknüpft. Fehlt einer Partei der Bezug auf das homogene „Volk“, artikuliert diese aber eine klare Haltung gegen die politischen Eliten, dann handelt es sich um eine Anti-Establishment-Partei. Beispiele hierfür wären etwa die frühen Grünen in der Bundesrepublik oder die finnische grüne Partei (van Spanje 2011). Dabei vertreten die Eliten von Anti-Establishment-Parteien Haltungen, die auf Unzufriedenheit mit dem demokratischen Status quo hindeuten, aber nicht zwingend auf eine gemeinsame Auffassung darüber, wie eine ideale Demokratie funktionieren soll (Lewandowsky 2019). Auf der anderen Seite können Parteien sich als Sprachrohr des „einfachen Volkes“ gerieren, ohne sich zugleich explizit gegen „die da oben“ zu positionieren. Hierzu könnte – mit einigen Abstrichen – etwa die deutsche Christlich-Soziale Union (CSU) zählen, die die politische und kulturelle Repräsentanz Bayerns für sich beansprucht, jedoch selbst Teil des politischen Establishments ist.

Wie aber lässt sich empirisch feststellen, ob eine Partei als populistisch eingestuft werden kann oder nicht? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst vor Augen halten, dass Populismus sich in unterschiedlicher Weise manifestieren kann und dass die Frage, ob

„TROTZ DER UNTERSCHIEDLICHEN MANIFESTATIONEN VON POPULISMUS HANDELT ES SICH IMMER UM IRGEND EINE FORM DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION.“

man einen politischen Akteur als „populistisch“ klassifiziert, davon abhängt, wie viel Gewicht man dieser Manifestation für den Akteur insgesamt zuschreibt. Man würde kaum auf die Idee kommen, eine sozialdemokratische oder konservative Partei allein deshalb als populistisch einzustufen, weil sie sich im Wahlkampf als Vertreter des Volkes und Alternative zum Establishment präsentieren. Auf der anderen Seite tun selbst jene Parteien, die man allgemein als populistisch bezeichnet, dies nicht in jeder ihrer Handlungen. Ein Beispiel für diese Widersprüche ist die frühe Alternative für Deutschland (AfD). Deren ursprüngliches Wahlprogramm wies ebenso wie der Großteil ihrer Positionen so gut wie gar keine populistischen Züge auf, wodurch einige Forscher zu der Auffassung gelangten, dass die Partei sich zumindest in ihrer Anfangszeit nicht als populistisch klassifizieren ließe (Arzheimer 2015). Andere Arbeiten bezweifelten diesen Befund (Berbair et al. 2015). Weil Programme oftmals Ergebnis strategischer Überlegungen sind, argumentierten sie, dass jenseits der Programmatik auch die innerhalb der Partei vorhandenen Einstellungen beobachtet werden müssten. Dabei zeigte sich, dass populistische und autoritäre Einstellungen unter den Kandidaten der AfD bereits vor der Bundestagswahl 2013 präsent waren, obwohl die Partei noch kein rechtspopulistisches Profil ausgebildet hatte (Lewandowsky et al. 2016; Jankowski et al. 2017). Andere Arbeiten konnten populistische Elemente in der tagespolitischen Kommunikation der AfD nachweisen (Franzmann 2014, 2016). Trotz der unterschiedlichen Manifestationen von Populismus handelt es sich immer um irgendeine Form der politischen Kommunikation. Daher setzen alle gängigen Messmethoden an der Sprache an.

Einer der ersten Ansätze, die populistische Diskurspositionen zu messen versuchte, stammt von Jagers und Walgrave (2007). Dieser untersuchte im Speziellen die Rundfunkkommunikation von Parteien. Eine andere klassische Methode, an der sich auch die vorliegende Untersuchung orientiert, stammt von Pauwels und Rooduijn (2011). Ihr Vorschlag besteht zum einen darin, an der Präsenz von Populismus in Wahlprogrammen anzusetzen. Da Wahlprogramme jene Dokumente sind, in denen Parteien ihre Programmatik „offiziell“ darlegen und mit denen sie eine möglichst große Anzahl von Wählern ansprechen wollen, stellen sie einen unmittelbaren Zugang zur Parteiideologie dar. Zum anderen ist der von Pauwels und Rooduijn gewählte Zugang recht einfach, da er lediglich die beiden Dimensionen „Volkszentriertheit“ und „Anti-Establishment-Orientierung“ abprüft.

Methodisch haben alle Ansätze gemein, dass die Textkorpora entweder durch computergestützte Verfahren oder durch menschliche Coder verschlüsselt werden. Dabei werden Sinnabschnitte – Sätze, Quasi-Sätze, Absätze oder auch der gesamte Text – daraufhin überprüft, ob sie bestimmte, zuvor definierte Populismus-Codes enthalten. Enthält beispielsweise ein Wahlprogramm den Satz „Nur unsere Partei vertritt die Interessen der Bürger gegen die korrupte Elite“, so enthält dieser sowohl eine Anti-Establishment- als auch eine volkszentrierte Aussage, die beide entsprechend codiert werden. Ohne den Zusatz „gegen die korrupte Elite“ würde hier nur ein Volkszentriertheits-Code greifen.

Obschon inzwischen sehr elaborierte Ansätze im Feld sind (Aslanidis 2018), werden wir uns im Wesentlichen an diesem Vorgehen orientieren. Der Vorteil einer solchen Herangehensweise liegt zum einen in der einfachen Interpretation der Gesamtergebnisse. Gemessen wird letztlich die *Salienz populistischer Framings*, also die Anzahl der populistischen Sinnabschnitte pro Wahlprogramm. Weist ein Programm einen Anti-Establishment-Wert von 0,2 auf, so bedeutet das, dass 20 Prozent der Sinnabschnitte Anti-Establishment-Aussagen enthalten – was übrigens ein relativ hoher Anteil wäre. Zum anderen lässt sich mit diesem Vorgehen eine empirisch relativ genau quantifizierte Aussage über eine spezifische Manifestation von Populismus treffen. Gleichzeitig haben die empirischen Ergebnisse einen klaren Fokus. Die Daten beschreiben nicht die Partei als Ganzes, sondern ihre Kommunikation im Rahmen ihres Wahlprogramms. Die Präzision dieser Methode bedingt also zugleich die Begrenzung der Aussagen, die auf der Basis der Daten getroffen werden können. Wir werden darauf im folgenden Kapitel *en détail* eingehen. ■

3. DIE ANALYSE VON WAHLPROGRAMMEN: METHODE, FALLAUSWAHL UND WAS DIE STUDIE ZEIGT

Kann Populismus, etwas so vermeintlich „flüchtiges“, das oftmals nur als Stilmittel daherkommt, überhaupt auf Basis von Wahlprogrammen analysiert werden? Immerhin handelt es sich dabei nicht um Bierzeltreden, sondern um offizielle, oft intern ausgehandelte Positionen, mit denen Parteien in den politischen Wettbewerb treten.

Unsere Antwort darauf ist eindeutig: Populismus *muss* auf Basis von offiziellen Dokumenten wie Wahlprogrammen analysiert werden! Dies gilt insbesondere, wenn eine international vergleichende Forschung angestrebt wird. Häufige Einwände sind, dass Wahlprogramme keine politische Relevanz hätten, von den Wählern nicht gelesen würden und im speziellen Fall des Populismus nicht aussagekräftig seien, da eine Partei in einem überlegt formulierten Programm nicht in dem gleichen Ausmaß populistisch argumentieren würde wie einer Wahlkampfreden.

Alle drei Argumente sind aus unserer Sicht nicht stichhaltig. Zum ersten zeigt sich empirisch seit Jahrzehnten, dass Wahlprogramme tatsächlich in hohem Ausmaß die spätere Regierungspolitik abbilden (Klingemann et al. 1994). Dies gilt besonders unter den Bedingungen einer Koalitionsregierung. Hierbei ist die Stärke der Verhandlungsposition, etwa durch die glaubhafte Drohung, ansonsten eine andere Regierungskonstellation zu unterstützen, wichtiger als die Größe der Partei in Wählerstimmen (Hofferbert und Klingemann 1990). Dabei sollte der Blick auf die Themenhervorhebung – so genannte *Salienzen* – und weniger auf die konkrete sprachliche Formulierung im Programm gelegt werden.

Die Salienz eines Themas wird von der Forschungsgruppe MARPOR – *Manifesto Research on Political Representation* – über den Prozentanteil eines Themas

am gesamten Wahlprogramm erhoben (Budge 2001). Wahlprogramme eignen sich gut für die vergleichende Forschung, weil Parteien sie über Zeit- und Ländergrenzen hinweg für den gleichen Zweck erstellen: zur erfolgreichen Teilnahme an Wahlen. TV-Interviews, Wahlkampfreden, sogar Parlamentsreden und Policy-Papers folgen in ihrer konkreten Erstellung einer jeweils sehr eigenen Logik, die im wissenschaftlichen Erhebungsprozess kaum vollständig abbildbar ist. Die Ähnlichkeit von Wahlprogrammen sowie die zur Verfügung stehenden vergleichsweise guten Informationen, unter welchen Ausgangsbedingungen und Wahlsystemen die Programme erstellt werden, ermöglichen es, im hohen Ausmaß valide Schlüsse zu ziehen. Während die Erhebung von konkreten Politikpositionen zum Beispiel auf einer Links-Rechts-Achse auf Basis solcher Wahlprogrammanalysen durchaus weitergehen

„POPULISMUS *MUSS* AUF BASIS VON OFFIZIELLEN DOKUMENTEN WIE WAHLPROGRAMMEN ANALYSIERT WERDEN! DIES GILT INSBESONDERE, WENN EINE INTERNATIONAL VERGLEICHENDE FORSCHUNG ANGESTREBT WIRD.“

„DER BEFUND VON POPULISMUS IN EINEM WAHLPROGRAMM IST DESWEGEN SO AUSSAGEKRÄFTIG, GERADE WEIL ES SO UNWAHRSCHEINLICH IST, DASS ER DORT AUFTAUCHT.“

de technische Prozeduren erfordern (z.B. Franzmann und Kaiser 2006; Jahn 2011; Lowe et al. 2011; Elff 2013; Koenig et al. 2013; Franzmann 2015), kann mit den Salienzen – also den Themenhervorhebungen – direkt gearbeitet werden. Je stärker und umfangreicher zum Beispiel eine Partei Umweltpolitik in ihrem Wahlprogramm behandelt, desto mehr engagiert sie sich darin auch als spätere Regierungspartei (Knill et al. 2010). Die Wahlprogrammanalyse hat sich bewährt und mit dem Mythos der für die konkrete Politik irrelevanten Wahlprogramme aufgeräumt.

Zum zweiten liegt dem Einwand der Irrelevanz und geringen Kenntnis auf Wählerebene ein Missverständnis zugrunde. Die Relevanz von Wahlprogrammen für die Politikwissenschaft ergibt sich aus der Selbstauskunft der Partei über sich selbst. Die Partei hat bewusst dieses Programm formuliert, sei es in einem elitengesteuerten oder in einem von der Basis dominierten Prozess. Daher ermöglicht die fundierte Analyse des Wahlprogramms eine Aussage über die Partei als Akteur. Selbst der Prozess der Programmformulierung und die Wichtigkeit, die dem Programm intern beigemessen wird, setzen ein wichtiges Signal der ideologischen Orientierung (Hennl und Franzmann 2017). Das Wahlprogramm wird daher in der international vergleichenden Forschung als geeigneter Indikator angesehen, um Aussagen über die Partei als Akteur zu treffen.

Zum dritten sticht auch der Einwand nicht, Populismus ließe sich in offiziellen Dokumenten wie Wahlprogrammen nicht auffinden. Populismus als Ideologiebestandteil sollte sich in Wahlprogrammen wiederfinden

und auch auf dieser Basis analysiert werden. In Wahlkampfreden oder Tweets mögen die konkreten Situationen und Spontanität einzelne Politiker zu Aussagen verleiten, die viel über die persönlichen Beweggründe des politischen Engagements und die Weltsicht des jeweiligen Individuums verraten. Zur Analyse von Politikern sind solche Dokumente sicherlich geeignet. Zur ideologischen Einordnung einer Partei als Akteur sind Wahlprogramme als bewusst formulierte Dokumente jedoch die bessere Wahl. Finden sich in einem Wahlprogramm populistische Argumentationsfiguren, so stehen diese dort nicht aus Zufall oder aus einer spontanen Laune heraus. Dann wird dort bewusst und absichtlich populistisch argumentiert. Der Befund von Populismus in einem Wahlprogramm ist deswegen so aussagekräftig, gerade weil es so unwahrscheinlich ist, dass er dort auftaucht. Tritt er in Wahlprogrammen auf, haben wir einen echten, belastbaren Nachweis für die populistische Orientierung einer Partei. Finden wir umgekehrt niedrige Populismus-Werte im Programm einer Partei, die wir eigentlich für populistisch halten, so ist auch das ein empirischer Befund, der erklärt werden will.

Wie können nun solche Wahlprogramme sinnvoll auf Populismus hin analysiert werden? Klassischerweise können hierzu mindestens vier Einheiten der Inhaltsanalyse unterschieden werden, die auch unser Vorgehen strukturieren und im Anhang ausführlich im Codebuch dargelegt sind. Dies sind: (1) Auswahlinheit, also die Stichprobe, (2) die Analyseeinheit, (3) die Codiereinheit und schließlich (4) die Kontexteinheit (Krippendorff 2004; Rössler 2010). Gelegentlich wird die Berichtseinheit als eigene Einheit aufgeführt (Franzmann 2013).

DAS CODEBUCH

Arbeitsgrundlage für die Kodierung ist ein extensives Codebuch, welches alle zu vergebenden Codes mit ihrer Nummerierung auflistet und deren theoretische Fundierung kurz erläutert. Es enthält zudem, wie oben beschrieben, die Einheiten der Inhaltsanalyse. Von besonderer Bedeutung sind die Codieranweisungen. Diese geben vor, wie die Codes zu verstehen und wann sie anzuwenden sind. Sie enthalten beispielsweise für jede Subdimension des Populismus – Anti-Elitismus, Volkszentriertheit, Anti-Pluralismus – eine Erläuterung, wann die entsprechenden Obercodes greifen und wann nicht. Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil etwa nicht jede Kritik an der Regierung auch gleich eine Haltung gegen das Establishment offenbart. Die Aufgabe

eines Codebuchs besteht also darin, allzu große Abweichungen zwischen individuellen Codern zu vermeiden, indem es vorgibt, was im Sinne des Forschungsprojekts unter Populismus und seinen Subdimensionen zu verstehen ist. Dass dennoch nicht jeder einzelne Coder genauso codiert wie ein anderer, versteht sich von selbst. Hierfür werden entsprechende Reliabilitätswerte berechnet, die auf Basis der Übereinstimmung der Coder die Verlässlichkeit zum Ausdruck bringen, also eine Aussage darüber treffen, inwiefern der Mastercode auch wirklich die „echten“ Werte für die jeweilige Partei zeigt. Wir gehen auf die Reliabilitätswerte im weiteren Verlauf dieses Kapitels nochmals ein. Das Codebuch befindet sich im Anhang dieser Studie.

AUSWAHLEINHEIT – STICHPROBE

Obschon Rooduijn und Pauwels (2011) eine Art Grundgerüst für die programm-basierte Messung von Populismus vorgelegt haben, können wir auf keine extensive Vorgängerstudie aufbauen. Als Pionierstudie mit dem Ziel, eine spätere Ausweitung der Kodierung vorzunehmen, hat sich unsere Fallauswahl an sehr pragmatischen Überlegungen orientiert. Wir konzentrieren uns auf die Rechtspopulisten Westeuropas. Selbstverständlich sind linkspopulistische Parteien sowie die populistischen Parteien in Mittelosteuropa ebenfalls von großem Interesse. Durch die Konzentration auf die Rechtsparteien in Westeuropa erhalten wir aber eine vergleichsweise homogene Stichprobe, die uns Aussagen über diese Gruppe erlaubt. Zudem sind mögliche Unterschiede besonders dort interessant, wo wir eigentlich starke Homogenität erwarten. Bei der Identifikation der rechtspopulistischen Parteien haben wir uns an die gängigen Einschätzungen von Experten gehalten (van Kessel 2015). Sofern die Programme nicht in deutscher oder englischer Sprache vorlagen, haben wir Übersetzungen in Auftrag gegeben, die entweder durch das Bundessprachenamt oder durch ein Übersetzungsbüro angefertigt wurden. Aufgrund der hohen Kosten wurde auf die norwegischen Programme verzichtet. Tabelle 3 zeigt, welche Programme für die spätere Codierung aufbereitet wurden.

Zu jedem Programm wurde von den Primärforschern ein Mastercode erstellt. Die Studierenden in den jeweiligen Seminaren erstellten nach intensiver Einweisung eigene Codierungen, die zur Ermittlung der Reliabilitätswerte herangezogen wurden. Zum Teil haben wir unsere Mastercodierungen angepasst, sofern uns die studentische Codierentscheidung überzeugender erschien.

ANALYSE- UND CODIEREINHEIT

Als zentrale formale Analyseeinheit wurden grammatikalische Sätze gewählt. Sie sind eindeutig identifizierbar durch die Abtrennung mittels Punkt oder Doppelpunkt. Ein Semikolon wurde ebenfalls zur Trennung zweier Analyseeinheiten herangezogen. Das oben erwähnte Manifestoprojekt greift hingegen auf so genannte Quasi-Sätze zurück. Dies sind thematische Hervorhebungen ungeachtet der grammatikalischen Struktur eines Satzes, wobei ein Hauptsatz mindestens eine, aber durchaus auch mehrere solcher Hervorhebungen enthalten kann (vgl. Codebuch bei Volkens et al 2018). Uns geht es um die Identifikation von Begründungs- und Argumentationszusammenhängen: wird ein Argument populistisch oder mit populistischen Elementen unterstützend vorgetragen? Dies kann sich dann auch auf mehrere Hervorhebungen in einem Satz beziehen – ansonsten wären sie inhaltlich nicht in einem Satz miteinander verbunden. Im Rahmen unserer konkreten Forschungsfrage erscheint uns die Codierung anhand grammatikalischer Sätze daher sinnvoll.

Unsere inhaltlichen Codiereinheiten orientieren sich an der obigen Definition des Populismus. Entscheidend sind hierbei die Subdimensionen Anti-Elitismus und Volkszentrierung sowie der Anti-Pluralismus als subsidiäre Dimension. Diese werden als erste allgemein codiert. Für jede Subdimension wird maximal ein Code pro Satz vergeben, sodass einem einzelnen Satz maximal drei Codes zugewiesen werden, nämlich einer je Subdimension. Unser Vorgehen möchten wir kurz illustrieren.

Der Satz „Wir lehnen Steuererhöhungen ab.“ spricht keine der drei Subdimensionen des Populismus an. Er enthält hingegen eine Hervorhebung im Rahmen der Steuer-

„DURCH DIE KONZENTRATION
AUF DIE RECHTSPARTEIEN IN
WESTEUROPA ERHALTEN WIR
ABER EINE VERGLEICHSWEISE
HOMOGENE STICHPROBE, DIE
UNS AUSSAGEN ÜBER DIESE
GRUPPE ERLAUBT.“

Partei	Jahr	Anzahl Wörter (ca.)*	Universität
AfD	2013	820	HSU Hamburg
	2017	17.000	HSU Hamburg
BZÖ	2006	7.042	Bonn
	2008	4.127	Bonn
DF	2001	281	Bonn
	2005	660	Bonn
	2007	699	Bonn
	2011	5.039	Bonn
FN	2002	100.025	Düsseldorf
	2007	<i>Kein Manifesto</i>	Düsseldorf
	2012	6.123	Düsseldorf
	2017	5.057	Düsseldorf
FPÖ	2002	25.000	HSU Hamburg
	2006	3.710	HSU Hamburg
	2008	4.900	HSU Hamburg
	2013	1.400	HSU Hamburg
	2017	7.777	Bonn
M5S	2013	2.396	Bonn
	2018	727	Bonn
PVV	2006	1.603	Düsseldorf
	2010	9.269	Düsseldorf
	2012	10.445	Düsseldorf
	2017	274	Düsseldorf
SD	2006	1.795	Düsseldorf
	2010	1.915	Düsseldorf
	2014	5.773	Düsseldorf
PS	2003	3.065	Düsseldorf
	2007	13.477	Düsseldorf
	2010	31.676	Düsseldorf
SVP	2003	18.500	HSU Hamburg
	2007	15.000	HSU Hamburg
	2011	3.000	HSU Hamburg
UKIP	2001	<i>n/a</i>	Bonn
	2005	8.875	Bonn
	2010	8.834	Bonn
	2015	28.027	Bonn

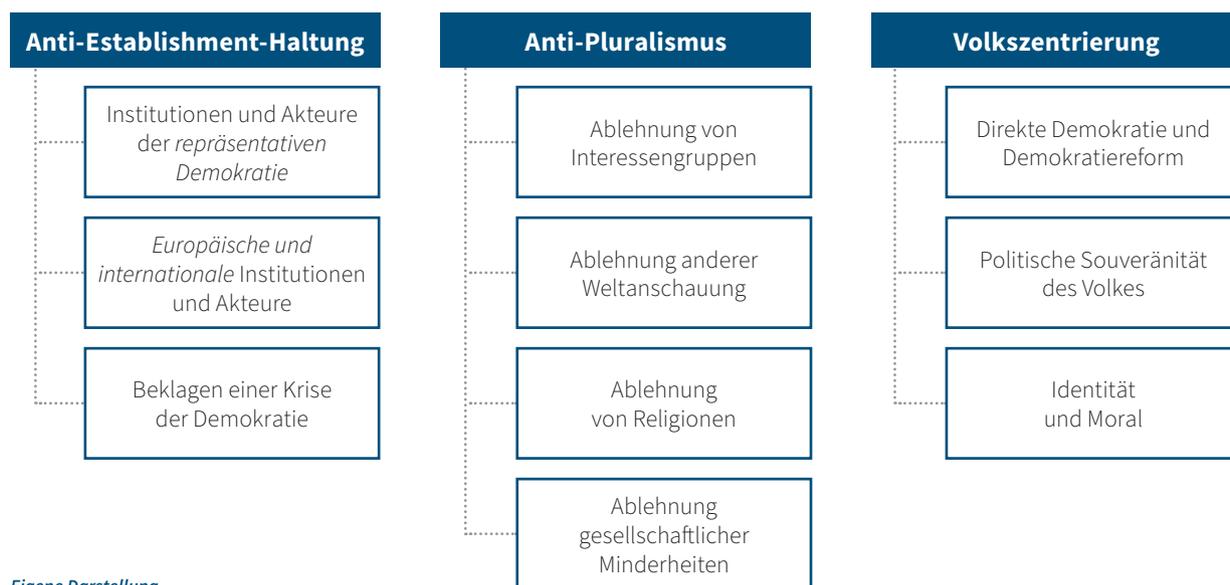
Tabella 3: Im Datensatz enthaltene Wahlprogramme rechtspopulistischer Parteien

und Wirtschaftspolitik, die beim MARPOR-Projekt entsprechend kodiert werden würde (je nach Kontext des Wahlprogramms z. B. in Kategorie *per414*; vgl. Volkens et al 2018). Der Satz „Wir lehnen die Steuererhöhungen der aktuellen Regierung ab“ enthält mit der Regierungskritik kein Element des Anti-Elitismus,¹ da nicht „die da oben“ als solche abgelehnt werden, sondern im Rahmen gängigen Wahlkampfes Kritik geübt wird. Der Fall läge jedoch anders, wenn der Satz „Wir lehnen die Steuererhöhungen der unfähigen Regierung ab“ lautete. Entsprechend würde hier ein Code für die Anti-Establishment-Subdimension vergeben. Zu beachten ist, dass aufgrund der fehlenden Volkszentrierung dieser Satz an sich *nicht* populistisch ist. Hingegen enthält der Satz „Wir lehnen die Steuererhöhungen ab, weil sie die verfehlte Politik der unfähigen Regierung auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung kaschieren sollen“ Elemente des Anti-Elitismus und der Volkszentrierung und wäre somit schon an sich als populistisch zu bezeichnen. Der Satz „Wir lehnen die Steuererhöhungen ab, weil damit die korrupte Regierung auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung Geschenke an kriminelle Ausländer verteilt“ enthält zudem ein Element des Anti-Pluralismus, sodass alle drei Subdimensionen codiert werden.²

Eine detaillierte Aufstellung der erhobenen Kategorien befindet sich mit dem Codebuch im Anhang. Die drei

Oberkategorien Anti-Establishment, Anti-Pluralismus und Volkszentrierung wurden in Subdimensionen aufgeteilt, um die unterschiedlichen Facetten des Populismus erschöpfend zu erfassen. Anhand dieser Subdimensionen wurde im Folgenden auch die Qualität der Codierungen erhoben, in dem die Übereinstimmungen zwischen den verschiedenen Codierern für jedes Wahlprogramm verglichen wurden.

Die Anti-Establishment-Dimension unterteilen wir in (a) die Kritik der Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie, (b) Kritik der europäischen und internationalen Institutionen und Akteuren sowie (c) der Krisenrhetorik bezüglich der aktuellen Ausprägung der Demokratie, mit der immer auch eine Kritik des etablierten Status-Quo einhergeht. Die Anti-Pluralismus-Dimension enthält Ablehnungen von (a) dem Wirken von Interessengruppen, (b) anderer Weltanschauungen und politischer Ziele, (c) Religionen und Religionsfreiheit und (d) gesellschaftlichen Minderheiten. Die Volkszentrierung kann sich schließlich entweder in (a) Forderungen nach mehr direkter Demokratie, (b) der Forderung nach Erhalt der politischen Souveränität des Volks oder (c) der Selbstdarstellung einer Identität des Volkswohls und dem Parteienliegen äußern. Der folgende Infokasten fasst die Subdimensionen zusammen:



Eigene Darstellung.

¹ In der Literatur werden die Begriffe Anti-Elitismus und Anti-Establishment-Haltung trotz vieler inhaltlicher Überschneidungen häufig voneinander abgegrenzt. Wir verwenden sie in der vorliegenden Studie der Einfachheit halber synonym und nehmen etwaige Spezifizierungen im Text vor.

² Zur Erhöhung der Reliabilität wurden zum Teil Äußerungen zur Kriminalitätsbekämpfung als zusätzliche Subdimension ohne Relation zum Populismus codiert. Dies erfolgte aus rein technischen Gründen (siehe Codebuch).

„ALS PIONIERSTUDIE KÖNNEN WIR AUF KEIN ETABLIERTES POPULISMUSMASS ZURÜCKGREIFEN. WENN WIR GLOBALAUSSAGEN AUF BASIS DER AGGREGATE FÜR DIE INHALTLICHEN SUBDIMENSIONEN FÜR POPULISTISCHE ELEMENTE TREFFEN, DANN ERFOLGT IHRE INTERPRETATION IMMER IN RELATION ZU DEN ANDEREN PROGRAMMEN.“

KONTEXTEINHEIT

Da nur ein Code pro Subdimension vergeben werden soll, stellt sich die Frage, wie in Zweifelsfällen entschieden werden soll, welcher Code der richtige ist. Zum Beispiel kann es vorkommen, dass ein Satz auf den ersten Blick und isoliert betrachtet zwei Elemente des Anti-Elitismus enthält. Der Coder muss dann entscheiden, welche der beiden infrage kommenden Codes tatsächlich das repräsentieren, was von den Verfassern des Wahlprogramms intendiert war. Entsprechend darf ein solcher Satz dann eben nicht mehr isoliert betrachtet werden. Der Kontext der Satzformulierung muss berücksichtigt werden. Die Coder wurden angewiesen, wie folgt vorzugehen: Zunächst sollen die beiden vorangegangenen Sätze inspiziert werden. Wird hier klar ein Adressat der Kritik benannt? Lässt sich die Frage im ersten Schritt nicht klären, wird der gesamte Sinnabschnitt als Kontext herangezogen, im nächsten die Überschrift des Kapitels innerhalb des Wahlprogramms. Wenn beispielsweise die Überschrift Wirtschafts- und Finanzpolitik ist, dann soll der Code des Satzes auch in diesen Bereich fallen und nicht z.B. in den Bereich „EU“, falls dieser zur Auswahl steht. Zuletzt muss bei Unklarheiten auch der zeitliche Kontext berücksichtigt werden, in dem das Wahlprogramm erstellt wurde.

BERICHTSEINHEIT

Neben der Ermittlung des konkreten Codes für jeden Satz stellt sich die zentrale Frage der Aufbereitung der so erhobenen Daten. Ziel ist es, eine Globalaussage über die Wahlprogramme zu treffen. Wir berichten

daher als ersten Fakt die Prozentanteile der Sätze mit entsprechenden populistischen Elementen in jeder Subdimension. So kann international vergleichend eine Aussage dazu getroffen werden, in welchem Umfang anti-elitistisch, volkszentriert und anti-pluralistisch argumentiert wurde. Das Ausmaß des Populismus ergibt sich entsprechend unserer Definition aus dem Produkt der Codes der Subdimensionen Anti-Elitismus und Volkszentrierung.

WAS DIE STUDIE ZEIGT

Als Pionierstudie können wir auf kein etabliertes Populismusmaß zurückgreifen. Wenn wir Globalaussagen auf Basis der Aggregate für die inhaltlichen Subdimensionen für populistische Elemente treffen, dann erfolgt ihre Interpretation immer in Relation zu den anderen Programmen. Es existiert bislang kein absolutes Maß bezüglich des Populismusgrades. Tatsächlich gehen wir davon aus, dass alle Parteien – also auch nicht-populistische Parteien – im Rahmen des demokratischen Wettbewerbs Elemente der Volkszentrierung aufweisen. Selbstverständlich nutzen Oppositionsparteien ihre Kritik an der aktuellen Regierung und des mit ihr verbundenen Establishments zur Wählerstimmengewinnung, wenn auch nicht unbedingt so, dass sich hier wirklich von Anti-Elitismus sprechen ließe. Und ohne Zweifel finden sich auch dort anti-pluralistische Aussagen über Gruppen, die gegenüber dem aktuellen Status Quo bei einem Regierungswechsel nicht mehr in demselben Maße repräsentiert werden würden. Dies alles gehört zum demokratischen Parteienwettbewerb. Es ist aber das Ausmaß und die konkrete Verknüpfung der Elemente, die einen Akteur als populistisch im Ganzen

erscheinen lassen oder nicht. Auf Basis dieser Studie erhoffen wir die Grundlage für ein solches absolutes Maß in Folgestudien zu erstellen. Voraussetzung dafür ist eine Ausweitung unserer Codierung auf die so genannten Mainstreamparteien. Dies konnten wir im Rahmen unserer Analyse noch nicht leisten.

Das Angebot unserer Studie besteht darin, Aussagen über Relationen zu treffen. Zum Beispiel lässt sich im Zeitverlauf der Populismusgrad einer Partei anhand des Wandels ihrer eigenen Programme erheben und zeigen, ob gemessen an den eigenen Programmen eine Zu- oder Abnahme des Populismus vorliegt (siehe auch Franzmann 2016a). Weiterhin können wir international vergleichen und zeigen, welche regionalen Unterschiede sich mit Blick auf den Stärkegrad des Populismus selbst innerhalb des rechtsradikalen Spektrums auf tun. Zuletzt hilft die Unterscheidung der Subdimensionen dabei, verschiedene Formen des Populismus – also eher identitäts- oder souveränitätsorientierte, eher gegen nationale Eliten oder die EU gerichtete – zu identifizieren.

Auf Basis der prozentualen Werte können wir im Vergleich der unterschiedlichen Parteien erste Muster entdecken. Wie wir später zeigen werden, hat zum Beispiel der Status als Regierungspartei einen stark dämpfenden Einfluss auf den Populismusgehalt.

CODIERSCHULUNG UND CODIERVORGANG

Das Codebuch wurde in intensivem Austausch der beiden Mastercoders (den Leitern dieser Studie) erstellt. Umfangreiche Überarbeitungen erfolgten in Vorbereitung der Lehrforschungsseminare, die später mit den Studierenden in Hamburg, Bonn und Düsseldorf durchgeführt wurden. Kleinere Anpassungen wurden ferner nach ersten Erfahrungen mit den Studierenden an der Bundeswehruniversität Hamburg vorgenommen. In den Lehrforschungsseminaren erfolgte zunächst eine thematische Einführung in Studien zum Populismus sowie eine methodische in die Inhaltsanalyse. Anschließend erfolgten Probecodierungen. In Düsseldorf erfolgte zum Beispiel die gemeinschaftliche Codierung

eines Programms der AfD sowie der FPÖ. Hier wurden abweichende Codierungen gegenüber der Mastercodierung thematisiert und an diesen Fallbeispielen das Codebuch erläutert. Der Übungsvorgang strebte einen Wert von 0,8 auf Basis des Reliabilitätsmaßes von Holsti an. Wurde dieser Wert gegenüber der Mastercodierung erreicht, konnten die Studierenden mit „ihren“ Programmen beginnen. Ähnlich geht auch das MARPOR-Projekt vor (Volkens et al. 2013). Es erfolgten regelmäßig Rücksprachen mit den Mastercodern. Dabei ist es durchaus üblich, den Mastercode an die Ergebnisse der studentischen Codes anzupassen, da die Studierenden den geeigneteren Code gewählt hatten.

Nach der Codierung erfolgt die Berechnung der Reliabilitätswerte. Diese zeigen an, wie stark die Coder vom jeweiligen Mastercode abweichen und verbessern sich in der Regel, wenn nach der ersten Runde nachcodiert wird. Wir verwenden zwei Maße: den auf Paarvergleichen beruhenden Holsti-Index sowie den durch Permutationen ermittelnden Krippendorff's alpha (Krippendorff 2004). Bei beiden stellt ein Wert von 1 perfekte Übereinstimmung dar, wobei letzterer das weitaus konservativere Maß ist. Die ermittelten alpha-Werte sind fast durchweg zufriedenstellend und liegen meist über dem Schwellenwert von 0,7. Im Falle des PVV-Programms von 2017 können wir sogar tatsächlich den „Konsenswert“ von 1 ermitteln. Einige wenige andere Programme, wie etwa das der SVP von 2003, haben einen geringeren Übereinstimmungswert (0,41). Die Gründe hierfür können unterschiedlich sein. In manchen Fällen wurden die Vorgaben des Codebuchs womöglich nicht von allen Codern gleichermaßen internalisiert. Beispielsweise wurde womöglich übercodiert, indem Sätze, die nicht populistisch sind, als populistisch verstanden wurden. Oder Sätze, die populistische Framings enthalten, wurden nicht entsprechend gelesen. Es kann durchaus auch sein, dass Programme gewissermaßen viele „Grenzfälle“ enthalten und schlicht keine Einigung unter den Codern erzielt werden kann. Da wir letztlich mit qualitativen Merkmalen arbeiten, die immer Gegenstand von Interpretation sind, sind niedrige alpha-Werte kein Grund, Ergebnisse zu verwerfen, sondern weisen etwa auch auf die unterschiedliche „Lesbarkeit“ von Wahlprogrammen hin. ■

4. NICHT NUR IDENTITÄTSPOLITIK: POPULISMUS, PROTEKTIONISMUS UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Betrachten wir die wirtschaftspolitischen Positionen populistischer Parteien, so ergibt sich zunächst eine paradoxe Situation. Viele europäische Populisten starteten als marktliberale Parteien und feierten damit große Erfolge in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ihre endgültige Etablierung erzielten rechtspopulistische Parteien dann aber in der Regel mit protektionistischen Umverteilungsprogrammen, also dem genauen Gegenteil. Wie lässt sich das erklären? Wir zeigen im Folgenden kurz auf, dass dieser Widerspruch schon in der populistischen Ideologie im Kern angelegt ist.

4.1. STRUKTURELLE FAKTOREN: MARKTLIBERALISMUS UND POPULISMUS

In diesem Abschnitt argumentieren wir, dass Populismus auf den ersten Blick gut zu Marktliberalismus passt, auf den zweiten Blick aber dem rationalen Kooperationsgebot des Marktes zuwiderläuft.

Populistischen Parteien wird häufig unterstellt, in wirtschaftspolitischen Fragen quasi „blind“ zu sein. Als Trägerinnen einer „dünnen Ideologie“ (Freeden 1998; Mudde 2004) seien sie indifferent bezüglich wirtschaftspolitischer Fragestellungen. Entscheidend sei vielmehr die Wirtsideologie, an die sich der Populismus andockt (Verbeek und Zaslove 2017). Dieser Ansatz übersieht allerdings, dass in der dünnen Ideologie des Populismus sehr konkrete Vorstellungen über die Strukturierung der Gesellschaft formuliert werden. Insbesondere die Proklamierung des Freund-Feind-Schemas in Verbindung mit der Anti-Establishments-Rhetorik bietet gute Anknüpfungspunkte für eine Kombination wirtschaftspolitischer Konzeptionen mit der populistischen dünnen Ideologie.

Als Marktliberalismus möchten wir im Folgenden politische Positionen bezeichnen, die in Marktmechanismen das zu bevorzugende Instrument zur Lösung volkswirtschaftlicher Probleme sehen. Dies gilt auch für die Ebene des internationalen Handels. Im Gegensatz zum *klassischen* Liberalismus, der von der Meinungsfreiheit ausgehend argumentiert und somit die wirtschaftliche Freiheit als Notwendigkeit zur Sicherung der gesellschaftlichen Meinungsfreiheit ableitet, begründen marktliberale Positionen umgekehrt nicht zwingend auch ein entsprechendes Eintreten für die Meinungsfreiheit (von Hayek 1959). Marktliberale Positionen

„INSBESONDERE DIE
PROKLAMIERUNG DES
FREUND-FEIND-SCHEMAS
IN VERBINDUNG MIT DER
ANTI-ESTABLISHMENTS-
RHETORIK BIETET GUTE
ANKNÜPFUNGSPUNKTE
FÜR EINE KOMBINATION
WIRTSCHAFTSPOLITISCHER
KONZEPTIONEN MIT DER
POPULISTISCHEN DÜNNEN
IDEOLOGIE.“

können mit klassisch liberalen Positionen einhergehen, müssen es aber nicht. In Anlehnung an die älteren Arbeiten von Hayeks finden sich zwar häufig Überlegungen dazu, dass jede Form eines Staatseingriffs in das Wirtschaftsgeschehen ein Schritt in die Unfreiheit sei. Selten jedoch wird hinterfragt, ob die propagierten marktkonformen Maßnahmen nicht denselben Effekt haben könnten. Dies zeigt sich insbesondere bei den populistischen Parteien Westeuropas. Denn vorübergehend passt Marktliberalismus sehr gut zur populistischen Ideologie. Er proklamiert mit dem Markt ein Instrument, das gegen Ineffizienzen eingesetzt werden kann – und ineffizient handelt aus populistischer Perspektive die moralisch korrumpierte Elite. Der möglichst unregelmäßige Markt kann dann innerhalb der populistischen Ideologie gewissermaßen als „Waffe“ gegen die ineffizient-korrumpierte Regierung präsentiert werden. Dies haben rechtspopulistische Parteien in Westeuropa wie die FPÖ und selbst der französische *Front National* in den 1990er Jahren so auch propagiert (Verbeek und Zaslove 2017; Kitschelt 1995).

Langfristig passt aber die kooperationsfeindliche Interaktionsorientierung des Populismus nicht zum Marktliberalismus. Märkte setzen ein Mindestmaß an Kooperation voraus. Es ist eine rein auf Rationalität beruhende Interaktion, die sich aus Nützlichkeitsabwägungen heraus ergibt. Nützlichkeitsabwägungen wiederum kennen weder *a priori* definierte Feinde oder Freunde. Eine solche Freund-Feind-Weltsicht ist aber Kern der populistischen Ideologie. Eine populistische Partei, die Marktliberalismus propagiert, wird konsequenterweise in ihrer Entwicklung stets an einen Punkt kommen, an dem sie sich entscheiden muss: Behält sie ihre marktliberalen Positionen bei und schwächt ihre populistische Ideologie ab oder hält sie an ihrer populistischen Weltsicht fest und gibt programmatisch den Marktliberalismus auf? Die Parteien, die wir heute noch als populistisch bezeichnen, haben sich für letzteres entschieden. In den 1990er Jahren diagnostizierte Kitschelt (mit McGann 1995) die Kombination aus einerseits marktliberalen und andererseits gesellschaftlich autoritären Positionen als Gewinnerformel. Aufgrund des hohen Wählerpotentials für Rechtspopulisten bei Wählern, die sich von Globalisierung und Marktliberalismus bedroht fühlen, änderte sich aber ihre Gewinnstrategie dahingehend, dass sie ihre migrationskritischen Positionen in den Vordergrund stellen und ihre ökonomische Position bestenfalls mittig ausfällt (Kitschelt 2004; Rovny 2013). Auch dies setzten viele westeuropäische Populisten um (de Lange 2007). Entsprechend

„LANGFRISTIG PASST
ABER DIE KOOPERATIONS-
FEINDLICHE INTERAKTIONS-
ORIENTIERUNG DES
POPULISMUS NICHT ZUM
MARKTLIBERALISMUS.
MÄRKTE SETZEN EIN
MINDESTMASS AN
KOOPERATION VORAUS.“

verhielt sich die FPÖ vor dem Hintergrund nachfolgend desaströser Wahlergebnisse, die sie nach ihrer Koalition mit der ÖVP und mit dem Mittragen marktliberaler Reformen zu Beginn des Jahrtausends erfahren musste (Röth et al. 2018).

4.2. IDEOLOGISCHE QUELLEN DES PROTEKTIONISMUS

Lange Zeit waren sich Politik- und Wirtschaftswissenschaften darin einig, dass es vor allem ökonomische Gründe sind, die die Einstellung zu Freihandel und Protektionismus beeinflussen. In den letzten Jahren wurde diese Gewissheit von der Forschung aber in Frage gestellt. Aktuell stehen sich kulturelle und ökonomische Ansätze einander gegenüber und werden nur selten miteinander verknüpft.

Klassischerweise wird eine negative Haltung gegenüber Freihandel mit der Aversion gegenüber ökonomischer Ungleichheit erklärt. Je höher diese Aversion ausgeprägt ist, desto stärker wird Marktergebnissen und somit auch dem internationalen Freihandel misstraut. Dies ist die traditionelle Grundlage der ökonomisch-linken Gegnerschaft gegenüber dem Freihandel. Auf individueller Ebene wird plausiblerweise vermutet, dass Beschäftigte in Sektoren, die von der Globalisierung negativ beeinträchtigt sind, Protektionismus schon

aus Eigeninteresse befürworten. Dies gilt unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau (Mansfield und Mutz 2009). Für Personen mit einem auf dem Arbeitsmarkt weniger nachgefragten Qualifikationsprofil wird unabhängig von ihrer sektoralen Beschäftigung von einer Gegnerschaft gegenüber dem Freihandel ausgegangen, da sie sich grundsätzlich als Verlierer von Marktprozessen wahrnehmen (ebd.). Diese Grundüberlegungen wurden jüngst von Manow (2018) aktualisiert. Er erklärt die unterschiedlichen Muster des Populismus in Europa mit verschiedenen Bedrohungswahrnehmungen: wer die transnationale und globale Bewegung von Gütern und Geld als bedrohlich empfindet, tendiere zum Linkspopulismus, wer die Bewegung von Personen fürchtet, neige zum Rechtspopulismus (ebd.: 43). Manow stellt seinen Argumentationsgang explizit in die Tradition von Rodrik. Das alte Versprechen, dass der nationale Wohlfahrtsstaat die Verlierer der Globalisierung entschädige, sei nicht mehr haltbar (ebd.: 43-45). Je nach Bedrohungsempfinden würden unterschiedliche Populismen bevorzugt, und dieses Bedrohungsempfinden wiederum hänge vom Wohlfahrtsstaat und der Wirtschaftsstruktur ab (ebd.: 67-69).

Damit stellt sich Manow explizit gegen die in der Literatur zunehmenden kulturellen Argumentationsmuster. Tatsächlich empfinden einige Bürger den Freihandel weniger als ökonomisches, sondern mehr als kulturelles Projekt. Entsprechend kann die Befürwortung protektionistischer Maßnahmen nicht alleine über die ökonomische Stellung erklärt werden (Margalit 2012). Zudem können auch umweltpolitische Überlegungen eine Ablehnung des Freihandels begründen (Bechtel et al. 2012). Vor allem am Beispiel der Niederlande, in der es seit Jahren links- wie rechtspopulistische Parteien auf parlamentarischer Ebene gibt, wurden kulturelle Begründungen für den Protektionismus empirisch untersucht. So ist dort das einzige verbindende Element der Populisten von Links und Rechts die Ablehnung supranationaler Organisationen (Otjes und Louwse

2015). Dies lässt sich gut auf die populistische Grundideologie zurückführen: supranationale Organisationen und auch der europäische Binnenmarkt werden aus dieser Perspektive als Elitenprojekte gesehen, die nicht die Auswirkungen auf das „einfache Volk“ in den Blick nehmen (van der Waal und de Koster 2018: 561). Allerdings scheint es nicht primär das Misstrauen gegenüber den Eliten zu sein, das die Wählerunterstützung für Protektionismus erklärt (van der Waal und de Koster 2018: 561). Protektionismus ist offenbar vielmehr ein eigenständiges Thema, unabhängig von der Grundausrichtung der gewählten Partei (van der Waal und de Koster 2018: 573). Zu beachten ist dabei, dass sich die Begründungen für den Protektionismus auf Parteien- und Wählerebene durchaus unterscheiden. Auf Ebene der Parteiprogrammatik stellt die nativistische Kernideologie die Quelle für protektionistische Haltungen dar (Verbeek und Zaslove 2017). Vor dem Hintergrund dieses kulturellen Begründungsmusters kann vermutet werden, dass multikulturell orientierte Linke, auch Linkspopulisten, dem Freihandel gegenüber positiver eingestellt sind (ebd.). Dies übersieht jedoch, dass sich linke Populisten vorwiegend auf eine Idee des Multikulturalismus stützen. Vielmehr gibt es in Europa eine Dominanz post-marxistischer linkspopulistischer Parteien (vgl. March 2007). Mit dem Niedergang der real-sozialistischen Systeme verlor zugleich die „dicke“ marxistische Ideologie ihre Grundlage. An ihre Stelle trat vielerorts die Proklamierung eines goldenen sozialdemokratischen Zeitalters in den 1970er Jahren, welches die Sozialdemokraten politisch verraten hätten und das nun von den linkspopulistischen Parteien wiederhergestellt werden soll (ebd.). Entgegen der alten zentralwirtschaftlichen, marxistischen Ideologie wird hier zwar tatsächlich ein gewisses Ausmaß an Freihandel akzeptiert, aber zugleich keine protektionistischen Maßnahmen gefordert. Ganz im Gegenteil kann zur Erhaltung sozialstaatlicher Einrichtungen die Forderung nach wirtschaftlicher Abgrenzung gegenüber anderen Ländern formuliert werden.

„JE NACH BEDROHUNGSEMPFINDEN WÜRDEN
UNTERSCHIEDLICHE POPULISMEN BEVORZUGT, UND
DIESES BEDROHUNGSEMPFINDEN WIEDERUM HÄNGE VOM
WOHLFAHRTSSTAAT UND DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR AB.“

Auf Wählererebene findet sich dieses elaborierte ideologische Programm aber nicht. Tatsächlich konkurrieren linke wie rechte Populisten um Wähler mit protektionistischen Einstellungen (van der Waal und de Koster 2018: 573). Ein gemeinsamer Grund mag hier aber weniger die Anti-Establishment-Haltung, sondern das propagierte Freund-Feind-Schema des Populismus sein. Offene Grenzen für Güter *und* Personen sind Ausdruck einer grundsätzlich kooperationsorientierten Haltung, die dem Populismus als Ideologie, egal ob von links oder rechts, eher zuwiderläuft.

4.3. INTERNATIONAL VERGLEICHENDE MUSTER DES PROTEKTIONISMUS

International vergleichend liegen auf Wählerseite wenige Erkenntnisse über die Haltung gegenüber dem Freihandel vor. Allerdings ermöglichen die Daten des *Comparative Manifestos Project/Manifesto Research on Political Representation* (Budge et al. 2001; Volkens et al. 2018), sich Diskussionsmuster um den Freihandel auf programma-

tischer Seite anzuschauen. Ähnlich dem Verfahren der Wahlprogrammanalyse, das wir im kommenden Kapitel ausführlicher zur Ermittlung von Populismus darstellen, werden hier einzelne Themenhervorhebungen im Wahlprogramm ermittelt. Der Datensatz bietet insgesamt 57 international vergleichbare inhaltliche Kategorien über zahlreiche Politikfelder, von Außenpolitik bis hin zu Multikulturalismus und Wirtschaftspolitik. Entsprechend existieren hier auch gesonderte Kategorien zur Erhebung von Protektionismus und Freihandel. Mittels dieser prozentualen Angabe der Themenhervorhebung ist es möglich, auch politikfeldspezifische Positionen zu berechnen. Dies erfolgt hier durch die logarithmierte Differenz der Aussagen für Protektionismus und Freihandel (vgl. Lowe et al. 2011). Wir haben diese Werte für alle westeuropäischen Länder in der EU sowie für alle westeuropäischen Länder unabhängig ihrer jeweiligen Mitgliedschaft in der EWG/EG/EU berechnet.

In den beiden nachfolgenden Verlaufsgraphen (Abbildung 1 und 2) haben wir die Mittelwerte je Parteienfamilie

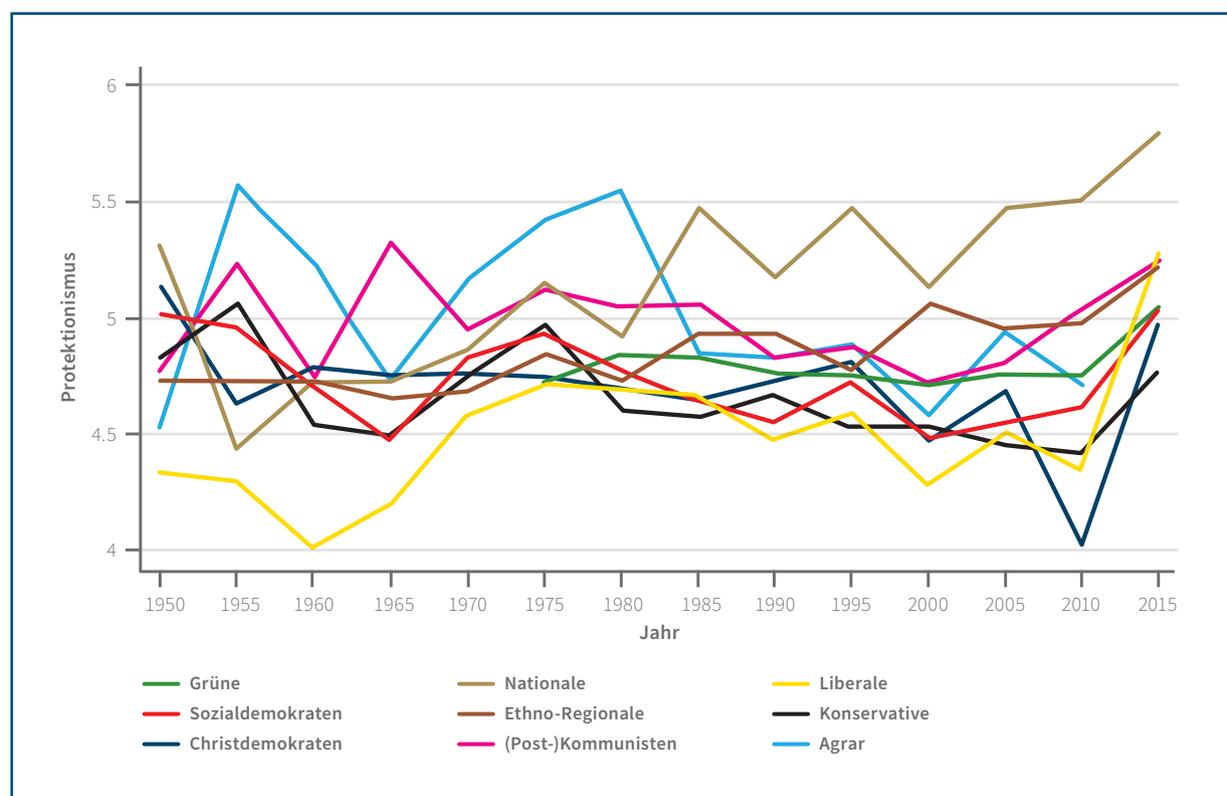


Abbildung 1: Aussagen zum Protektionismus in Gesamteuropa (Mittelwerte für Parteienfamilien – Werte von 0 bis 10: 10 Autarkie, 0 Freihandel)
Eigene Berechnungen mit Daten des Comparative Manifesto Project (Volkens et al. 2018).

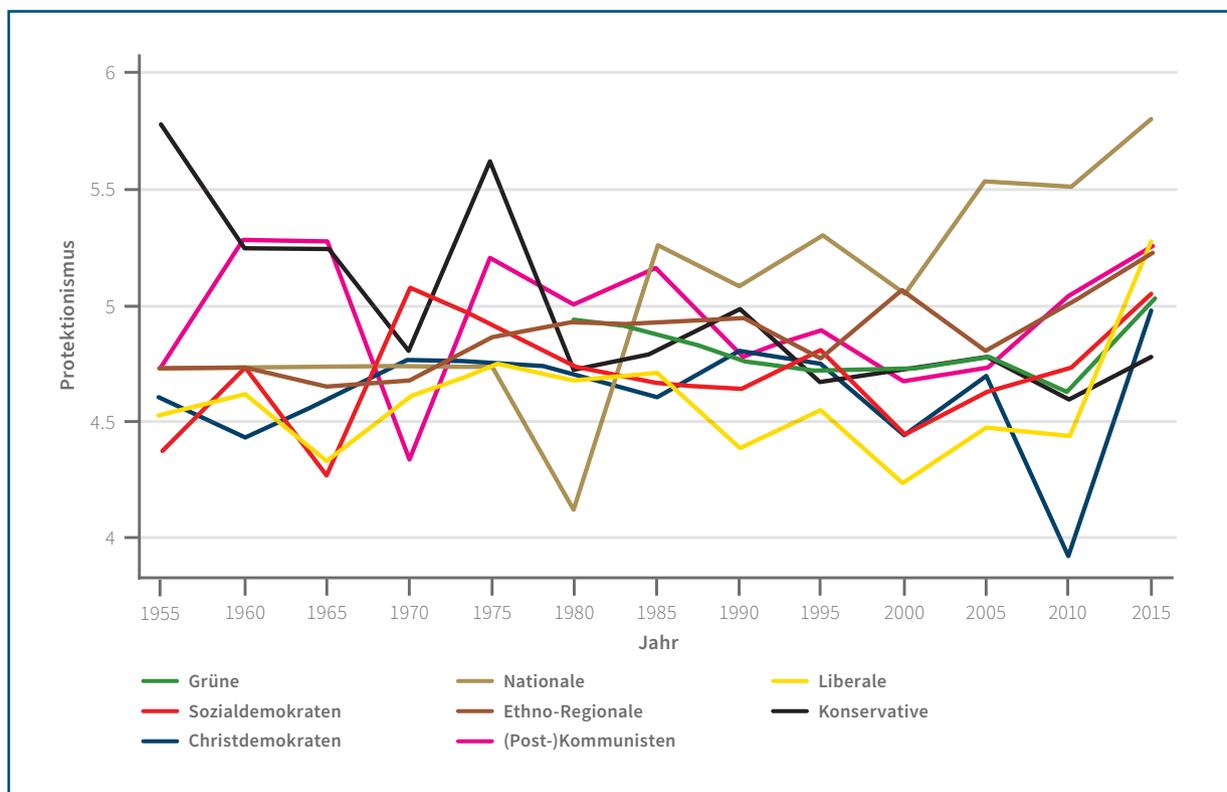


Abbildung 2: Aussagen zum Protektionismus in den jeweiligen EWG/EG/EU-Staaten (Mittelwerte für Parteienfamilien – Werte von 0 bis 10: 10 Autarkie, 0 Freihandel)
Eigene Berechnungen mit Daten des Comparative Manifesto Project (Volkens et al. 2018).

für Fünf-Jahres-Perioden über alle Länder abgetragen. Da die logarithmierten Werte nicht sonderlich anschaulich sind, wurden die Werte in eine künstliche Skala von 0 bis 10 transformiert, wobei 10 die Forderung nach einer totalen Autarkie und 0 totaler Freihandel bedeutet. In Westeuropa treten diese Extremwerte eher selten auf, sodass die Mittelwerte der Parteienfamilien hier in den Diagrammbereich von 3,5 bis 6 fallen. Bei der Zusammensetzung der Parteienfamilien fällt als Unterschied ins Auge, dass innerhalb der Länder der EWG/EG/EU Agrarparteien keine Rolle spielen und sich nach dem Beitritt in eine andere Parteifamilie transformieren oder ganz verschwinden. Interessant ist das auch, weil Agrarparteien bis Anfang 1980 zumindest außerhalb der EG/EWG/EU Hauptträger des Protektionismus sind, vermutlich in Ablehnung der europäischen Agrarpolitik. Erst ab Mitte der 1980er Jahre werden sie von den Nationalisten abgelöst. Kommunisten und Postkommunisten sind bis in die 1990er Jahre hinein ebenfalls freihandels-skeptisch oder, wie in den 1960ern, offen protektionistisch. Ethno-regionale Parteien sind über

einen langen Zeitraum indifferent, werden in den letzten Jahren aber auch zunehmend protektionistisch. Bemerkenswerterweise sind liberale Parteien in jüngster Zeit nicht mehr so stark pro-Freihandel eingestellt. Dies kann eine Reaktion auf die allgemeine Freihandels-skepsis sein. Christdemokraten und Konservative hingegen sind zu Beginn der 2010er plötzlich im Freihandelslager.

Dieses Muster zeigt sich auch innerhalb der jeweiligen EWG/EG/EU-Staaten. Auffällig ist hier, dass die Konservativen das Äquivalent zu den Agrarparteien bis in die 1970er Jahre hinein darstellen und Protektionismus proklamieren. Dies gilt in diesem Zeitraum in geringerem Umfang auch für Kommunisten und Sozialdemokraten. Ab Mitte der 1980er Jahre sind es dann Nationalisten und Rechtspopulisten, die das Thema besetzen. Es zeigt sich ab den 2010er Jahren eine zunehmende Polarisierung in diesem Themenfeld zwischen Nationalisten auf der einen und zeitweilig Christdemokraten auf der anderen Seite. Die Diskussion um Freihandelsabkommen wie TTIP schlägt sich hier nieder.

Diese Konfliktmuster zwischen den Parteienfamilien offenbaren deutlich, dass spätestens Mitte der 1980er Jahre zunehmend kulturelle und nicht ökonomische Überlegungen auch auf Parteienseite dominierten. Es sind nicht, wie noch bis in die 1960er Jahre hinein, Liberale auf der einen und Sozialisten auf der anderen Seite – beides Parteienfamilien mit ihren Kernthemen im ökonomischen Bereich – die um den Freihandel kämpfen. Nun stehen sich in diesem Thema Nationalisten und Rechtspopulisten auf der einen und Christdemokraten und Konservative auf der anderen Seite gegenüber. Dabei haben die Rechtspopulisten, die sich zum Großteil hinter der Kategorie der Parteienfamilie der Nationalisten verbergen, den vorherigen Platz der Agrarparteien und der Konservativen beim Thema Protektionismus eingenommen. In den Wahlprogrammen werden Forderungen nach De-Zentralisierung, die Ablehnung des Internationalismus und die Befürwortung eines nationalen Lebensstils mit Protektionismus verknüpft.³ Freihandel erscheint als Bedrohung regionaler und nationaler Einheiten sowie als ein kulturelles Projekt, das traditionelle wie nationale Lebensweisen bedroht.

4.4. BEFUNDE ZU POPULISMUS, WIRTSCHAFTSPOLITIK UND PROTEKTIONISMUS

Im Kapitel 4 haben wir die Muster des Zusammenhangs von Parteienfamilien und Protektionismus skizziert. Dabei zeigte sich, dass sich der eigentlich wirtschaftspolitische Bezug des Protektionismus in den vergangenen beiden Jahrzehnten ideologisch nicht mehr in ökonomischen, sondern kulturell-identitären Begründungen wiederfindet. Wie stellt sich dies in konkreten Programmformulierungen innerhalb der Parteien unserer Stichprobe dar?

Hier scheint sich dieses Muster auf den ersten Blick zu bestätigen. Tabelle 4 fasst die wichtigsten Schlagworte der Parteien auf dem Feld der Wirtschaftspolitik zusammen. Gemeinsam ist allen Parteien unserer Auswahl, dass sie mit der einzigen Ausnahme der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung – bei der es sich aber auch

„IN UNSERER KLEINEN FALLAUSWAHL GIBT ES BEMERKENSWERTERWEISE NUR EINE EINZIGE PARTEI, DIE SICH VON VORNEHEREIN DEUTLICH GEGEN DEN FREIHANDEL UND FÜR PROTEKTIONISMUS AUSSPRICHT.“

nicht um eine rechtspopulistische Partei handelt – die nationalstaatliche Souveränität auch als zentralen Punkt ihrer wirtschaftspolitischen Ideologie sehen. Jenseits dieser Kerngemeinsamkeit bilden sich jedoch prägnante Spielarten aus. In unserer kleinen Fallauswahl gibt es bemerkenswerterweise nur eine einzige Partei, die sich von vorneherein deutlich gegen den Freihandel und für Protektionismus ausspricht. Dabei handelt es sich um den französischen *Front National*, der sich inzwischen *Rassemblement National* nennt. Bemerkenswert ist das auch deswegen, weil der FN⁴ häufig zu Recht als Vorbild und ideologischer Vorreiter für die gesamte rechtspopulistische Parteienfamilie gesehen wird (z.B. Betz 2002; Rydgren 2004; Decker 2006). So sehr das für die Entwicklung des kulturellen Entwurfs des Ethno-Pluralismus gilt, so wenig ist das offenkundig im Bereich der Wirtschaftspolitik der Fall. Der FN verfolgt das Ideal regionaler Märkte, geschützt vor dem globalen Markt und – insbesondere im Bereich der Landwirtschaft – vor dem Zugriff der EU. Er propagiert einen „Wirtschaftspatriotismus“, der explizit auf Zölle zum Schutz der einheimischen Wirtschaft setzt.

³ Diese Aussage basiert auf mehreren Faktoren- sowie Regressionsanalysen.

⁴ Da unsere Daten Zeiträume vor der Umbenennung der Partei umfassen, werden wir uns in unserer Studie in der Regel auf die Bezeichnung Front National (FN) beschränken.

Partei	Freihandel/ Protektionismus allgemein	Wirtschaftspolitik für...	Ökonomische „Gegner“ des Wirt- schaftswachstums	Marktverständnis/ Maßnahmen
AfD, Deutschland	· Grundsätzlich für die „Freiheit der Handelswege“ (2017: 19)	· Eher randständig · Mischung aus Sozialpolitik und Marktliberalismus	· Zuwanderung, EU · Bürokratie	· Grundprinzip der nationalen Souveränität verbunden mit Ordo-Liberalismus · Steuern senken
DF, Dänemark	· Unklar · stark isolationistisch	· „Strenge Einwanderungspolitik und wahre Wohlfahrt“ (Programm 2007)	· Unklar · implizit EU und islamische Einwanderung	· Mischung aus geringen Steuern und Wohlfahrtsversprechen
Die Finnen, Finnland	· Für Freihandel, EU soll nur den Handel organisieren	· 2003/07: Kleine Unternehmen plus Industrie, Finnland kommt ohne das kleine und mittelgroße Unternehmertum nicht zurecht 2011: Ländlicher Raum	· EU · Kapital	· Gegen Privatisierung · Schutz der Gesundheitsfürsorge
FN, Frankreich	· Prinzip des „Wirtschaftspatriotismus“ · Protektionismus	· Kleinbauern, Kleinunternehmen	· EU, Großhandel, Kapital	· lokaler Markt · Ideal der regionalen Produktion und des starken Wohlfahrtsstaats
FPÖ, Österreich	· Nein zu Freihandelsabkommen, die die Landwirtschaft betreffen · Österreich zuerst, aber grundsätzlich dem Markt und dem Handel gewogen	· Klein- und mittlere Betriebe · Kleinbauern	· Bürokratie · EU · mangelnde Souveränität	· Steuern senken und Sozialausgaben erhöhen · Grundsatzprogramm 2011: „Wir fördern Leistung in einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung“
LN, Italien	· Schutz italienischer Interessen in der Landwirtschaft · Schutz der Kulturgüter	· Zentrale Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen im italienischen Entwicklungsmodell	· Staatliche Monopole · EU Schuldenaufsicht	· Green Economy · Flat-Tax und Investitionsprogramme

Tabelle 4: Positionen rechtspopulistischer Parteien zu Freihandel und Wirtschaftspolitik

Partei	Freihandel/ Protektionismus allgemein	Wirtschaftspolitik für...	Ökonomische „Gegner“ des Wirt- schaftswachstums	Marktverständnis/ Maßnahmen
M5, Italien	<ul style="list-style-type: none"> · Keine eindeutige Position erkennbar · Italien soll „europäische Standards erreichen“ 	<ul style="list-style-type: none"> · „Schaffung einer staatlichen Investitionsbank für kleine, landwirtschaftliche und Familienbetriebe“ 	<ul style="list-style-type: none"> · Korruption, Bürokratie und hohe Staatsschulden 	<ul style="list-style-type: none"> · Green Economy & Schutz von <i>Made in Italy</i> · Förderung lokaler Unternehmen
PVV, Niederlande	<ul style="list-style-type: none"> · PVV (2012: 35) „Wir glauben an freien Handel.“ aber Schutz von Landwirtschaft und Fischerei · Zur ein EU-Verhältnis ähnlich der Schweiz angestrebt 	<ul style="list-style-type: none"> · Erhalt von Familienbetrieben · „Wir Bürger“ 	<ul style="list-style-type: none"> · „Progressive Eliten“ · Bürokratie · EU 	<ul style="list-style-type: none"> · PVV (2012: 14): „Die <i>Partij voor de Vrijheid</i> PVV glaubt an einen kleinen Staatsapparat, an niedrige Steuern und an so wenig Regulierung wie möglich.“
SD, Schweden	<ul style="list-style-type: none"> · Keine direkte Aussage 	<ul style="list-style-type: none"> · Wir wählen Wohlfahrt! · Schwedische Kleinunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> · Einwanderer, EU 	<ul style="list-style-type: none"> · Nationalstaatliche Souveränität · Steuern senken und gleichzeitig mehr Wohlfahrt
SVP, Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> · Grundsätzlich für Freihandel · aber jenseits der EU 	<ul style="list-style-type: none"> · Bauern · Mittelstand 	<ul style="list-style-type: none"> · Staat/Bürokratie 	<ul style="list-style-type: none"> · Nationaler Steuerwettbewerb
UKIP, Vereinigtes Königreich	<ul style="list-style-type: none"> · „We are a global trading nation“ (2015: 63) 	<ul style="list-style-type: none"> · Steuern senken · Zahlungen für Bauern, Fischer und kleine Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> · EU · Prinzip nationaler Souveränität · Zahlungen an Schottland etc. senken 	<ul style="list-style-type: none"> · Grundsätzlich marktbeurwortend

„GEMEINSAM IST ALLEN PARTEIEN UNSERER AUSWAHL, DASS SIE MIT DER EINZIGEN AUSNAHME DER ITALIENISCHEN FÜNF-STERNE-BEWEGUNG – BEI DER ES SICH ABER AUCH NICHT UM EINE RECHTSPOPULISTISCHE PARTEI HANDELT – DIE NATIONALSTAATLICHE SOUVERÄNITÄT AUCH ALS ZENTRALEN PUNKT IHRER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN IDEOLOGIE SEHEN.“

„DIE EU IST IM GRUNDE FÜR ALLE DIESE PARTEIEN EIN FAKTOR, DER WIRTSCHAFTLICHES WOHLERGEHEN AUF NATIONALSTAATLICHER EBENE BEHINDERE. SIE BEKLAGEN ABER AUCH AUF NATIONALSTAATLICHER EBENE EIN ZUVIEL AN BÜROKRATIE.“

In der Ablehnung des zu großen Einflusses der EU in der Agrarpolitik treffen sich wiederum alle Parteien unserer Fallauswahl, was als zweite große Gemeinsamkeit gesehen werden kann. Allerdings hängen nicht alle Parteien in gleicher Weise wie der französische FN dem verabsolutierten Ideal des „guten“ Kleinbauern an, der das Rückgrat der jeweiligen nationalen Gesellschaft bildet. Dieses Erbe des oben diskutierten agrarischen Protektionismus tragen insbesondere die SVP, die FPÖ und die Finnen in sich; jenseits unseres Kernsamples muss auch die italienische *Lega Nord* (inzwischen nur noch *Lega*) hinzugezählt werden. Alle diese Parteien waren aber immer schon Agrarparteien oder stehen in deren direkter Nachfolge.

Innerhalb unserer Auswahl kommen in der wirtschaftspolitischen Grundkonzeption dem FN die beiden Parteien aus Dänemark und Schweden am nächsten. Sie vermeiden nämlich jede Aussage zu Freihandel und Protektionismus. Auffällig ist bei der dänischen DF ihre stark isolationistische Haltung. Anstelle des Schutzes der Kleinbauern tritt eine stark wohlfahrtchauvinistische

Haltung, die sich auf alle Staatsangehörigen bezieht (Rydgren 2004: 486). Bemerkenswert ist ferner, wie auffällig die DF sich bis heute *nicht* in ökonomischen Fragen positioniert. So gibt es im Grundsatzprogramm keine eigene Rubrik zum Thema Wirtschaft.⁵ In ähnlicher Weise enthalten die Schwedendemokraten sich derzeit in ihren zentralen Programmpunkten wirtschaftspolitischer Äußerungen.⁶ Diesen beiden skandinavischen Parteien geht es vor allem um den Schutz des Wohlfahrtsstaates und der heimischen Kultur. Beides sehen sie durch Migration bedroht. In ihrer Programmatik scheint eine Art Sammelsurium von Haltungen durch, die sich in der simultanen, aber unsystematischen Forderung nach starken Steuersenkungen einerseits und einem erheblichen Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen andererseits niederschlägt. Die Finnen befürworten zwar Freihandel, lehnen aber insbesondere in der Gesundheitsfürsorge Privatisierung und somit auch grenzübergreifende wirtschaftspolitische Aktivitäten ab.

Alle anderen Parteien unserer Fallauswahl sind grundsätzlich Befürworter des Freihandels. Am deutlichsten kommt dies bei UKIP und der Schweizer SVP zum Ausdruck. Ihre Ablehnung der EU-Mitgliedschaft verbinden sie sogar mit ihrer Freihandelsbefürwortung: Die aktuelle EU wird tendenziell als Organisation gesehen, die einen „echten“ Freihandel mit der ganzen Welt durch die Privilegierung des europäischen Binnenmarktes verhindere, auch wenn grundsätzlich der freie Handel in Europa positiv gesehen wird. Die deutsche AfD vertritt eine ähnliche Position. Offiziell befürwortet sie weiterhin den Freihandel und ungestörte Marktprozesse. Sie bleibt aber in ihrer offiziellen wirtschaftspolitischen Positionierung seit der Abspaltung des Ökonomenflügels im Sommer 2015 unklar (Franzmann 2019). Die niederländische PVV vertritt eine ähnliche Position wie die Schweizer SVP: Freihandel ist grundsätzlich gut, nur gehen die Regelungen innerhalb der EU zu weit.

Die EU ist im Grunde für alle diese Parteien ein Faktor, der wirtschaftliches Wohlergehen auf nationalstaatlicher Ebene behindere. Sie beklagen aber auch auf nationalstaatlicher Ebene ein Zuviel an Bürokratie. Entsprechend sind Entbürokratisierung und Deregulierung die propagierten Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaftsleistung. In der Zu- und Einwanderung wird von

⁵ <https://danskfolkeparti.dk/politik/principprogram/>, zuletzt abgerufen am 15. Dezember 2019.

⁶ <https://sd.se/vad-vi-vill/>, zuletzt abgerufen am 15. Dezember 2019.

einigen, aber nicht explizit von allen Parteien jenseits der Belastung des Sozialstaats auch eine Bürde für das Wirtschaftswachstum gesehen. Vor allem die dänische Volkspartei (DF) sieht in der kulturellen Fremdheit und Problemen bei der schulischen Bildung Probleme für die wirtschaftliche Performanz bei Zuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis.

Einige nationale Eigenheiten zeigen sich auch in der Wirtschaftspolitik. Die AfD verweist explizit auf ordoliberalen Elemente der deutschen Marktwirtschaft zur Begründung ihrer (spärlichen) wirtschaftspolitischen Positionen (AfD 2017: 52). Auf dieser abstrakten Ebene zeigt sich die AfD hier elaboriert wie keine andere rechtspopulistische europäische Partei, was wohl als Erbe der starken ökonomischen Ausrichtung und Expertise in den Gründungsjahren gesehen werden kann. UKIP sieht in den Zahlungen an die subnationalen Einheiten Großbritanniens, wie z.B. Schottland, ein Problem. Die Schweizer SVP ist die einzige Partei der Fallauswahl, die ihre wirtschaftspolitischen Positionen und insbesondere die geforderten Steuersenkungen vor dem Hintergrund des internationalen Steuerwettbewerbs fordert. Die beiden italienischen Parteien LN und M5S verfolgen als einzige programmatisch das Ideal der „*Green Economy*“, während die übrigen rechtspopulistischen Parteien sich eher als Gegner zu grünen Wirtschaftsideen positionieren.

Wie lassen sich die gefundenen Muster erklären? Manow hat jüngst eine Analyse auf Basis der jeweils vorherrschenden Kapitalismustypen vorgelegt, die auch hier gut zu passen scheint. Manow (2018: 62-69) unterscheidet grob drei Ländergruppen hinsichtlich der ökonomischen Spielarten des Populismus: (1) Ein nord- und kontinentaleuropäisches Muster, in welchem die „Insider“ des Arbeitsmarktes und Sozialstaates sich durch Fluchtmigration bedroht sehen und daher zum Populismus neigen; (2) ein westeuropäisches Muster, in

dem Arbeitsmarkt-Outsider sich von Arbeitsmigration bedroht fühlen und schließlich (3) ein südeuropäisches Muster, in der die Bevölkerung zwar nicht Migrationswirkungen fürchtet, aber die negativen Effekte des freien Außenhandels, weswegen hier sowohl Arbeitsmarkt-Insider als auch -Outsider gemeinsam zum Linkspopulismus tendieren würden.

Nun scheint z.B. auf den ersten Blick die italienische Lega nicht zum südeuropäischen Muster zu passen, aber Manow (2018: 69) erklärt schlüssig, dass der schnelle Aufstieg der Lega zur überregionalen Regierungspartei Folge der besonderen Herausforderung Italiens mit Mittelmeerflüchtlingen ist, weshalb hier nun das „kontinentaleuropäische“ Muster durchschlägt. Schwieriger einzuordnen ist der Fall Frankreichs sowie der Niederlande. Die Niederlande haben mit der Sozialistischen Partei eine bedeutsame linkspopulistische Partei, obwohl der Außenhandel eher eine Stärke der Niederlande ist (van Kessel 2015). Der französische FN liegt mit seiner Ideologie aus kultureller Identität und wirtschaftlichem Protektionismus eher etwas quer zu Manows Erklärungsansatz. Offenkundig unterschätzt Manow den eigenständigen Effekt der kulturellen Identitätsideologie dieser Parteien. Für den ökonomischen Bereich erscheint es aber durchaus in Teilen plausibel, wie bei Manow von den besonderen Herausforderungen und Anpassungsleistungen eines Landes aufgrund der Globalisierung auf die mögliche Spielart des populistischen Protests zu schließen. Es ist bloß nicht der alleinerklärende Faktor. Hinzu kommen offenkundig weitere nationale Besonderheiten wie der Fall Italiens, in dem ausgerechnet die beiden populistischen Parteien die programmatische Nische der „*Green Economy*“ besetzt haben. Verbindendes Element zwischen all diesen Parteien ist die Ablehnung der EU und die Befürwortung des Nationalstaats, die Kritik an der Bürokratie sowie die Propagierung von Steuersenkungen bei gleichzeitigem Ausbau der Wohlfahrtsleistungen. ■

„VERBINDENDES ELEMENT ZWISCHEN ALL DIESEN PARTEIEN IST DIE ABLEHNUNG DER EU UND DIE BEFÜRWORDUNG DES NATIONALSTAATS, DIE KRITIK AN DER BÜROKRATIE SOWIE DIE PROPAGIERUNG VON STEUERSENKUNGEN BEI GLEICHZEITIGEM AUSBAU DER WOHLFAHRTSLEISTUNGEN.“

5. DIE TEILDIMENSIONEN DES POPULISMUS

Nach dem *ideational approach*, dem wir uns in dieser Studie auf theoretischer und konzeptioneller Ebene anschließen, besteht Populismus aus zwei Dimensionen: Volkszentriertheit und Anti-Establishment-Haltung bzw. Anti-Elitismus. Die Abschnitte dieses Kapitels verfolgen zwei Ziele: Zuerst wird untersucht, wie hoch das tatsächliche Populismusniveau ist, das definitionsgemäß aus dem gemeinsamen Auftreten der angesprochenen Subdimensionen ermittelt werden kann. Diese

Perspektive erweitern wir um die ideologischen Positionierungen der Parteien und ihren Zusammenhang mit dem Populismusniveau.

Zuerst wollen wir untersuchen, inwiefern die beiden Subdimensionen auch tatsächlich miteinander zusammenhängen. Dahinter steht die Überlegung, dass wir nur bei einem gemeinsamen Auftreten von Anti-Establishment-Haltung und Volkszentriertheit auch wirklich

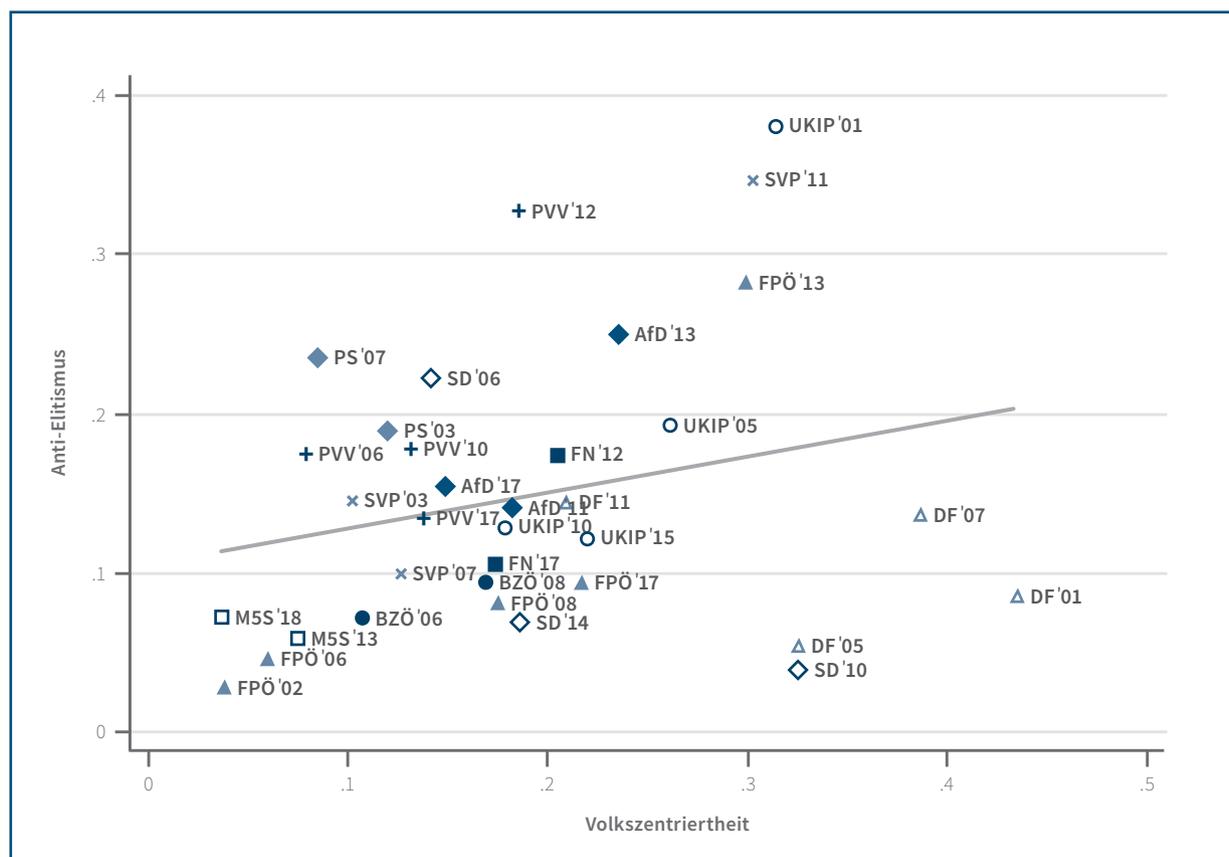


Abbildung 3: Zusammenhang von Anti-Elitismus und Volkszentriertheit in den Wahlprogrammen rechtspopulistischer Parteien
Eigene Darstellung.

von Populismus im eigentlichen Sinne sprechen können. Diese Perspektive werden wir insofern erweitern, als wir auch analysieren, inwiefern Populismus – beziehungsweise seine Subdimensionen – mit anderen ideologischen Positionierungen der Parteien zusammenhängt.

Wie Abbildung 3 zeigt, besteht zwischen den beiden Subdimensionen im Gesamtbild scheinbar kein Zusammenhang. Der Korrelationskoeffizient (Pearson's r) liegt bei 0,27 und ist nicht signifikant. Mit anderen Worten: Nicht alle Parteien bedienen Anti-Elitismus und Volkszentriertheit in ihren Parteiprogrammen im gleichen Maße. Die immense Streuung geht allerdings vor allem auf drei Programme der dänischen DF (2001, 2005 und 2007) sowie eines der Schwedendemokraten (2010) zurück. Hier präsentieren sich die jeweiligen Parteien zwar sehr volkszentriert, weisen aber kaum gegen das politische Establishment gerichtete Framings auf. In beiden Fällen ergeben die Befunde Sinn, wenn man die Entwicklung der Parteien bedenkt. So stützte die DF in diesem Zeitraum, wie noch zu zeigen sein wird, mehrere konservativ-liberale Minderheitsregierungen. Bei den Schwedendemokraten wiederum überrascht der Befund durchaus. Auf der einen Seite kann dies als Ergebnis der Strategie unter ihrem damaligen Vorsitzenden Jimmie Åkesson interpretiert werden, die Partei aus dem rechtsextremen Ruch hinauszuführen. Andererseits machte die Partei auch im Wahlkampf 2010 durch einen gegen das politische Establishment und die schwedische „Blockpolitik“ gerichteten Kurs auf sich aufmerksam (Gmeiner 2011: 87). Hieran zeigt sich gerade, warum es Sinn ergibt, Wahlprogramme empirisch besondere Aufmerksamkeit zu widmen: Sie zeigen den Kernpunkt der Parteistrategie im Kontext einer Wahl, die durch spontane, oftmals responsive Wahlkampfrhetorik nicht abgebildet werden kann.

Ohne diese vier Ausreißer ist der Zusammenhang zwischen Volkszentriertheit und Anti-Elitismus allerdings relativ stark ($r=0,63$) und signifikant auf dem 0,1-Niveau. Damit entspricht der Befund dem, was Rooduijn und Pauwels (2011: 1277) bereits für andere, auch nicht-populistische Parteien gezeigt haben. Bis auf wenige Ausnahmen machen Parteien von beiden Subdimensionen in ähnlicher Intensität Gebrauch, sodass sich hier tatsächlich jeweils von „Populismus“ in stärkerem oder schwächerem Maße sprechen lässt. Hinsichtlich der Ausreißer ist es nicht überraschend, dass die Abweichung darin besteht, dass Volkszentriertheit unter

„NATÜRLICH BESTEHEN
PARTEIPROGRAMME
NICHT ALLEIN AUS
POPULISTISCHEN
FRAMINGS. IM GEGENTEIL:
VOLKSZENTRIERTE,
ANTI-ELITISTISCHE UND
ANTI-PLURALISTISCHE
FORMULIERUNGEN
WÄHLEN PARTEIEN
HÄUFIG, UM IHRE
POLITISCHEN POSITIONEN
ZU BEGRÜNDEN.“

bestimmten Voraussetzungen stärker bedient wird als Anti-Elitismus. Während es für die Parteien im Zuge einer „moderateren“ Gesamtstrategie Sinn machen kann, weniger stark gegen „die da oben“ zu agitieren, so bildet ihre Inszenierung als *vox populi* eine ganz spezifische Selbstlegitimierung, die sie auch im Zuge moderateren Auftretens nicht einfach *ad acta* legen können.

Natürlich bestehen Parteiprogramme nicht allein aus populistischen Framings. Im Gegenteil: volkszentrierte, anti-elitistische und anti-pluralistische Formulierungen wählen Parteien häufig, um ihre politischen Positionen zu begründen. So können etwa volkszentrierte Framings sowohl mit der Befürwortung sozialstaatlicher Maßnahmen (um keinen „von uns“ zurückzulassen) als auch mit deren Abbau (um „Schmarotzer“ nicht weiter zu unterstützen) einhergehen. Anti-pluralistische Muster wiederum sind häufig mit der Ablehnung von Migranten oder anderen gesellschaftlichen Gruppen und damit mit einer gesellschaftspolitisch rechten Position verbunden. Wir wollen also im nächsten Schritt prüfen, inwieweit unsere drei Subdimensionen mit den gängigen Dimensionen von Parteiideologien zusammenhängen: der allgemeinen Links-Rechts-Position

	Links-Rechts	Ökonomie	Gesellschaft	Anti-Elitismus	Volkszentriertheit	Anti-Pluralismus
Links-Rechts	1					
Ökonomie	0,5161*	1				
Gesellschaft	0,8940*	0,1979	1			
Anti-Elitismus	0,3926*	0,3574*	0,3169*	1		
Volkszentriertheit	0,2682	-0,2014	0,2983	0,2486	1	
Anti-Pluralismus	0,4250*	0,1645	0,4547*	0,1164	-0,1193	1

Tabelle 5: Korrelationen zwischen Subdimensionen des Populismus und ideologischen Positionen rechtspopulistischer Parteien (Pearson's r)

Eigene Darstellung. * = signifikant auf dem 0,1-Niveau.

der Partei sowie ihre ökonomische und gesellschaftspolitische Ausrichtung. Unter „links“ verstehen wir dabei unter Anlehnung an Bobbio (1996) das Streben nach mehr Gleichheit, sei es im gesellschaftlichen oder ökonomischen Bereich, unter „rechts“ eine entsprechende Begründung von Ungleichheit. Wir berechnen die ideologischen Positionen auf Basis der von Franzmann und Kaiser (2006) entwickelten Methode zur Auswertung der Wahlprogrammdaten der Manifestogruppe (Volkens et al. 2018). Diese Methode erlaubt die Ermittlung getrennter Links-Rechts-Positionen jeweils für die gesellschaftspolitische und ökonomische Dimension und berücksichtigt darin auch länderspezifische Besonderheiten.

In Tabelle 5 werden jeweils die paarweisen Korrelationen der (Sub)Dimensionen für die Parteien in unserem Datensatz dargestellt. Die Korrelation beschreibt dabei mathematisch den Zusammenhang zwischen der ideologischen Positionierung und der Teildimension des Populismus. Ein Wert von 1 zeigt dabei einen perfekten positiven Zusammenhang an, ein Wert von -1 einen perfekt negativen Zusammenhang und 0 keinen. Zunächst ist plausibel, dass gesellschaftlich wie ökonomisch eher rechte Positionen auch mit der allgemeinen Links-Rechts-Verortung zusammenhängen. Dass der Koeffizient der gesellschaftspolitischen Ebene dabei stärker ist, kann nicht zuletzt auch durch die in den letzten Jahren gewachsene Bedeutung entsprechender Themen erklärt werden. In westlichen Industriegesellschaften wird die Frage, ob wir eine Partei als „links“

oder „rechts“ bezeichnen, weniger durch ihre ökonomische Position determiniert denn durch ihre Haltung in Fragen zu Immigration, dem Islam, gleichgeschlechtlichen Ehen oder traditionellen Rollenvorstellungen.

Wie sieht es aber mit dem Zusammenhang zwischen populistischen Framings und der breiteren Ideologie der Partei aus? Hier kommen wir zu differenzierteren Ergebnissen. Erstens gibt es einen Zusammenhang zwischen Anti-Elitismus und der allgemeinen Links-Rechts-Ausrichtung der Partei. Je rechtsradikaler eine Partei insgesamt ist, desto deutlicher positioniert sie sich auch gegen das Establishment. Das macht durchaus Sinn, weil rechter Radikalismus durch eine besonders deutliche dogmatische Ablehnung der Akteure des politischen Systems gekennzeichnet ist. Interessant ist hierbei, dass gegen die politischen Eliten gerichtete Framings auch mit den beiden Subdimensionen der Links-Rechts-Verortung korrelieren, und zwar in ähnlichem Maße. Das bedeutet: gesellschaftspolitisch sehr konservative Parteien neigen ebenso eher zu Anti-Elitismus wie eher wirtschaftsliberale Parteien im rechtspopulistischen Spektrum. Der erste Befund leuchtet unmittelbar ein: man denke nur an die AfD, die die im Zuge der Flüchtlingskrise entstandenen Probleme unmittelbar in Verbindung mit der Bundeskanzlerin brachte. Ähnliche Argumentationen finden sich auch bei anderen rechtspopulistischen Parteien: es seien „die da oben“, die „die Ausländer“ in „unser Land“ gelassen hätten. Erstaunlicher ist der Zusammenhang zwischen Anti-Elitismus und einer eher liberalen öko-

nomischen Position. Er bedeutet nämlich, dass eher marktorientierte Parteien von Anti-Establishment-Haltungen Gebrauch machen als Parteien, die stärker auf staatsorientierte Maßnahmen setzen. Ein Beispiel der wirtschaftsliberalen schweizerischen SVP zeigt, wie eine solche Verbindung aussehen kann:

„Der (...) Wettbewerb zwischen den Kantonen schafft – analog zur Marktwirtschaft – positive Effekte wie Innovation, tiefe Steuern, Deregulierung und Effizienz. Der Föderalismus steht bei all jenen in der Kritik, die darin ein Hindernis zum EU-Beitritt sehen oder ihre Zentralisierungsziele gefährdet sehen.“

(Wahlprogramm der SVP 2007: 12)

„Eingriffe“ in den Föderalismus ebenso wie in die Marktwirtschaft werden mit Ineffizienz gleichgesetzt. Das Motiv für entsprechende Regulierungen sieht die SVP nicht in bestimmten ökonomischen Maßnahmen, sondern im Eigeninteresse „derer da oben“. Während Wirtschaftsliberalismus selbst nicht elitenfeindlich ist, kann er im Rahmen rechtspopulistischer Programmatik also eine entsprechende Wendung nehmen.

Zweitens verwundert es nicht, dass es keinen eindeutigen signifikanten Zusammenhang zwischen der Ausrichtung der Partei und der Stärke volkszentrierter Framings gibt. Die Parteinahme für das Volk geht nicht mit einer besonders radikalen rechten Position der Partei einher – weder insgesamt noch in einer der Subdimensionen. So kann eine Partei wirtschaftlich eher liberal auftreten, eine andere eher eine Ausweitung des Sozialstaats fordern: beide können ähnlich stark Bezug auf das „Volk“ nehmen. Auch, ob Rechtspopulisten zu gesellschaftspolitischen Themen – vor allem zur Migration – eine harsche oder moderate Haltung annehmen, steht mit der Frage, wie stark sie sich auf das „Volk“ berufen, in keinem signifikanten Zusammenhang. Drittens wiederum zeigt sich eine klare Korrelation zwischen Anti-Pluralismus und rechter Ideologie. Diese speist sich aber nicht aus der wirtschaftlichen, sondern der gesellschaftspolitischen Verortung der Partei. Das ist plausibel, da wir von rechtsradikalen Parteien auch eine besonders negative Haltung gegenüber gesellschaftlichen Gruppen erwarten.⁶

⁶ Der Zusammenhang zwischen Anti-Pluralismus und Links-Rechts-Position der Partei wird etwas schwächer ($r=0,38$), bleibt aber signifikant, wenn das durch einen extrem hohen Anti-Pluralismus-Wert gekennzeichnete 2017er Programm der niederländischen PVV nicht berücksichtigt wird.

Was diese Ergebnisse zeigen, ist letztlich folgendes: Populismus ist die manichäische Unterscheidung zwischen Freund und Feind (Mudde 2004). Unmittelbar richtet sich der Populismus gegen das politische Establishment, und dieses Feindbild ist umso stärker ausgeprägt, je rechtsradikaler und wirtschaftsliberaler die Partei insgesamt auftritt. Gemeinsam mit Populismus treten anti-pluralistische Haltungen auf, die umso deutlicher sind, je rechter die Partei sich auf der gesellschaftspolitischen Ebene positioniert.

Bislang haben wir jedoch lediglich die Hauptdimensionen des Populismus betrachtet. Wir wissen allerdings noch nicht, gegen welche politischen Eliten sich die Parteien richten, in welcher Form sie sich auf das „Volk“ berufen und gegen welche gesellschaftlichen Gruppen sie Position beziehen. Diesen Detailanalysen widmen sich die folgenden Abschnitte.

5.1. ANTI-ESTABLISHMENT-FRAMINGS

Im folgenden Kapitel untersuchen wir erstens, wie stark die Parteien in ihren Wahlprogrammen von Anti-Establishment-Framings Gebrauch gemacht haben. Zweitens interessiert uns dabei, inwiefern sich die Framings mit Blick auf die jeweils angesprochenen – bzw. angeprangerten – politischen Eliten unterscheiden. Und drittens betrachten wir die Veränderung von Anti-Establishment-Aussagen im Zeitverlauf.

Wir haben in den vorangegangenen Kapiteln argumentiert, dass Anti-Establishment-Framings sich immer gegen die politischen Eliten richten. Wir haben im vorigen Abschnitt dieses Kapitels gezeigt, dass Anti-Elitismus mit der Ideologie rechtspopulistischer Parteien zusammenhängt. Wir haben darüber hinaus eingangs vermutet, dass es sich beim „Establishment“ nicht immer um dieselben Gruppen handelt. Während einige Parteien sich etwa stärker auf das nationalstaatliche Establishment fokussieren, konzentrieren sich andere womöglich deutlicher auf die Europäische Union. Stimmt das, so lassen sich daraus, wie wir im Schlusskapitel argumentieren wollen, auch wichtige Überlegungen für mögliche Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien ableiten: Es macht einen Unterschied, wenn etwa eine Partei die Europäische Union ablehnt, aber gegenüber den nationalen Eliten keine ausgeprägt negative Haltung zeigt.

	Links-Rechts	Ökonomie	Gesellschaft	Nationale Eliten	Internationale Eliten	Krise
Links-Rechts	1					
Ökonomie	0,5161*	1				
Gesellschaft	0,8940*	0,1979	1			
Nationale Eliten	0,1550	0,3506*	0,1078	1		
Internationale Eliten	0,3739*	0,1972	0,2729	0,2466	1	
Krise	0,4086*	0,2109	0,4027*	0,2406	0,2851	1

Tabelle 6: Korrelationen zwischen Formen der Anti-Establishment-Haltung und ideologischen Positionen rechtspopulistischer Parteien (Pearson's r)
Eigene Berechnungen. * = signifikant auf dem 0,1-Niveau.

Zunächst wollen wir genauer betrachten, in welchem Zusammenhang die verschiedenen Formen gegen das Establishment gerichteter Framings mit der Ideologie der Partei stehen. Wir tun dies wiederum mit Korrelationen, die wir in Tabelle 6 zeigen. Entsprechend unseres Codebuchs unterscheiden wir drei verschiedene Arten des Anti-Elitismus: einen gegen nationale Eliten gerichteten, einen, der sich gegen internationale Eliten – vor allem die Europäische Union und ihre Institutionen – wendet, sowie die Beschreibung einer virulenten Krise des Landes (Rooduijn 2014).

Die Befunde für die verschiedenen Formen des Anti-Elitismus fallen unterschiedlich aus. Eine Ablehnung nationaler Eliten steht weder mit der allgemeinen Links-Rechts-Orientierung des jeweiligen Parteiprogramms im Zusammenhang noch mit der gesellschaftspolitischen Ausrichtung. Es macht also keinen Unterschied für den Anti-Elitismus, ob eine rechtspopulistische Partei auch besonders rechte Positionen vertritt. Allerdings sehen wir eine Korrelation zwischen einem die nationale Politik adressierenden Anti-Elitismus und einer eher wirtschaftsliberalen Ausrichtung. Marktorientierte Parteien greifen die Regierung, die politischen Parteien oder schlicht die „politische Klasse“ also etwas stärker an als Rechtspopulisten, die eine eher linke Position in der Wirtschaftspolitik einnehmen. Demgegenüber hängt die Ablehnung internationaler Eliten, vor allem der EU, eher mit einer allgemein stärker rechtsorientierten Ausrichtung des Wahlprogramms

zusammen. In ganz ähnlichem Maße gilt dies auch für die Bedeutung politischer Krisenbeschreibungen. Je weiter rechts das Programm steht, desto mehr Raum nimmt auch die Proklamation einer politischen Gefahrensituation ein. Dabei verwundert es nicht, dass diese wiederum mit einer gesellschaftspolitisch rechten Positionierung korreliert, gehört doch die Bedrohung der jeweiligen nationalen Gesellschaft durch „Überfremdung“ zum programmatischen Kernbestand des Rechtspopulismus.

Zwar nicht in Form eines systematischen Zusammenhangs, aber an einigen relevanten Stellen findet sich auch ein Szenario, in dem die Integrität der Nationalstaaten durch die Europäische Union bedroht wird. Ein Beispiel illustriert dies:

„Stattdessen werden durch die EU, die den Anspruch erhebt, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden, demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion eingeschränkt bzw. dauerhaft zerstört. (...) Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist daher zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren.“

(Wahlprogramm der AfD 2017: 6)

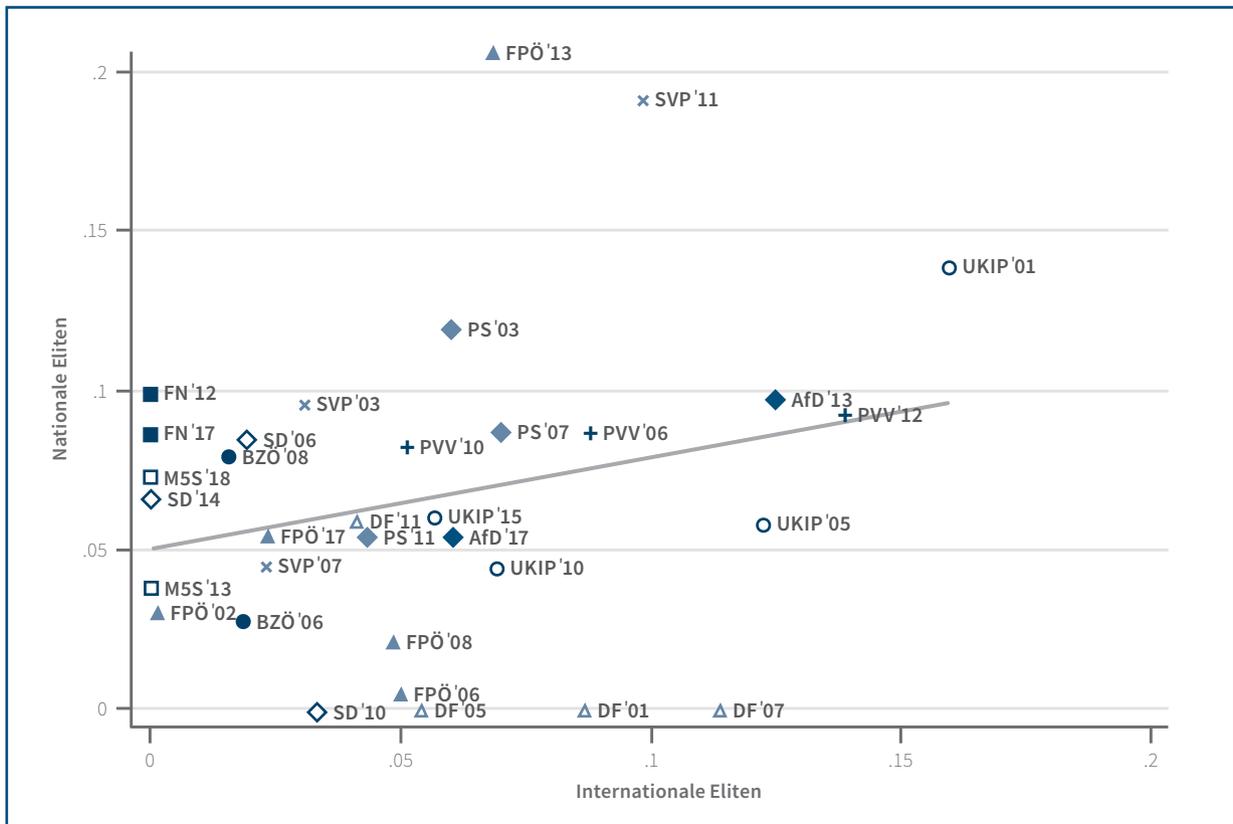


Abbildung 4: Stärke gegen nationale und internationale Eliten gerichteter Framings in Wahlprogrammen

Eigene Darstellung.

In diesem Satz aus dem Programm der AfD zur Bundestagswahl 2017 wird deutlich, wie Krisenbeschreibung und Anti-EU-Haltung miteinander zusammenhängen. Die Partei beschreibt hier Europa als zerstörerisch und stellt der EU den souveränen Nationalstaat als eigentlichen Hort der Demokratie gegenüber. Somit bildet der gezeigte Zusammenhang ab, was andere Studien demonstrieren, nämlich, dass im Euroskeptizismus nationale Präferenz, Krisenbeschreibung und Ablehnung der „Brüsseler Eliten“ miteinander einhergehen (Ketelhut et al. 2016).

Wie jedoch stellt sich das Verhältnis von internationalen versus nationalen Eliten in den Programmen der Parteien dar? In Abbildung 4 ordnen wir die Programme in einen zweidimensionalen Raum ein. Auf der horizontalen Achse haben wir den Anteil von Anti-Establishment-Framings auf nationaler Ebene abgetragen. Die vertikale Achse zeigt die Stärke von Aussagen gegen internationale Eliten, von denen die Europäische Union den Löwenanteil ausmacht.

Hier zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen den beiden Subdimensionen. Das bedeutet, dass rechtspopulistische Parteien in ihren Wahlprogrammen nicht beide Arten von Eliten gleich stark angreifen. Eine Partei kann beispielsweise stark von anti-europäischen Framings Gebrauch machen, während sie kaum oder gar nicht gegen das nationale Establishment Stellung bezieht. Tatsächlich kommt es aber nur in sehr wenigen Fällen vor, dass ein Parteiprogramm zu einer der beiden Ebenen überhaupt keine negativ konnotierten Aussagen enthält. Das Verhältnis der beiden variiert jedoch indes stark.

Um Subtypen zu bilden, bedienen wir uns einer einfachen Vorgehensweise: wir ziehen die Werte von gegen europäische bzw. internationale Eliten gerichteten Framings von den Werten für Anti-Establishment-Framings auf nationaler Ebene ab. Auf diese Weise erhalten wir einen Quotienten, der darüber Auskunft gibt, welcher Form der Anti-Establishment-Haltung sich die jewei-

Subtyp	Wahlprogramme
Nationale Eliten	BZÖ 2006, 2008
	DF 2011
	FN 2012, 2017
	FPÖ 2002, 2013, 2017
	M5S 2013, 2018
	PVV 2010
	PS 2003, 2007, 2011
	UKIP 2015
	SVP 2003, 2007, 2011
	SD 2006, 2014
Internationale Eliten*	AfD 2013, 2017
	FPÖ 2006, 2008
	DF 2001, 2005, 2007
	PVV 2012, 2017
	UKIP 2001, 2005, 2010
	SD 2010
Mischtyp	PVV 2006

* Nur in wenigen Fällen errechnet sich der Wert auch zu geringen Anteilen aus gegen andere internationale Akteure – etwa die UN, die Nato oder die Türkei – gerichteten Framings

Tabelle 7: Subtypen von Anti-Establishment-Framings rechtspopulistischer Parteien

Eigene Darstellung.

lige Partei in ihrem Programm eher bzw. am stärksten bedient. Die Ergebnisse stellen wir in Tabelle 7 dar. Angemerkt werden muss, dass die Zuordnung zu einem Subtyp die relative Stärke des jeweiligen Framings zeigt, nicht die vollständige Abwesenheit eines Typs. Das bedeutet, dass sie – wenngleich zu unterschiedlichen Anteilen – sowohl gegen nationale als auch gegen internationale Eliten gerichtete Aussagen beinhalten. Dass populistische Parteien sich nicht auf einen Gegner auf der nationalen Ebene kaprizieren, sondern sich vor allem EU-Institutionen als Bedrohung der Volkssouveränität zeichnen, vermag nicht zu überraschen. Eine solche Strategie konnte beispielsweise bereits in anderen Arbeiten für die AfD gezeigt werden (Kettelhut

et al. 2016; Lewandowsky 2016) und ist auch für andere ideologische Nischenparteien nachweisbar (Meijers und Williams 2019).

Nahezu alle Parteien lassen sich mal dem einen, mal dem anderen „Lager“ zuordnen, je nachdem, welches Wahljahr man betrachtet. Das kann ein Hinweis darauf sein, dass Parteien ihre „Gegner“ ganz bewusst auswählen. Die größte Gruppe besteht indes aus jenen Wahlprogrammen, in denen sich die Parteien (eher) gegen nationale Eliten richten. Dass die schweizerische SVP nationale Eliten generell stärker thematisiert als jene der EU, ist plausibel; Die Schweiz ist kein Mitglied der EU. Gleichwohl – oder gerade deshalb –

finden sich auch in ihren Programmen immer wieder gegen „Europa“ gerichtete Aussagen. Hier lohnt ein genauerer Blick.

„Der Ständerat war früher ein bürgerlich geprägtes Bollwerk der Stabilität. In den letzten Jahren ist der Ständerat jedoch stark europhil und heimatmüde geworden.“

(Wahlprogramm der SVP 2011)

Die SVP bedient sich hier einer euroskeptischen Haltung, richtet sich aber nur mittelbar gegen Europa selbst. Sie nutzt dieses Framing für eine im Grunde gegen die politischen Eliten im eigenen Land gerichtete Positionierung. Indem sie diese als „europhil“ beschreibt, illustriert sie deren vermeintliche „Abgehobenheit“ und ihre Distanz zum eigenen Volk („heimatmüde“).

Mit Ausnahme der AfD, auf deren Fall wir später noch eingehen werden, verfügen alle Parteien im Sample zumindest bei einer Wahl über ein eher gegen die nationalen Eliten gerichtetes Wahlprogramm. Das ist auch nicht überraschend, da es sich bei den meisten Parteien nicht zuvorderst um euroskeptische, sondern um rechtspopulistische Parteien handelt: Euroskeptizismus kann ein Bestandteil des rechten Populismus sein, spielt aber innerhalb der Parteiideologie eine untergeordnete Rolle. Damit lässt sich auch erklären, wieso die meisten Programme von AfD, DF, UKIP und PVV eher dem gegen europäische Eliten gerichteten Subtyp zuzuordnen sind. Gründungsanlass der AfD war die wirtschaftspolitische Kritik am Euro und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus. Auch wenn ihre Gründungsursache jenseits des Euro eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der mangelnden Repräsentation (national-)konservativer Positionen im deutschen Parteiensystem war (Franzmann 2014), entwickelte sie ihr eindeutig rechtspopulistisches Profil erst nach dem innerparteilichen Bruch 2015. Dass das Wahlprogramm 2017, als die Partei sich gewissermaßen am Ende ihrer „Übergangsphase“ befand, noch Spurenelemente der „alten AfD“ enthält, ist somit nicht überraschend.

Auch bei der dänischen DF fällt, bis auf die Ausnahme 2011, die geringere Bedeutung nationaler Anti-Establishment-Framings gegenüber euroskeptischen Framings auf. Das kann mit der Machtsituation der Partei erklärt werden. Im Zeitraum von 2001 bis 2007 stütz-

te sie eine konservativ-liberale Minderheitsregierung. Im Zuge dessen legte die Parteiführung der DF Wert darauf, Kandidaten mit einem moderateren Profil zu unterstützen (Akkerman und de Lange 2012). Insofern spiegelt das Fehlen eines gegen die nationalen Eliten gerichteten Framings hier womöglich die Gesamtstrategie der Partei. Bei UKIP wiederum liegt die Begründung geradezu auf der Hand, ist die *raison d'être* der Partei doch tatsächlich die Opposition gegen die EU und die langjährige Kampagne für den „Brexit“.

Was sich bereits in der vorangegangenen Analyse andeutete, geht auch aus Abbildung 5 hervor. Dabei zeigen Linien jeweils die Mittelwerte aller Parteien im jeweiligen Wahljahr. Dadurch können wir betrachten, wie stark rechtspopulistische Parteien insgesamt von spezifischen Anti-Establishment-Framings Gebrauch gemacht haben.

Es zeigt sich, dass die Anti-Establishment-Framings im Parteidurchschnitt nicht über die Zeit stabil sind. Sie unterliegen relativ deutlichen Schwankungen, wobei die Parteien in manchen Jahren eher zu gegen die nationalen Eliten gerichteten Aussagen neigen und sich zu anderen Wahlen stärker gegen Europa positionieren. Dabei nimmt die Bedeutung von an-

„ES ZEIGT SICH,
DASS DIE ANTI-
ESTABLISHMENT-
FRAMINGS
IM PARTEIEN-
DURCHSCHNITT
NICHT ÜBER DIE
ZEIT STABIL SIND.“

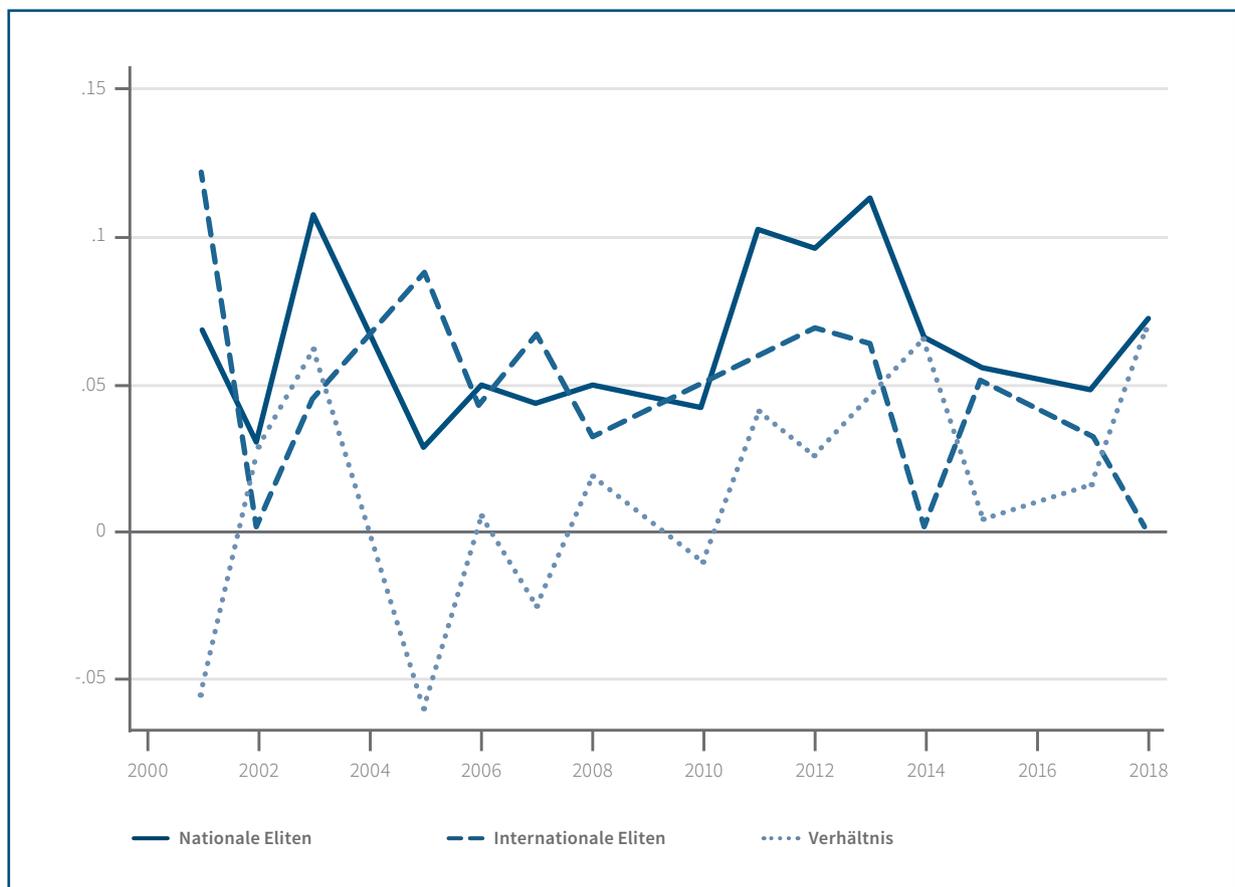


Abbildung 5: Anti-Establishment-Framings im Zeitverlauf

Eigene Darstellung.

ti-europäischen Framings in den Parteiprogrammen im Zeitverlauf nach 2005 ab. Zwischen 2008 und 2013 kommt es hier zu einem „Hoch“. Dieser Zeitraum liegt in der Hochphase der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise. Dass die Parteien sich hier besonders stark gegen „Brüssel“ positionieren, ist also keineswegs überraschend. Dass gegen nationale Eliten gerichtete Aussagen auch in diesem Zeitraum stärker sind, widerspricht diesem Argument nicht, da die Parteien im Zuge der Finanzkrise auch und gerade die Zusammenarbeit der eigenen Regierungen mit den „europäischen Technokraten“ anprangerten. Insofern ist der Anstieg von Anti-Establishment-Aussagen generell durch die Eurokrise gut zu erklären. Nach 2013 nehmen diese Framings im Vergleich zu den Vorjahren generell ab. Besonders gilt dies aber für Aussagen gegen die EU und europäische Institutionen, die eine zunehmend geringere Rolle spielen.

5.2. VOLKSZENTRIERTHEIT

Neben der Anti-Establishment-Orientierung ist die Volkszentriertheit der zweite Wesenskern des Populismus (Mudde 2004). Parteien machen sich demnach zu Fürsprecherinnen des „einfachen Volkes“ und vertreten die Anliegen des „kleinen Mannes“. Dabei kann sich „Volkszentriertheit“ jedoch auf unterschiedliche Eigenschaften des Volkes beziehen und über das reine Ansprechen des *common man* hinausgehen. Vielmehr rekurriert Volkszentriertheit zum einen auf die politische Souveränität und Repräsentation des vermeintlich homogenen Volkes, auf der anderen Seite auf dessen Identität, seine kulturellen Eigenschaften, Traditionen und Bräuche. Damit beschreiben Populisten das *heartland* der eigenen Nation (Taggart 2004). In „exklusiven“ Spielarten des Populismus wird das Volk dabei von seiner Identität her konstruiert: seiner Traditionen, Bräuche, kurz: seiner Kultur.

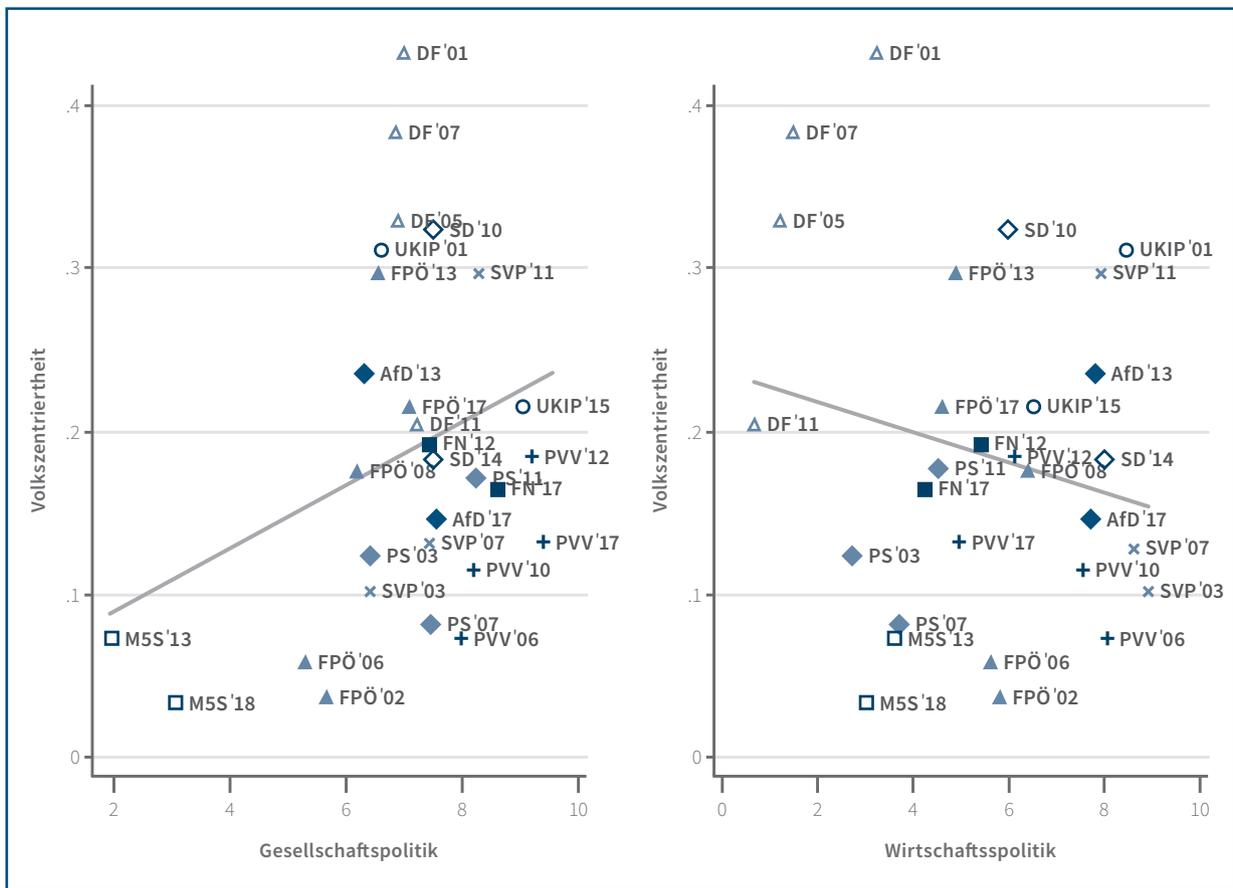


Abbildung 6: Volkszentriertheit, gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Position

Eigene Darstellung.

„Inklusive“ Varianten berufen sich auf einen sozioökonomischen Volksbegriff. Entsprechende Parteien ergreifen Partei für die Deprivierten, vermeintlich sozial Schwachen und politisch Ausgegrenzten (Mudde und Rovira Kaltwasser 2013).

Es überrascht nicht, dass inklusiver Populismus vor allem ein Merkmal linksradikaler Parteien Lateinamerikas darstellt, während exklusiver Populismus eher bei den rechtsradikalen Parteien Westeuropas vorzufinden ist (ebd.). Wir haben bereits im vorangegangenen Kapitel festgestellt, dass zwischen Volkszentriertheit und Ideologie in unserem Sample kein systematischer Zusammenhang besteht. Gerade deshalb wollen wir hier nochmals einen genaueren Blick auf die Daten werfen.

Da es sich bei den Parteien in unserem Sample mit Ausnahme des italienischen M5S ausschließlich um

Rechtspopulisten handelt, sind sie gesellschaftspolitisch untereinander auch nicht sonderlich heterogen. Entsprechend täuscht der in Abbildung 6 links angezeigte Zusammenhang: er wird alleine durch das italienische M5S erzeugt. Umso interessanter ist es, dass die Streuung der Volkszentriertheits-Framings innerhalb der Gruppe rechtspopulistischer Parteien hoch ist. Während in einigen Wahlprogrammen davon kaum Gebrauch gemacht wird (bspw. M5S, FPÖ 2002, 2006), ist sie in anderen sehr stark ausgeprägt (etwa DF 2001, 2007). Die Abwesenheit eines Zusammenhangs zwischen rechter Gesellschaftspolitik und Volkszentriertheit bedeutet, dass die Parteien in diesen Programmen zwar gegen Migranten und Asylsuchende Stellung beziehen, hierbei aber nicht in ähnlichem Maße auch „das Volk“ ins Spiel bringen. So gehört zu einer Parteinarbeit für restriktivere Flüchtlingspolitik nicht zwingend auch der ebenso stark ausgeprägte Bezug zum eigenen *heartland* (Taggart 2004). Ähnlich

verhält es sich mit der Wirtschaftspolitik. Wenngleich die Streuung hier sehr viel größer ist – siehe hierzu auch Kapitel 4.4 – so ist der Zusammenhang nicht signifikant. Auch dieser Befund zeigt, dass die Bezugnahme auf das „Volk“ nicht an bestimmte politische Positionen gebunden ist, sondern in diesem Fall sowohl mit staats- als auch mit marktorientierten Forderungen verbunden werden oder auch gar nicht auftauchen kann.

Wenn wir von Volkszentriertheit sprechen, so verbergen sich hinter den aggregierten Werten unterschiedliche Formen des „Wir“. Wie eingangs beschrieben, können Parteien dabei zum einen über die Identität von „uns hier drinnen“ als jene sprechen, die aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Eigenschaften zum „Volk“ zu rechnen sind. Damit adressieren rechte Populisten „nationale“ Werte wie die eigene Geschichte, aber auch Fragen von Anstand und Moral, wie sie durch den „gemeinen Mann“ verkörpert werden. Oder aber sie können sich mittels Rekurs auf politische Souveränität auf „uns hier unten“ beziehen, also auf den „kleinen Mann“, dem sie politisch (wieder) Gehör verschaffen wollen. Ein Vorteil unseres Datensatzes liegt darin, dass wir die beiden Dimensionen voneinander getrennt betrachten können. In einem ersten Schritt werden wir untersuchen, wie sie mit der politischen Ideologie der Partei, wie sie sich in deren Wahlprogramm findet, in Verbindung stehen. Zusätzlich tragen wir hier die von Populisten häufig vorgebrachte Forderung nach direktdemokratischen Instrumenten ab.

Wir sehen, dass Souveränitätsframings und die weitere politische Ausrichtung des Parteiprogramms nicht systematisch zusammenhängen. Ob rechtspopulistische Parteien sich auf ein politisches „Wir“ berufen, ist also nicht davon abhängig, ob sie in der ein oder anderen Form besonders radikale Positionen einnehmen. Hier zeigt sich, dass in der Zukunft auch linkspopulistische sowie Mainstream-Parteien in den Datensatz aufgenommen werden sollten, um zu prüfen, ob beispielsweise ein auf die eigene Identität ausgerichtetes Framing nicht doch gerade bei rechtsradikalen Akteuren auftritt und Souveränität eher ein Narrativ linkspopulistischer Parteien sein könnte. Demgegenüber lässt sich ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen einer eher wirtschaftsliberalen Position und dem Rekurs auf die Identität des Volkes nachweisen: vertreten rechtspopulistische Parteien also eine eher marktorientierte Haltung, so spielen Identitätsframings in ihren Programmen eine etwas weniger starke Rolle. Rufen wir uns ins Gedächtnis, dass diese Parteien stärker von gegen nationale Eliten gerichteten Aussagen Gebrauch machen (siehe voriger Abschnitt), so ergibt sich ein Gesamtbild, in dem sich Populismus in der Gleichsetzung von Eingriffen in die Wirtschaft mit „Zentralismus“ und „Bürokratie“ womöglich weitgehend erschöpft. Keinen Zusammenhang finden wir mit der Salienz von Aussagen zu direktdemokratischen Elementen in Wahlprogrammen. Diese hängt offensichtlich weder von der spezifischen ideologischen Ausrichtung noch von der Stärke anderer Volkszentriertheits-Framings ab.

	Links-Rechts	Ökonomie	Gesellschaft	Souveränität	Identität	Direkte Demokratie
Links-Rechts	1					
Ökonomie	0,5161*	1				
Gesellschaft	0,8940*	0,1979	1			
Souveränität	0,1691	-0,0455	0,1125	1		
Identität	0,1757	-0,3475*	0,2998	0,1596	1	
Direkte Demokratie	0,1372	0,2822	0,1087	-0,1769	-0,1480	1

Tabelle 8: Korrelationen zwischen Subdimensionen der Volkszentriertheit und ideologischen Positionen rechtspopulistischer Parteien (Pearson's r)
Eigene Darstellung. * = signifikant auf dem 0,1-Niveau.

Wir haben bis hier gesehen, dass offenbar nicht alle rechtspopulistischen Parteien in ihren Programmen die gleichen Formen von „Volkszentriertheit“ nutzen. Dies ergründen wir im nächsten Schritt. Wir stellen die Ausprägungen für jede dieser Dimensionen in Abbildung 7 dar. Insbesondere betrachten wir im Folgenden die Ausprägung des Souveränitäts- und Identitätsframings.

Es zeigt sich, dass zwischen den beiden Dimensionen kein Zusammenhang besteht. Das ist ein interessanter Befund; er bedeutet nämlich, dass Parteien in einigen Fällen tatsächlich entweder von der einen oder von der anderen Variante stärker Gebrauch machen, aber nur in wenigen Fällen in gleichem Maße sowohl Souveränitäts- als auch Identitätsframings formulieren. In manchen Wahlprogrammen ist das Ungleichgewicht besonders stark. So weist das Programm der Schwedendemokraten 2010 in weitaus höherem Maße Souveränitäts- als Identitätsframings auf. Das gilt ebenso für das Wahlprogramm der Dänischen Volkspartei im Jahr 2001. Demgegenüber ist der prozentuale Anteil identitätspolitischer Aussagen im Programm der DF aus dem Jahr

2007 deutlich höher. Das zeigt sich etwa zu Beginn des Programms, das die Partei mit den Worten „Dänemark ist ein gutes, warmherziges und wohlhabendes Land“ einleitet. An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass mit dem Bezug zur eigenen Identität nicht zwingend „Nationalismus“ oder gar „Rassismus“ gemeint ist. Vielmehr handelt es sich meist um Chiffren, die die Eigenschaften dessen beschreiben, was Taggart (2004) als *heartland* apostrophiert hat. Auch die im 2010er Programm der Schwedendemokraten immer wieder vorkommende Bezugnahme auf „unser Schweden“ ist so zu verstehen:

„In unserem Schweden können sich schwedische Arbeitnehmer sicher fühlen, dass ihre Interessen an erster Stelle stehen. In unserem Schweden gibt es keine Schwellen für diejenigen, die sich noch nicht auf dem Arbeitsmarkt etabliert haben. In unserem Schweden haben wir eine positive Sicht auf Wachstum und Unternehmertum.“

(Wahlprogramm der Schwedendemokraten 2010)

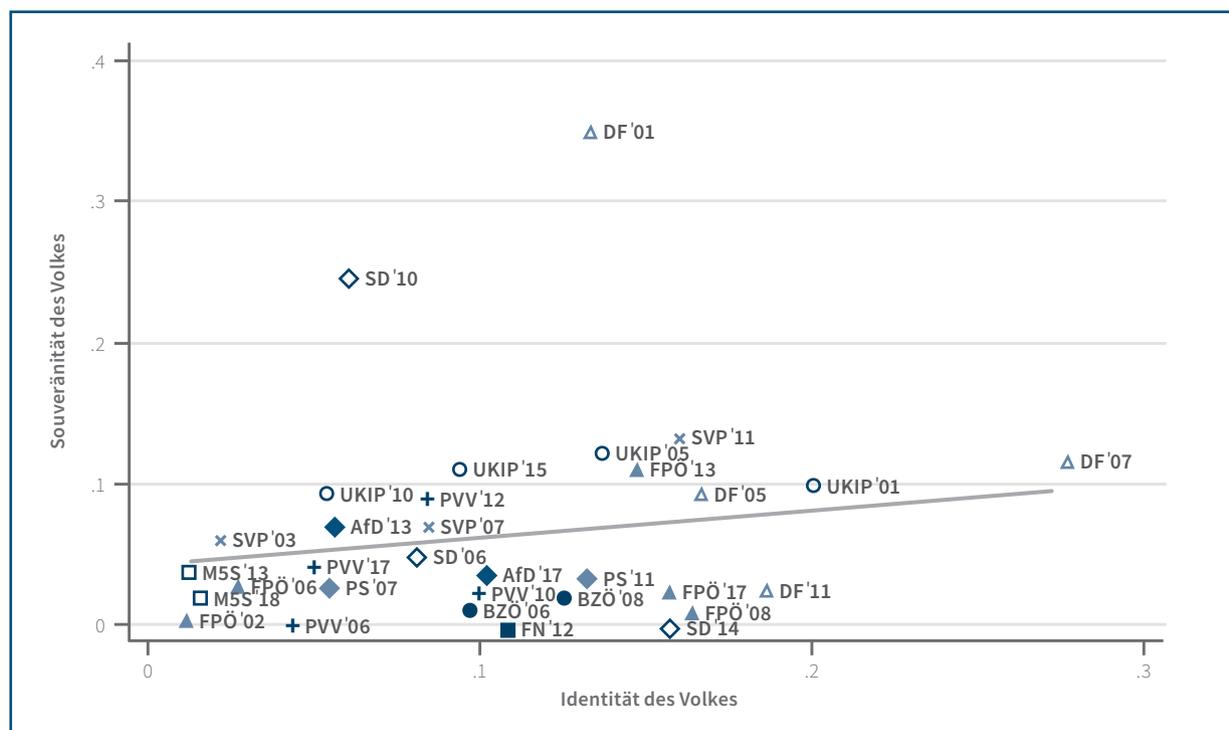


Abbildung 7: Stärke von Souveränitäts- und Identitätsframings in Wahlprogrammen
Eigene Darstellung.

Subtyp	Wahlprogramme
Identität	AfD 2017
	BZÖ 2006, 2008
	DF 2007, 2011
	FN 2012, 2017
	FPÖ 2002, 2008, 2013, 2017
	PS 2003, 2007, 2011
	PVV 2006, 2010
	UKIP 2001, 2005
	SD 2006, 2014
	SVP 2011
Souveränität	AfD 2013
	DF 2001
	M5S 2013
	PVV 2012
	UKIP 2010, 2015
	SD 2010
Mischtyp	FPÖ 2006
	M5S 2018
	PVV 2017

Tabelle 9: Subtypen von Volkszentriertheit-Framings rechtspopulistischer Parteien

Eigene Darstellung.

Es ist an dieser Stelle also wichtig sich zu vergegenwärtigen, dass die Bezugnahme auf die Identität viele Facetten haben kann und in vielen Fällen nicht unbedingt dem entspricht, was wir von rechtsradikalen Parteien erwarten. Die Identität wird oft nicht auf Basis der Ethnie konstruiert, und sie tritt auch nicht immer aggressiv auf. Auch das muss bedacht werden, wenn man sich die Anschlussfrage stellt, wie mit rechtspopulistischen Parteien strategisch umzugehen ist.

Weiterhin fällt auf, dass bei weitem nicht alle Programme besonders stark von Volkszentriertheits-Framings Gebrauch machen. Das ist ein interessanter Befund,

handelt es sich doch im Sprachgebrauch nicht nur um rechte, sondern um rechtspopulistische Parteien, von denen man entsprechende Aussagen durchweg erwarten würde. Stattdessen gibt es eine ganze Reihe von Programmen, die entweder in einer oder gar in beiden Dimensionen über recht schwache Werte verfügen.

Ebenso wie bei den Anti-Establishment-Framings betrachten wir nun, wie sich die Souveränitäts- und Identitätsframings innerhalb der Wahlprogramme zueinander verhalten (Tabelle 9). Wir bilden wiederum einen Quotienten aus der Anzahl der Souveränitäts- und jener der Identitäts-Aussagen.

In der Gesamtschau ist plausibel, dass der Löwenanteil der Programme eher durch die Bezugnahme auf die Identität den auf die Souveränität des Volkes gekennzeichnet ist – immerhin handelt es sich um Parteien, deren Wesensmerkmal eine exklusive Variante des Populismus ist (Mudde und Kaltwasser 2013). Souveränitätsframings spielen demgegenüber im Vergleich eine insgesamt untergeordnete Rolle. Lediglich die bereits erwähnte DF, die Fünf-Sterne-Bewegung, die PVV, UKIP, die Schwedendemokraten sowie die schweizerische SVP machen im direkten Vergleich in einigen Programmen relativ stark davon Gebrauch. Auffallend ist ein zeitliches Muster: Meist dominiert zunächst der Souveränitätstyp, der dann in Folge vom Identitätstyp abgelöst wird. Bei der SVP, die gemeinhin als eine der Vorreiterparteien des europäischen Rechtspopulismus gilt, ergibt dies schon deshalb Sinn, weil die Partei in ihren Programmen wortwörtlich immer wieder auf das „Stimmvolk“ rekurriert und damit auf die tatsächlich besonders stark institutionalisierte Volkssouveränität in der schweizerischen direkten Demokratie. Auch, dass die AfD im Jahr 2013 dem „Souveränitätstypus“ zugerechnet werden muss, überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass die Partei sich zu Beginn ihres Bestehens zuvorderst auf die Bedrohung des Nationalstaa-

tes durch die EU konzentriert hat und ethnische bzw. kulturelle Fragen deutscher Identität kaum eine Rolle spielten (Franzmann 2014; Arzheimer 2015; Berbuir et al. 2015; Ketelhut et al. 2016). Mischtypen wiederum bezeichnen ein ausgeglichenes Verhältnis der beiden Subdimensionen in den jeweiligen Wahlprogrammen – der Quotient beträgt hier 0.

In Abbildung 8 stellen wir die Entwicklung der Volkszentriertheits-Framings im Mittelwert aller Parteien in den jeweiligen Jahren im Zeitverlauf dar. Die Stärke beider Framings unterliegt im Zeitverlauf recht deutlichen Schwankungen. Dabei zeigt sich, dass in den meisten Jahren identitätspolitische Rekurse auf das „Volk“ einen gewichtigeren Teil rechtspopulistischer Wahlprogramme ausmachen als Bezüge zur Souveränität. Nur 2009 und 2015 kehrt sich das Verhältnis jeweils um, wenn auch nur in geringem Maße. Wenngleich wir hier keinen ursächlichen Zusammenhang konstatieren können, so ist auffällig, dass die steigenden Souveränitätswerte in die Hochphase der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2010 fallen. Ein bemerkenswertes Beispiel für die Verbindung von Euroskepsis und souveränitätsbasierter Volkszentriertheit findet sich im Wahlprogramm der niederländischen PVV von 2010:

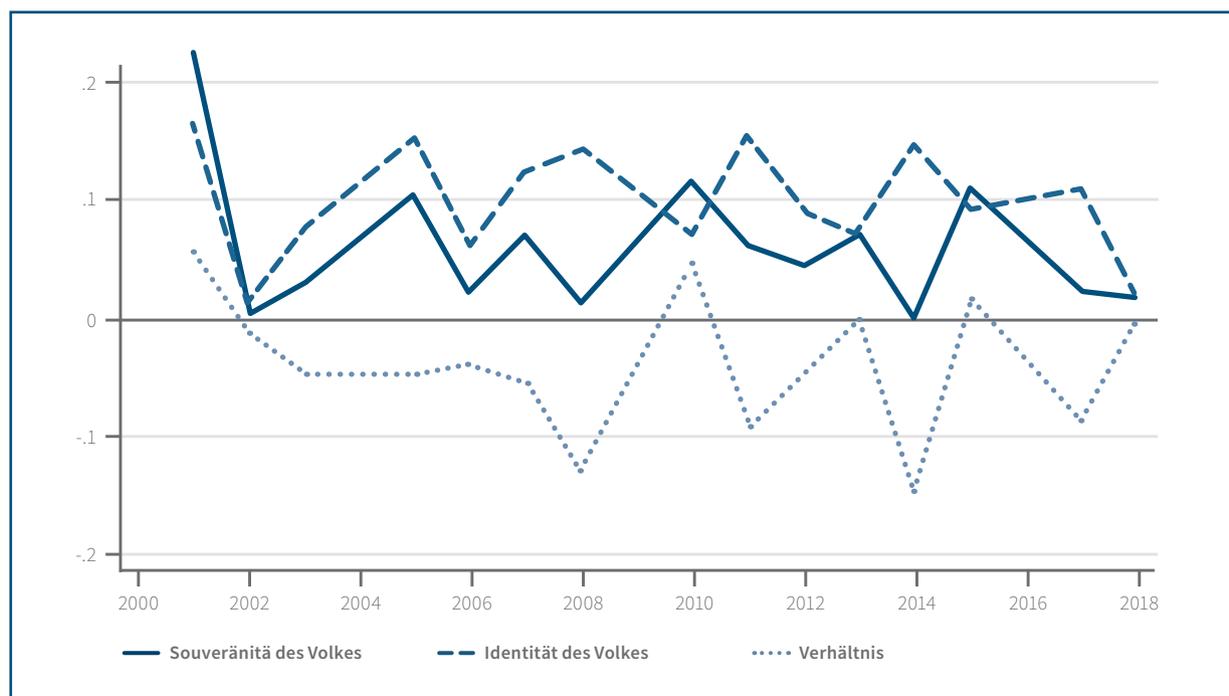


Abbildung 8: Volkszentriertheits-Framings im Zeitverlauf – Darstellung der Subdimensionen

Eigene Darstellung.

„Eine andere Gefahr für unsere Demokratie ist die Europäische Union. Sie ähnelt immer mehr der früheren Sowjetunion. Die EUdSSR. (...) Aber auch die Milliarden an Steuergeldern, die dort hineingesteckt werden, können nicht verdecken, dass der EU-Nationalismus mit immer weniger Unterstützung rechnen kann. Das Referendum über das europäische Grundgesetz war ein schönes Beispiel dafür. Zwei Drittel der niederländischen Zweiten Kammer des Parlaments waren dafür, zwei Drittel der niederländischen Bürger stimmten dagegen.“

(Wahlprogramm der PVV 2010)

Bereits im einleitenden Satz des Abschnitts wird deutlich, dass die eigene Souveränität als durch die EU bedroht beschrieben wird. Auf der sprachlichen Ebene ist der Verweis auf das niederländische Referendum eine entsprechende Erweiterung des Szenarios, in welchem das eigene Volk gegen diese vermeintliche Bedrohung die Stimme erhoben hat, aber von den nationalen politischen Eliten in der Ausübung seiner Souveränität beschränkt wurde. Wir finden in diesem Abschnitt also zwei Formen von Anti-Establishment-Framings vor, die mit dem Rekurs auf die Volkssouveränität in Verbindung stehen.

Diese Passage ist für die Wahlprogramme rechtspopulistischer Parteien in unserem Datensatz relativ typisch. Sie zeigt nämlich, dass das *heartland* als prekärer Ort beschrieben wird: Die Souveränität, aber auch die Identität des Volkes werden von Rechtspopulisten als etwas dargestellt, das gegen innere (die politischen Eliten) wie gegen äußere (die Europäische Union) Gegner verteidigt werden muss. Insofern wird besonders an Volk-zentriertheits-Framings deutlich, dass Rechtspopulisten sich krisenhafte Beschreibungen zu Eigen machen, in denen die Verteidigung der Demokratie – verstanden in ihrem Sinne – geradezu imperativ ist. Ein wesentlicher Unterschied der meisten rechtspopulistischen zu rechtsextremen und vor allem faschistischen Parteien besteht darin, dass die Rechtspopulisten die Demokratie als solche nicht nur nicht ablehnen, sondern sich als deren einzige Beschützer gegen innere wie äußere Feinde stilisieren.

5.3. ANTI-PLURALISMUS

Als Korrelat des Populismus wird Anti-Pluralismus von einigen Autoren nicht als genuiner Bestandteil gewertet (z. B. Decker 2018), von anderen hingegen als logisch-zwingende Folge des dem Populismus inhärenten

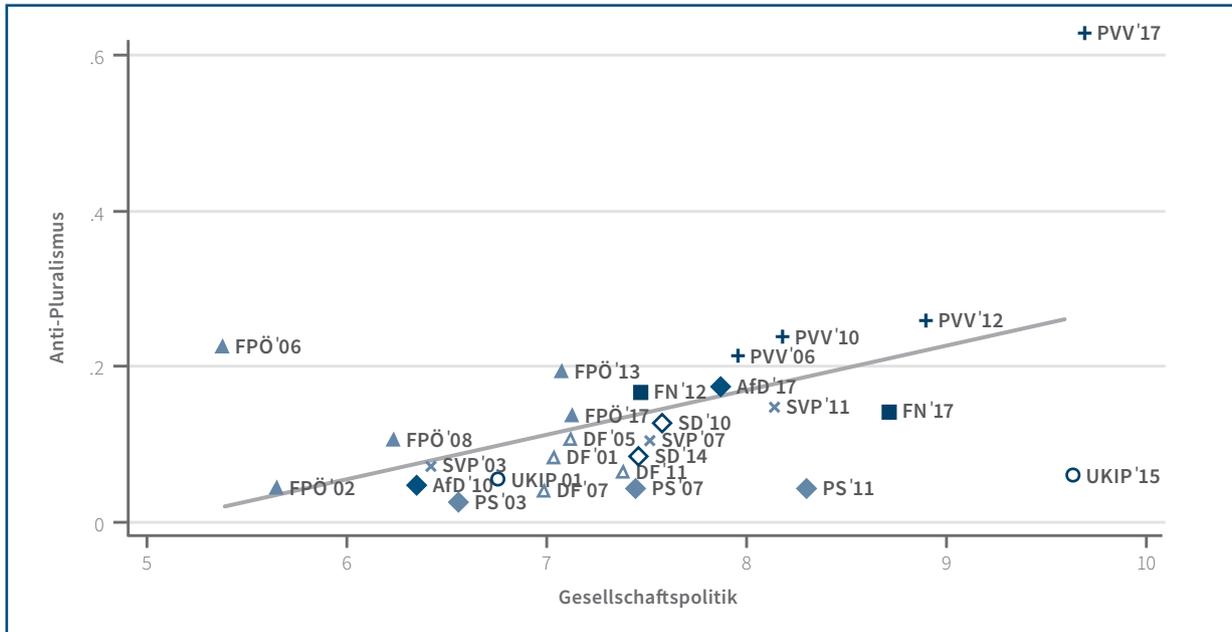


Abbildung 9: Zusammenhang von Anti-Pluralismus und Gesellschaftspolitik in Wahlprogrammen rechtspopulistischer Parteien
Eigene Darstellung.

	Links-Rechts	Ideol. Ökonomie	Ideol. Gesellschaft	Interessengruppen	Weltanschauung	Religion
Links-Rechts	1					
Ökonomie	0,5161*	1				
Gesellschaft	0,8940*	0,1979	1			
Interessengruppen	0,05	0,0361	0,3322*	1		
Weltanschauung	0,5183*	0,2668	0,4206*	0,3534*	1	
Religion	0,4099*	0,0024	0,4732*	0,4248*	0,3939*	1
Minderheiten	0,2897	0,1564	0,3036	0,2957	0,2428	0,6083*

Tabelle 10: Korrelationen zwischen Subdimensionen des Anti-Pluralismus und ideologischen Positionen rechtspopulistischer Parteien (Pearson's r) (ohne M5S)
Eigene Darstellung. * = signifikant auf dem 0,1-Niveau.

Freund-Feind-Schemas gesehen (Müller 2016). Zumindest kann eine gewisse Nähe auf theoretischer Ebene nicht abgesprochen werden. Unser Projekt ermöglicht es, auch diese in der Literatur zum Teil heftig geführte Auseinandersetzung einer empirischen Überprüfung zuzuführen. Inwieweit sind anti-pluralistische Äußerungen mit den anderen beiden Subdimensionen verbunden?

Wir haben schon gesehen, dass Anti-Pluralismus erwartungsgemäß vor allem mit gesellschaftspolitischen ideologischen Positionen einen hohen Zusammenhang aufweist. Da M5S die einzige Partei in unserem Sample ist, deren gesellschaftspolitischen Positionen links von der Mitte liegen, haben wir sie als Ausreißer aus den folgenden Analysen ausgeschlossen. Der Zusammenhang mit der Gesamtdimension des Antipluralismus bleibt bestehen: für die ideologische Links-Rechts-Gesamtdimension wird ein Wert von 0,44 erreicht, für die gesellschaftspolitische Dimension ein Wert von 0,49. Diese Werte sind auf dem 0,05-Niveau signifikant, d.h. es liegt trotz der niedrigen Fallzahl eine geringe statistische Irrtumswahrscheinlichkeit vor. Der Zusammenhang mit der gesellschaftspolitischen Dimension wird in Abbildung 9 illustriert.

Wie in den voran gegangenen Kapiteln geht der Blick als nächstes zu den Subdimensionen des Anti-Pluralismus. Wir haben folgende vier Subdimensionen erfasst: (1) Die Ablehnung politischer Interessengruppen, (2) die Ablehnung spezifischer Weltanschauungen, (3) die Ablehnung von Religionsgemeinschaften sowie (4) die Ablehnung von Minderheiten. Tabelle 10 fasst die Korrelationsergebnisse zusammen.

Zunächst fällt innerhalb der Subdimensionen auf, dass die Parteien, die Religionsgemeinschaften ablehnen, auch häufig Minderheiten ablehnen, was sich in einem Korrelationskoeffizienten von gut 0,6 ausdrückt. Allerdings ist der Zusammenhang dieser Subdimensionen mit der allgemeinen Links-Rechts-Dimension nicht so stark ausgeprägt wie mit der Ablehnung spezifischer Weltanschauungen. Eine detaillierte Analyse mit den für den Populismus konstitutiven Dimensionen der Volkszentrierung und der Anti-Establishment-Orientierung offenbart, dass es bei der Ablehnung anderer Weltanschauungen vor allem einen mittelstarken Zusammenhang mit der Krisendiagnose gibt ($r=0,39$ ohne M5S; $0,41$ mit M5S). Dies erscheint einigermaßen plausibel, weil diese beiden Subdimensionen eine negative Weltsicht widerspiegeln. Ansonsten bestätigt sich in Verbindung der anti-pluralistischen Subdimensionen mit den ideologischen Orientierungen, dass die ökonomische Dimension vollkommen irrelevant ist. Die Ablehnung religiöser Gruppen spielt eine wichtigere Rolle als die Ablehnung von Minderheiten per se. Hier steckt die Ablehnung des Islam hinter, der ein zunehmend verbindendes Thema der Rechtspopulisten darstellt. Die Ablehnung von Interessengruppen zeigt zwar mittlere Zusammenhänge zu den anderen Subdimensionen, aber keine zu Ideologien.

Aus temporaler Perspektive haben wir einen weiteren bemerkenswerten Zusammenhang gefunden. Es besteht eine mittlere, signifikant positive Korrelation zwischen dem Ausmaß der Kritik an den europäischen Eliten in dem *vorangegangenen* Wahlprogramm und dem

	Konkordanzdemokratie	Anti-Pluralismus (Gesamtdimension)
Konkordanzdemokratie	1	
Anti-Pluralismus (Gesamtdimension)	0,4361*	1
Interessengruppen	0,0182	0,4836*
Weltanschauung	0,2847	0,5102*
Religion	0,3203*	0,8925*
Minderheiten	0,4704*	0,8422*

Tabelle 11: Korrelationen zwischen Subdimensionen des Anti-Pluralismus und Konkordanzdemokratie (Pearson's r) (ohne M55)

Eigene Darstellung. * = signifikant auf dem 0,1-Niveau

Ausmaß der Ablehnung von Religionsgemeinschaften im *aktuellen* Wahlprogramm ($r=0.385$). In der Kritik an europäischen Eliten steckt somit auch immer eine sozio-kulturelle Kritik an offenen Gesellschaften, die sich dann erst in der darauffolgenden Wahl manifestiert. Empirisch finden wir weiterhin bivariat einen signifikant negativen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Volkszentrierung in dem *vorangegangenen* Wahlprogramm und dem Ausmaß der Ablehnung von Minderheiten im *aktuellen* Wahlprogramm ($r=-0.37$). Im jeweils aktuellen Wahlprogramm besteht dieser Zusammenhang nicht. Das heißt: je höher der Volkszentrierungswert in der vorangegangenen Wahl war, desto geringer fiel die Kritik an Minderheiten in der nächsten Wahl aus. Dieser Befund ist aber nicht robust, sofern man in einer multiplen Regression – anstatt einer bivariaten Analyse – weitere Faktoren berücksichtigt. Inhaltlich lässt er sich auch nur schwer interpretieren und könnte schlicht ein empirisches Artefakt sein.

Abschließend wird nun deswegen der Blick auch noch auf institutionelle und kulturelle Strukturen und somit auf den Demokratieyp gelegt. In Verbindung zu (Anti)-Pluralismus und Populismus ist die Unterscheidung von Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Sinne Lijpharts (1977) von hohem Interesse. In Konkordanzdemokratien herrscht traditionell ein hohes Ausmaß an informeller und formaler Elitenkooperation. Gesellschaftliche Mäßigung wird hier auf der Elitenebene hergestellt. Dies folgt meist einem historischen Lernprozess, bei dem eine gesellschaftliche Konfliktregulierung wie z.B. in Österreich in einem Bürgerkrieg endete. In solchen Demokratien finden wir also tatsächlich eine

Art „Elitenkartell“ vor (Krouwel 1996). Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, die sich nicht mehr in der Elitenstruktur widerspiegeln und somit Gruppen vom gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ausschließen, verleiht dies populistischen Argumentationsfiguren einen gewissen Wahrheitskern. Konkordanzdemokratien kommen in der Regel in sprachlich, ethnisch und/oder kulturell segmentierten Gesellschaften vor (Lijphart 1977). Neben Österreich gehören die Schweiz, die Niederlande und Belgien zu den klassischen Konkordanzdemokratien. Definitorische Merkmale einer Konkordanzdemokratie sind: (1) Machtteilung, z. B. über eine „Große Koalition“ aller wichtigen Lager, (2) Proportionalität im Wahlsystem, Ämter- und Ressourcenverteilung; (3) Gesichertes, gegenseitiges Veto der Lager sowie (4) Autonomie der gesellschaftlichen Lager. Konkordanzdemokratie wurde als so genannten Dummy-Variable mit den Ausprägungen 1 – Konkordanzdemokratie – und 0 – Konkurrenzdemokratie – kodiert.

Tatsächlich sind die Parteien in den alten Konkordanzdemokratien im internationalen Vergleich stärker anti-pluralistisch ausgerichtet. Hier ist vor allem ein empirischer Zusammenhang zu Minderheiten, aber auch Religionsgruppen zu sehen. Was für diesen empirischen Zusammenhang ursächlich ist, können wir hier nicht endgültig klären. Zu vermuten ist, dass nicht unbedingt die konkordanzdemokratischen Aushandlungsprozesse die Ursache für den Anti-Pluralismus sind, sondern umgekehrt die in der Gesellschaft tradierten anti-pluralistischen Einstellungen sich unter den Bedingungen der Konkordanzdemokratie nicht haben abbauen können. ■

6. SONDERFÄLLE UND AUSREISSER

In den voran gegangenen Analysen gab es einige Ausreißer. So zeigen die dänische Volkspartei sowie die italienische 5-Sterne-Bewegung geringere Populismuswerte, wobei das M5S auf beiden Dimensionen geringe Werte aufweist und die DF zwar hohe Volkzentriertheitswerte, aber nur niedrige in der Anti-Establishment-Orientierung aufweist. Bei der AfD zeigen sich für 2013 niedrigere Werte als für 2017. Inwieweit ist das plausibel? Erst die kurze Fallanalyse gibt uns einen tieferen Einblick darüber, inwieweit die Schlussfolgerungen auf Basis unserer Inhaltsanalysen tragen. Ein wesentlicher Faktor scheint die Regierungsbeteiligung zu sein, was sich bereits in den multivariaten Analysen zeigt. Das Auf und Ab der FPÖ lässt sich gut mit ihrer Regierungsbeteiligung erklären, insbesondere ihr hoher Wert 2013 mit ihrer Stellung als Hauptoppositionspartei.

6.1. AFD

Die AFD ist im internationalen Vergleich deswegen ein solch interessanter Fall, da sie in kürzester Zeit nicht nur einen Großteil ihres Spitzenpersonals ausgetauscht, sondern sich auch von einer Anti-Euro-Partei hin zu einer klassisch-rechtspopulistischen Anti-Migrationspartei gewandelt hat (Franzmann 2019). Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass personell mit Alexander Gauland, als zunächst Vizeparteisprecher und seit Dezember 2017 Co-Parteisprecher, auch Kontinuität

herrschte (Franzmann 2016b). Die national-konservative Grundausrichtung der AfD war dabei von Anfang an unstrittig (Niedermayer 2014), die Einordnung als populistische Partei zu Beginn schon (zur Diskussion siehe Franzmann 2014; Lewandowsky 2015; Lewandowsky et al. 2016; Arzheimer 2015; Berbuir et al. 2015). Unsere Daten verweisen darauf, dass die Programme der AfD ein durchgängig hohes Populismustniveau aufweisen und dies 2013 sogar noch höher war als 2017. Dies widerspricht der öffentlichen Wahrnehmung, dass die AfD sich erst mit dem innerparteilichen Bruch und Austritt des Ökonomenflügels 2015 zu einer eindeutig rechts-populistischen Partei gewandelt habe.

Dieser Widerspruch lässt sich jedoch auflösen. Als erstes müssen wir die Länge bzw. die Kürze der Programme berücksichtigen. Das 2013er Programm der AfD war eilig vor der Bundestagswahl insbesondere auf Betreiben des damaligen Parteisprechers erstellt worden und umfasst nur vier Seiten. Durch die Zuspitzung fehlen ausbalancierende Elemente zur Differenzierung der zum Teil populistisch vorgetragenen Positionen. Dies wird zweitens noch durch den Umstand der Parteineugründung verschärft. Als solche ist die AfD ja 2013 tatsächlich in keiner Weise Teil des etablierten Parteiensystems gewesen. Die Opposition gegen alle bestehenden Parteien ist im Grunde für alle neu gegründeten Parteien konstitutiv. Entsprechend weist die AfD hier auch ein vergleichsweise hohes Niveau an

„DIE AFD IST IM INTERNATIONALEN VERGLEICH DESWEGEN EIN SOLCH INTERESSANTER FALL, DA SIE IN KÜRZESTER ZEIT NICHT NUR EINEN GROSSTEIL IHRES SPITZENPERSONALS AUSGETAUSCHT, SONDERN SICH AUCH VON EINER ANTI-EURO-PARTEI HIN ZU EINER KLASSISCH-RECHTSPOPULISTISCHEN ANTI-MIGRATIONSPARTEI GEWANDELT HAT.“

„DER ‚WUNSCH NACH KULTURELLER SCHLIESSUNG‘ DOMINIERT SPÄTESTENS SEIT DER BUNDESTAGSWAHL 2017 DIE AGENDA DER AFD UND IHRER WÄHLERSCHAFT, GANZ UNABHÄNGIG VON DER POPULISTISCHEN EINBETTUNG.“

Anti-Establishment-Rhetorik auf. Dazu passen drittens auch Befunde auf Basis der Auswertung von Pressemitteilungen. Diese zeigen im Zeitverlauf, dass die AfD zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 auch jenseits der Wahlprogramme ein ähnliches Populismuskonzept aufwies (Franzmann 2016a; Franzmann 2019). Lediglich in der Phase des Europawahlkampfes 2014 bis zum innerparteilichen Bruch 2015 stellte sich die AfD als kaum populistische Partei da (ebd.). Viertens wird die Radikalisierung der AfD auf ihre thematische Fokusverschiebung hin zu kulturellen Themen zurückgeführt. Der „Wunsch nach kultureller Schließung“ (Lengfeld und Dilger 2018: 196; Arzheimer und Berning 2019) dominiert spätestens seit der Bundestagswahl 2017 die Agenda der AfD und ihrer Wählerschaft, ganz unabhängig von der populistischen Einbettung. Unsere Daten geben aber auch genau diesen thematischen Wandel wieder: die AfD weist von 2013 auf 2017 eine enorme Steigerung in der Anti-Pluralismus-Dimension auf. Kurz: Unsere Ergebnisse entsprechen in der gemeinsamen Betrachtung *aller drei* Dimensionen dem in der Literatur und Öffentlichkeit vermuteten Verlauf.

6.2. DIE DÄNISCHE DF

Die Gründungsgeschichte der dänischen DF in den Jahren 1995 bis 2000 sowie ihr Wechsel im Europaparlament hin zur rechtspopulistischen Fraktion „Demokratie und Identität“ scheinen zunächst hohe Populismuswerte sowohl auf der Volkszentriertheits-Dimension als auch der Anti-Establishment-Dimension nahezulegen. Ursprünglich aus der steuerpopulistischen Fortschrittspartei hervorgegangen, verstand sich die DF bei ihrer Gründung als dezidierte Anti-Establishment-Partei, die sich ideologisch am französischen Front National orientierte und als erste Partei den Ethno-Pluralismus propagierte (Rydgren 2004: 478f.). Sie war damit so erfolgreich, dass sie von 2001 bis 2011 und dann wieder von 2015 bis 2019 so stark wurde, dass sie jeweils die amtierenden Minderheitsregierungen entscheidend unterstützte. Sie konnte

dabei erfolgreich ihre migrationskritische Haltung in die dänische Politik einspeisen, da die Mitte-Rechts-Parteien zur Regierungsbildung auf die DF angewiesen waren (Green-Pedersen und Otjes 2019). Hier liegt die Erklärung für das abweichende Muster: Uns liegen für diese Studie die Programme genau für die Phase ihrer ersten Beteiligung an einer Minderheitsregierung von 2001 bis 2011 vor. Ihre höchsten Anti-Establishment-Werte erzielt die DF 2011, *bevor* sie die Regierungsunterstützung einstellte. Niedrige Werte weist sie in den Jahren auf, bei denen sie anschließend mit den anderen Parteien kooperierte. Insofern prognostizieren unsere Erhebungen für die Anti-Establishment-Dimension die Regierungsbeteiligungen der DF erstaunlich gut. Zudem war die DF während dieser Phase im Europaparlament nicht Mitglied einer der klassisch rechtspopulistischen Fraktionen und vermied auch den Kontakt zu diesen Gruppierungen. Das Verhalten der DF in der Phase von 2001 bis 2011 passt also zu unseren Werten. Die dänischen Rechtspopulisten inszenierten sich in dieser Phase nicht als reine Außenseiter. Eine Analyse des 2019er Programms mit unserem inhaltsanalytischen Schema müsste dann allerdings wieder erhöhte Anti-Establishment-Werte aufzeigen, sofern die DF tatsächlich ihr Ausscheiden aus der Regierungsbildung antizipiert hat. 2019 war die DF allerdings erstmals auch mit Kontrahenten von rechts konfrontiert und zudem mit einer sozialdemokratischen Partei, die ihre Themen in Bezug zu Einwanderung und innere Sicherheit weitgehend übernahm. Das resultierte in einem Absturz des Wählerzuspruchs auf weniger als 9 Prozent. 2015 war die DF mit 21,1 Prozent noch zweitstärkste Kraft in Dänemark gewesen.

Der Fall der DF liefert aber noch eine weitere wichtige Erkenntnis. Wir haben bei ihrer wirtschaftspolitischen Positionierung gesehen, dass die DF es versteht, sich in ihrem Wahlprogramm zu bestimmten Themen nicht zu äußern. Die DF weist sehr hohe Werte im Bereich der Volkszentriertheit auf, die 2011 sinken, obwohl zugleich die Anti-Establishment-Orientierung steigt. So, wie wir oben gesehen haben, dass eine starke Volkszentrierung

spätere anti-pluralistische Haltungen vorwegnimmt, scheint im Fall der DF die hohe Volkszentrierung auch dazu zu dienen, die vorhandene Anti-Establishment-Haltung einerseits zu verschleiern und andererseits hinreichend an die potentielle Wählerschaft zu signalisieren.

6.3. M5S

Die vom italienischen Satiriker Beppe Grillo ins Leben gerufene Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) stellt die üblichen Klassifikationen von Parteien seit ihrer Gründung vor Herausforderungen. Aufgrund ihrer aggressiven Anti-Parteien-Rhetorik wurde und wird sie im internationalen Vergleich als populistisch eingestuft (Bernhard und Kriesi 2019). Zugleich schwankt die übergreifende ideologische Einordnung aufgrund ihrer migrations- und europaskeptischen Haltung von rechtspopulistisch bis hin zu linkspopulistisch aufgrund ihrer Sozialstaatsorientierung und wirtschaftspolitischen Befürwortung regulierter Märkte (Mosca und Tronconi 2019).

Unsere Ergebnisse suggerieren, dass das M5S seiner Kernideologie nach überhaupt keine populistische Partei ist. Ähnlich wie bei der dänischen DF weisen unsere Ergebnisse eine gute Prognosekraft auf: Tatsächlich hat sich nämlich das M5S nach Ende unseres Analysezeitraums aus der Koalition mit der rechtspopulistischen Lega verabschiedet und mit der Demokratischen Partei (PD) eine neue Regierung gebildet. Das ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Zum einen wurde das M5S aufgrund seiner aggressiven Rhetorik gegen die PD als populistisch klassifiziert, zum anderen ist es untypisch für populistische Parteien, Koalitionen mit Mit-

„DAS IN UNSEREN DATEN ALS SONDERFALL ERSCHEINENDE M5S IST IM INTERNATIONALEN VERGLEICH AUFGRUND DER ITALIENISCHEN BESONDERHEITEN TATSÄCHLICH EIN SPEZIALFALL.“

te-Links-Parteien einzugehen, ganz gleich, ob sie nun links- oder rechtspopulistisch sind.

Allerdings lassen sich diese zum Teil widersprüchlichen Befunde gut vor dem Hintergrund der Besonderheiten des italienischen Parteiensystems erklären. Nach den Korruptionsskandalen zu Beginn der 1990er Jahre setzte einerseits eine große Transformation des gesamten Parteiensystems ein, andererseits verfestigte sich ein Anti-Parteien-Diskurs (Bardi 1996), was sich auch in den im Schnitt starken Anti-Establishment-Orientierungen der italienischen politischen Eliten zeigt (Lewandowsky 2019). Diesen Anti-Parteien-Diskurs hat das M5S seit seiner Gründung gepflegt, sich aber zugleich auch als klassische Volkspartei verstanden. Bordignon und Ceccarini (2015) haben sie daher früh als Anti-Parteien-Volkspartei klassifiziert. Aufgrund der Beschaffenheit des italienischen Parteiensystems konnte sie auch nur so auftreten. Das M5S ist somit als Protestpartei gegen die Relikte des etablierten Parteiensystems zu verstehen (Mejstrik 2017). Ihr Erfolg ließ sich aber nicht alleine auf Protest reduzieren, wie Conti und Memoli (2015) schon anhand der Wahlen von 2013 zeigen konnten. Das M5S wurde nämlich von Beginn an auch für die Besetzung einer programmatischen Lücke im italienischen Parteiensystem gewählt, namentlich für ihre Kombination aus Umwelt- und Sozialstaatsthemen. Anders als bei den anderen Parteien in unserem Sample ist ihre „dicke“ Ideologie für ihren Erfolg mindestens genauso wichtig wie ihre Anti-Parteien-Rhetorik. Diese Rhetorik bedient wiederum schlicht die in der italienischen Wählerschaft seit den 1990er Jahren verfestigte Sichtweise auf die Parteiendemokratie. Das M5S diskutiert Parteiendemokratie in einer Art und Weise, wie sie in Italien schlicht üblich ist (Mosca und Tronconi 2019: 1276).

Wir können zusammenfassend festhalten: Das in unseren Daten als Sonderfall erscheinende M5S ist im internationalen Vergleich aufgrund der italienischen Besonderheiten tatsächlich ein Spezialfall. Die offizielle Programmatik wird von uns korrekt als *nicht-populistisch* eingestuft. Der Frust über das alte Parteiensystem zeigte sich auch in den obigen Analysen darin, dass das M5S nur die italienischen politischen Eliten in seiner offiziellen Programmatik kritisiert. Was auf den ersten Blick als populistische Rhetorik erscheint, ist im italienischen Fall durchaus keine Verschwörungstheorie. Insbesondere der Fall der M5S bestätigt somit unser Vorgehen, die Programmatik (vermeintlich) populistischer Parteien systematisch Satz für Satz und für jede Dimension detailliert zu untersuchen. ■

7. FAZIT UND WEITERGEHENDE ÜBERLEGUNGEN

Die vorliegende Pilotstudie hat auf Basis einer Inhaltsanalyse der Wahlprogramme ausgewählter rechtspopulistischer Parteien im Zeitraum zwischen 2000 und 2017 vergleichende Muster des Populismus identifiziert. Der Beitrag unserer Arbeit liegt also darin, die Angebotsseite des politischen Wettbewerbs nachzuvollziehen, die regionale Varianz und den zeitlichen Wandel populistischer Framings darzustellen und, soweit es die Datenlage zulässt, zu erklären. Auch wenn unsere Erhebung populistischer Parteien in Mittelwesteuropa (noch) nicht vollständig ist, lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen.

Wir haben uns dabei im Einklang mit der international vergleichenden Forschung bewusst auf Wahlprogramme konzentriert. Denn in Wahlprogrammen stellen Parteien ihre eigenen Forderungen und Positionen vor; im Gegensatz zu anderen Formen politischer Kommunikation (wie etwa Reden oder Pressemitteilungen) handelt es sich nicht um unmittelbare Reaktionen auf politische Mitbewerber. Daher argumentierten wir, dass populistische Framings in Wahlprogrammen umso mehr ins Gewicht fallen, wenn man eine Aussage über die Partei selbst treffen will. Finden wir populistische Argumentationsfiguren in den Wahlprogrammen, so ist das ein harter Befund für populistische Ideologiebestandteile bei einer Partei. Gleichzeitig decken wir tagespolitische Kommunikation, Kommunikation im Netz oder in Social Media oder Parlamentsdebatten eben *nicht* ab. So nah unsere Daten am „Kern“ der Partei sind, so sehr sind sie mit Blick auf das weitere Verhalten der politischen Akteure begrenzt.

Eingedenk dessen ist einer der grundlegendsten und wichtigsten Befunde der, dass Populismus nicht gleich Populismus ist. Selbst im rechtsradikalen Spektrum unterscheiden sich die Parteien zum Teil erheblich. Das bezieht sich erstens auf den Grad des Populismus selbst. In einigen Fällen spielt er nur eine untergeordnete Rolle. Dies ergibt in einigen Fällen etwa durch die (faktische) Regierungsbeteiligung der Partei Sinn (Dä-

nische Volkspartei). In anderen Fällen operieren Parteien bereits in einem allgemein durch Anti-Establishment-Haltungen aufgeladenen politischen Umfeld, wie etwa das M5S in Italien. Zum anderen haben wir gesehen, dass die Parteien sich hinsichtlich der Ausprägungen auf den beiden Subdimensionen Volkszentriertheit und Anti-Establishment-Orientierungen zum Teil deutlich unterscheiden. Rechtspopulistische Parteien appellieren an die Identität des eigenen „Volkes“, tun dies aber nicht zwingend – und nicht nur – indem sie die eigene Ethnie oder Nation beschwören, sondern auch durch den Appell an Anstand, Moral und Werte. Gerade mit Blick auf mögliche Gegenstrategien ist das ein wichtiger Befund. Außerdem haben wir gesehen, dass der Anti-Elitismus kein stabiles Element der Programme ist. Zum einen verzichten manche Parteien unter bestimmten Bedingungen – etwa ihrer Beteiligung an einer Regierung – nahezu ganz darauf, zum anderen ist er insbesondere in seiner euroskeptischen Ausprägung deutlichen Schwankungen unterworfen.

„SELBST IM RECHTS-
RADIKALEN SPEKTRUM
UNTERSCHIEDEN SICH
DIE PARTEIEN ZUM TEIL
ERHEBLICH. DAS BEZIEHT
SICH ERSTENS AUF DEN GRAD
DES POPULISMUS SELBST.
IN EINIGEN FÄLLEN SPIELT
ER NUR EINE UNTER-
GEORDNETE ROLLE.“

Darüber hinaus sehen wir auch deutliche Differenzen in den Korrelaten zu Populismus, namentlich dem Protektionismus und dem Anti-Pluralismus. Klar protektionistisch und marktfeindlich ist nur der französische *Rassemblement* bzw. *Front National*. Die skandinavischen Parteien ignorieren ökonomische Themen weitgehend, während die SVP und UKIP den Freihandel propagieren, allerdings nicht in einem vertieften europäischen Rahmen. Fast alle rechtspopulistischen Parteien argumentieren überdies wohlfahrtschauvinistisch. Protektionistische Maßnahmen werden in der Regel kulturell und nicht ökonomisch begründet.

Im Zeitverlauf haben ferner anti-pluralistische Äußerungen zugenommen. Wir finden einen Zusammenhang zwischen der Ablehnung europäischer Eliten und einer späteren Ablehnung von Religionsgemeinschaften. Elemente des Populismus scheinen somit temporär dafür genutzt zu werden, eigentlich anti-pluralistische Haltungen zu verschleiern. Es stellt sich dann die Frage nach der Abgrenzung rechtspopulistischer von rechtsradikalen oder rechtsextremen Positionen. Empirisch finden wir einen hohen Zusammenhang anti-pluralistischer Äußerungen mit Konkordanzdemokratien, also Demokratien, in denen aufgrund historischer Erfahrungen die Eliten zur Befriedung der Gesellschaft traditionell Kompromisse aushandeln. Ob sich nun unser gefundenes empirisches Muster damit erklären lässt, dass die alten Konflikte wieder aufbrechen, oder ob die Realität der Elitenkompromisse nun neue Konflikte heraufbeschworen haben, können wir erst in Folgestudien genauer untersuchen. Dieser Zeitverlauf spiegelt sich auch im Wandel der Framings bezüglich der Volkszentriertheit, die sich fast durchgängig von der Volkssouveränitäts- zur Identitätsbetonung wandelt.

Eine wesentliche Anschlussfrage besteht darin, inwiefern die hier vorgestellten Daten und Befunde zu

möglichen Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien beitragen können. Diese Frage wird inzwischen in einer ganzen Reihe von Publikationen behandelt (bspw. Decker und Lewandowsky 2017; Downs 2012; Heinze 2018; Heinze und Lewandowsky 2020). Natürlich wäre es unredlich zu behaupten, dass sich aus dem Datensatz unmittelbar entsprechende Schlussfolgerungen ableiten ließen. Dennoch wollen wir abschließend einige Überlegungen anstellen, die für die Debatte über den Umgang mit den Herausforderern von rechts nützlich sein könnten. So haben die Daten gezeigt, dass es nicht *den*, sondern unterschiedliche Formen des rechten Populismus gibt. Wollen Gegenstrategien an der Ideologie bzw. den Framings solcher Parteien ansetzen, dann liegt hierin in der Tat ein wichtiger Zugang.

Erstens sind unterschiedliche Anti-Establishment-Orientierungen ein Hinweis darauf, inwiefern Rechtspopulisten substanzielle Unzufriedenheit mit der Demokratie artikulieren (Easton 1975). Diese kann sich gegen nationale oder internationale Akteure richten; in jedem Fall jedoch ist davon auszugehen, dass Kritik an der Funktionsweise der Demokratie im Populismus personalisiert und auf Parteien, Regierungen oder die politische Klasse selbst bezogen wird. Tatsächlich zeichnet sich jede Form des Anti-Elitismus dadurch aus, dass die Demokratie selbst nicht abgelehnt, sondern als durch „die da oben“ gefährdet beschrieben wird. Insofern markieren Anti-Establishment-Framings in Manifestos eben gerade keinen offenen Angriff auf die Demokratie, sondern dienen den Rechtspopulisten womöglich eher dazu, sich als deren Verteidiger zu stilisieren. Hier liegt womöglich ein Kernproblem im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien: Denn Mainstream-Parteien sind selbst eben jene „da oben“, und jede Form der Selbstverteidigung gegen die rechtspopulistische Schmähung kann von den Herausforderern von rechts

„IM ZEITVERLAUF HABEN FERNER ANTI-PLURALISTISCHE
ÄUSSERUNGEN ZUGENOMMEN. WIR FINDEN EINEN
ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER ABLEHNUNG EUROPÄISCHER
ELITEN UND EINER SPÄTEREN ABLEHNUNG VON
RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN.“

wiederum aufgegriffen werden. Gleichzeitig können sich die Rechtspopulisten gegen den Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit immunisieren, weil sie behaupten können, dass es die Eliten seien, die das bestehende System aushöhlen.

Demgegenüber wird zweitens Kritik an den Institutionen und Prozessen der Demokratie in Gestalt volkszentrierter Aussagen geübt. Volkszentriertheit bedeutet, dass Populisten für sich in Anspruch nehmen, den „wahren Volkswillen“ zu vertreten. Dem Volk stehe damit die „eigentliche“, mithin uneingeschränkte Souveränität in einem Gemeinwesen zu. Dieser zumeist implizit artikulierte Souveränitätsbegriff steht dem Prinzip institutioneller Gewaltenteilung zumindest in der Konsequenz entgegen. Bemerkenswert an den Wahlprogrammen der Parteien ist hierbei, dass sie Forderungen nach einer umfassenden Demokratiereform hier gar nicht formulieren. Lediglich die umfassende Einführung direktdemokratischer Elemente spielt hier eine Rolle. Allerdings nimmt diese nur in wenigen Parteien einen besonders hohen Stellenwert ein: entsprechende Positionen sind vorhanden; vor allem jedoch geht es um die Betonung der Volkssouveränität als abstraktes Konzept. Das aber kann im Falle einer Regierungsbeteiligung durchaus Konsequenzen für die demokratischen Institutionen haben. Wie Polen, Ungarn und in Teilen auch die jüngste ÖVP/FPÖ-Koalition in Österreich verdeutlicht haben, greifen rechte Populisten die demokratischen Institutionen an, wenn sie die Gelegenheit dazu haben.⁸ Als Begründung dafür dient ihnen die Umsetzung des „Volkswillens“ gegen den Widerstand der Eliten in Politik, Justiz und Verwaltung (Müller 2016). Andererseits zeigt sich, dass z.B. im Falle Dänemarks die Regierungsbeteiligung das Populismustniveau senkt. Dies ist allerdings, wie gezeigt, häufig ein vorübergehendes Bild. Niedrige Werte in der Anti-Establishment-Dimension haben eine hohe Prognosekraft für einen späteren Regierungseintritt einer populistischen Partei. Das Ausmaß des Anti-Pluralismus ist von der Regierungsbeteiligung demgegenüber uneinträchtig. Das heißt, Rechtspopulisten werden über eine Regierungsbeteiligung eben nicht zu Befürwortern einer pluralen, offenen Gesellschaft. Sie kritisieren lediglich die nationalen Eliten, zu der sie jetzt auch gehören, in geringerem Maße.

Vor dem Hintergrund dieses Wissens deuten die Wahlprogramme eine mögliche Regierungspraxis also nur an. Der rechte Populismus verfügt im Kontrast zu klassischen demokratiefeindlichen Ideologien nicht über ein geschlossenes Programm, was institutionelle Reformen jenseits der (verstärkten) Einführung direktdemokratischer Elemente betrifft. Genau darin mag allerdings sowohl seine Attraktivität als auch sein Gefahrenpotenzial liegen. So beschreiben sich die Rechtspopulisten auch in ihren Programmen nachgerade als Verteidiger der Demokratie gegen ein „undemokratisches“ Establishment. Diese Parteinahme für die Demokratie ist aber gebunden an eine Präferenz für eine reine Umsetzung des Mehrheitswillens, die zumindest in der Konsequenz dem Prinzip der Gewaltenteilung in modernen Demokratien widerspricht (Abts und Rummens 2007). Der „Volkswille“, der sich auch durch die Programme zieht, dient ihnen mithin als Legitimation jedweder Politik: wie Polen und Ungarn zeigen, gehört dazu auch das Aushebeln von *checks and balances*.

In konkreten Politikfeldern wie der Wirtschaftspolitik zeigt sich darüber hinaus eine besondere Eigenart: Dadurch, dass Rechtspopulisten vor allem auf kulturelle und nicht auf ökonomische Begründungen für ihre Politik zurückgreifen, wird eine Kompromissfindung in ökonomischen Fragen stets schwierig sein. In Verbindung mit der schon grundsätzlich geringeren Kompromissbereitschaft scheinen rechtspopulistische Parteien auf den ersten Blick keine geeigneten Koalitionspartner zu sein. Auf den zweiten Blick könnte aber genau die Einbindung in solche wirtschaftlichen Themen rechtspopulistische Parteien zu einer Klärung ihrer Positionen zwingen und ihre inneren Widersprüche aufzeigen helfen, wie es die FPÖ bei ihrer ersten Koalition mit der ÖVP erlebte (Heinisch 2003). Dies wird freilich nur bei einem Populismus, der gegen die nationalen Eliten gerichtet ist, gelingen. Unsere Auswertungen zeigen aber, dass die Ablehnung supranationaler Eliten, zum Beispiel auf der Ebene der EU, für viele Parteien ein temporäres, für andere sogar ein konstitutives Merkmal vieler Rechtspopulisten ist. Daran wird eine Regierungsbeteiligung auf nationalstaatlicher Ebene nichts ändern. Im Gegenteil: einmal an der Macht, legen sie ihren Anti-Elitismus nicht ab, sondern suchen sich ihre „Hauptfeinde“ schlicht auf der nächsten Ebene. ■

⁸ Dass dies nicht nur Merkmal des rechten Populismus ist, sondern auch linkspopulistische Parteien demokratische Institutionen aushöhlen – etwa in einigen Staaten Lateinamerikas – zeigen andere Studien (bspw. Levitsky und Ziblatt 2018).

LITERATURVERZEICHNIS

- Abou-Chadi, Tarik und Werner Krause (2018):** *The Causal Effect of Radical Right Success on Mainstream Parties' Policy Positions: A Regression Discontinuity Approach.* British Journal of Political Science (online first).
- Abts, Koen und Stefan Rummens (2007):** *Populism versus Democracy.* Political Studies 55, S. 405-424.
- Akkerman, Tijtske und Sarah Leah de Lange (2012):** *Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing.* Government and Opposition 47 (4), S. 574-596.
- Albertazzi, Daniele und Sean Mueller (2013):** *Populism and Liberal Democracy: Populists in Government in Austria, Italy, Poland and Switzerland.* Government and Opposition 48 (3), S. 343-371.
- Arzheimer, Kai (2015):** *The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?* West European Politics 38 (3), S. 535-556.
- Aslanidis, Paris (2018):** *Measuring populist discourse with semantic text analysis: an application on grassroots populist mobilization.* Quality & Quantity 52 (3), S. 1241-1263.
- Bardi, Luciano (1996):** *Anti-party sentiment and party system change in Italy.* European Journal of Political Research 29 (3), S. 345-363.
- Bechtel, Michael M., Jens Hainmueller und Yotam Margalit (2014):** *Preferences for International Redistribution: The Divide over the Eurozone Bailouts.* American Journal of Political Science 58 (4), S. 835-856.
- Berbuir, Nicole, Marcel Lewandowsky und Jasmin Siri (2015):** *The AfD and its sympathisers: finally a right-wing populist movement in Germany?* German Politics 24 (2), S. 154-178.
- Bernhard, Laurent und Hanspeter Kriesi (2019):** *Populism in election times: a comparative analysis of 11 countries in Western Europe.* West European Politics 42 (6), S. 1188-1208.
- Betz, Hans-Georg (2002):** *Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung.* In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (3), S. 251-264.
- Bordignon, Fabio und Luigi Ceccarini (2015):** *The Five-Star Movement: a hybrid actor in the net of state institutions.* Journal of Modern Italian Studies 20 (4), S. 454-473.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum (2001):** *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998.* Oxford.
- Canovan, Margaret (1981):** *Populism.* New York.
- Canovan, Margaret (2002):** *Taking Politics to the People. Populism as the Ideology of Democracy.* In: Yves Mény und Yves Surel (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge.* Basingstoke, S. 25-44.
- Conti, Nicolò und Vincenzo Memoli (2015):** *The emergence of a new party in the Italian party system: rise and fortunes of the Five Star Movement.* West European Politics 38 (3), S. 516-534.
- Decker, Frank (2004):** *Der neue Rechtspopulismus.* Opladen.
- Decker, Frank (2006):** *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank (2018):** *Was ist Rechtspopulismus?* Politische Vierteljahresschrift 59 (2), S. 353-369.
- Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2012):** *Die rechtspopulistische Parteienfamilie, in: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.), Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* Opladen, S. 272-285.
- Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2017):** *Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien.* Zeitschrift für Politik 64 (1), S. 21-38.
- Downs, William M. (2012):** *Political Extremism in Democracies. Combating Intolerance.* New York: Palgrave.
- Easton, David (1975):** *A Re-assessment of the Concept of Political Support.* British Journal of Political Science 5 (4), S. 435-457.
- Elff, Martin (2013):** *A Dynamic State-Space Model of Coded Political Texts.* Political Analysis 21 (2), S. 217-232.
- Franzmann, Simon T. (2014):** *Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive.* Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung 20, S. 115-124.
- Franzmann, Simon T. (2015):** *Towards a real comparison of left-right indices.* Party Politics 21 (5), S. 821-828.
- Franzmann, Simon T. (2016a):** *Calling the Ghost of Populism: The AfD's Strategic and Tactical Agendas until the EP Election 2014.* German Politics 25 (4), S. 457-479.
- Franzmann, Simon T. (2016b):** *Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung.* Mitteilungen des Institutes für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 23-37.
- Franzmann, Simon T. (2019):** *Extra-Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017.* German Politics 28 (3), S. 332-349.
- Franzmann, Simon T. und André Kaiser (2006):** *Locating Political Parties in Policy Space: A Reanalysis of Party Manifesto Data.* Party Politics 12 (2), S. 163-188.
- Freeden, Michael (1998):** *Is Nationalism a Distinct Ideology?* Political Studies 46 (4), S. 748-765.
- Gmeiner, Jens (2011):** *Die schwedische Parlamentswahl 2010 Hochphase und Endpunkt der starren Blockpolitik.* NORDEUROPAforum 21 (1), S. 73-96.
- Green-Pedersen, Christoffer und Simon Otjes (2019):** *A hot topic? Immigration on the agenda in Western Europe.* Party Politics 25 (3), S. 424-434.
- Hawkins, Kirk (2009):** *Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective.* Comparative Political Studies 42 (8), S. 1040-1067.
- Hawkins, Kirk und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017):** *What the (Ideational) Study of Populism Can Teach Us, and What It Can't.* Swiss Political Science Review 23 (4), S. 526-542.
- Hayek, Friedrich August von (1959):** *Politischer Liberalismus.* In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 6, S. 591-96.
- Heinisch, Reinhard (2003):** *Success in opposition – failure in government: explaining the performance of right-wing populist parties in public office.* West European Politics 26 (3), S. 91-130.
- Heinisch, Reinhard, Emanuele Massetti und Oscar Mazzoleni (2018):** *Populism and ethno-territorial politics in European multi-level systems.* Comparative European Politics 16 (6), S. 923-936.
- Heinze, Anna-Sophie (2018):** *Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison.* West European Politics 41 (2), S. 287-309.
- Heinze, Anna-Sophie und Marcel Lewandowsky (2020):** *Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus den Niederlanden und Deutschland.* In: Frank Decker, Bernd Henningsen und Marcel Lewandowsky (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa.* 2. Auflage, Baden-Baden (im Erscheinen).
- Hennl, Annika und Simon T. Franzmann (2017):** *The effects of manifesto politics on policy change.* In: Susan Scarrow, Paul Webb und Thomas Poguntke (Hrsg.): *Organizing Representation: Political Parties, Participation, and Power* Political Party Data Base Project. Oxford, S. 259-284.
- Hofferbert, Richard I. und Hans-Dieter Klingemann (1990):** *The policy impact of party programmes and government declarations in the Federal Republic of Germany.* European Journal of Political Research 18 (3), S. 277-304.

Jagers, Jan und Stefaan Walgrave (2007): *Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium.* European Journal of Political Research 46 (3), S. 319-345.

Jahn, Detlef (2011): *Conceptualizing Left and Right in Comparative Politics: Towards a Deductive Approach.* Party Politics 17 (6), S. 745-65.

Jankowski, Michael, Sebastian Schneider und Markus Tepe (2017): *Ideological alternative? Analyzing Alternative für Deutschland candidates' ideal points via black box scaling.* Party Politics 23 (6), S. 704-716.

Ketelhut, Jörn, Angelika Kretschmer, Marcel Lewandowsky und Léa Roger (2016): *Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014.* Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2), S. 285-304.

Kitschelt, Herbert und Anthony J. McGann (2005): *The radical right in Western Europe. A comparative analysis.* Ann Arbor.

Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert und Ian Budge (1994): *Parties, policies, and democracy.* Boulder, Colorado.

Knill, Christoph, Kai Schulze und Jale Tosun (2010): *Politikwandel und seine Messung in der vergleichenden Staatsfähigkeitsforschung: Konzeptionelle Probleme und mögliche Alternativen.* In: Politische Vierteljahresschrift 51 (3), S. 409-432.

Krippendorff, Klaus (2004): *Content Analysis. An Introduction to its Methodology.* Los Angeles, London, New Delhi.

Laclau, Ernesto (2007): *On Populist Reason.* London/New York.

Lange, Sarah L. de (2007): *A New Winning Formula? In: Party Politics 13 (4), S. 411-435.*

Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt (2018): *How Democracies Die.* New York.

Lewandowsky, Marcel (2015): *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte.* Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 (1), S. 121-135.

Lewandowsky, Marcel (2016): *Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung.* Wiesbaden, S. 39-51.

Lewandowsky, Marcel (2019): *Policy congruence and strategic loyalty: which parties nominate candidates dissatisfied with democracy? Evidence from 11 European countries.* Political Research Exchange 1 (1).

Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler und Aiko Wagner (2016): *Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD.* Politische Vierteljahresschrift 57 (2), S. 247-275.

Loew, Nicole (2019): *Wie hältst du's mit der Demokratie? Populismus und Liberalismus im Wettbewerb der Demokratieverständnisse.* DPZ Discussion Paper Dezember 2019. Berlin.

Lowe, Will, Slava Mikhaylov und Michael Laver (2011): *Scaling Policy Preferences from Coded Political Texts.* Legislative Studies Quarterly 36 (1), S. 123-155.

Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus.* Berlin.

Mansfield, Edward D. und Diana C. Mutz (2009): *Support for Free Trade: Self-Interest, Sociotropic Politics, and Out-Group Anxiety.* International Organisation 63 (3), S. 425-457.

March, Luke (2007): *From Vanguard of the Proletariat to Vox Populi. Left-populism as a "Shadow" of Contemporary Socialism.* SAIS Review 1, S. 63-77.

Margalit, Yotam (2012): *Lost in Globalization. International Economic Integration and the Sources of Popular Discontent.* International Studies Quarterly 56, S. 484-500.

Mény, Yves und Yves Surel (2002): *The constitutive ambiguity of populism, in (ders.) Democracies and the populist challenge.* Palgrave Macmillan, London, S. 1-21.

Meijers, Maurits J. und Christopher J. Williams (2019): *When shifting backfires: the electoral consequences of responding to niche party EU positions.* Journal of European Public Policy (online first).

Mejstrik, Martin (2017): *Five Star Movement: Grassroot Movement or an Institutionalized Party?* Manuscript ECPR General Conference 2017.

Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation.* Stanford.

Mosca, Lorenzo und Filippo Tronconi (2019): *Beyond left and right: the eclectic populism of the Five Star Movement.* West European Politics 42 (6), S. 1258-1283.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist.* Government and Opposition 39 (3), S. 541-563.

Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe.* Cambridge.

Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2013): *Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America.* Government and Opposition 48 (2), S. 147-174.

Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay.* Frankfurt am Main.

Otjes, Simon und Tom Louwse (2015): *Populists in Parliament: Comparing Left-Wing and Right-Wing Populism in the Netherlands.* Political Studies 63 (1), S. 60-79.

Pirro, Andrea (2014): *Populist Radical Right Parties in Central and Eastern Europe: The Different Context and Issues of the Prophets of the Patria.* Government and Opposition 49 (4), S. 600-629.

Rooduijn, Matthijs (2014): *The Nucleus of Populism: In Search of the Lowest Common Denominator.* Government and Opposition 49 (4): 572-598.

Rooduijn, Matthijs und Teun Pauwels (2011): *Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis.* West European Politics 34 (6), 1272-1283.

Rössler, Patrick (2010): *Inhaltsanalyse.* Stuttgart.

Röth, Leonce, Alexandre Afonso und Dennis C. Spies (2018): *The impact of Populist Radical Right Parties on socio-economic policies.* European Political Science Review 10 (3), S. 325-350.

Rovny, Jan (2013): *Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition.* European Political Science Review 5 (1), S. 1-26.

Rydgren, Jens (2004): *Explaining the Emergence of Radical Right-Wing Populist Parties: The Case of Denmark.* West European Politics 27 (3), S. 474-502.

Rydgren, Jens (2017): *Radical right-wing parties in Europe. What's populism got to do with it?* Journal of Language and Politics 16 (4), S. 485-498.

Taggart, Paul (2004): *Populism and representative politics in contemporary Europe.* Journal of Political Ideologies 9 (3), S. 269-288.

Van der Waal, Jeroen und Willem de Koster (2018): *Populism and Support for Protectionism: The Relevance of Opposition to Trade Openness for Leftist and Rightist Populist Voting in The Netherlands.* Political Studies 66 (3), S. 560-576.

Van Kessel, Stijn (2015): *Populist Parties across Europe.* London, S. 33-73.

Van Spanje, Joost (2011): *Keeping the Rascals in: Anti-political-establishment Parties and Their Cost of Governing in Established Democracies.* European Journal of Political Research 50 (5), S. 609-635.

Verbeek, Bertjan und Andrej Zaslove (2017): *Populism and Foreign Policy.* In: Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.), Oxford Handbook of Populism, Oxford.

Volkens, Andrea, Werner Krause, Pola Lehmann, Theres Mattheiß, Nicolas Merz, Sven Regel und Bernhard Weßels (2018): *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR).* Berlin.

Volkens, Andrea, Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Judith Bara und Eric Tanenbaum, Hrsg. (2013): *Mapping Policy Preferences from Party Manifestos: Measurement Solutions for Users, Analytic Strategies for Public Representation: 51 Countries, 1945-2010.* Oxford.

ANHANG

CODEBUCH: COMPARATIVE PARTY-BASED POPULISM DATASET (CPPD)

Simon T. Franzmann & Marcel Lewandowsky

Version 1.1, Stand: Januar 2020

1. PROJEKTBE SCHREIBUNG

Das Ziel des Projektes besteht darin, den Populismusgrad in den Programmen politischer Parteien mehrdimensional empirisch zu bestimmen. Das zugrundeliegende Konzept des Populismus orientiert sich dabei am „ideational approach“ (Mudde 2004; 2017). In Wahlprogrammen geäußerte populistische Statements können zwar durchaus als *Frames* interpretiert werden (Aslanidis 2015), in Wahlprogrammen sind sie aber naturgemäß Ausdruck einer zumindest „dünnen“ Komplementärdeologie (Franzmann 2016). Gemäß diesem Konzept werden zwei Kernattribute sowie der konzeptionelle Gegenpol des Populismus in der Inhaltsanalyse erfasst. Die beiden Kernattribute sind (1) Anti-Establishment und (2) Volkszentriertheit (Decker 2004; 2006; Roduijn und Pauwels 2011).

Zur Bestimmung der bewussten Einnahme einer dem Pluralismus entgegengesetzten Haltung erfassen wir zusätzlich eine Anti-Pluralismus-Dimension, mit der gemessen wird, inwiefern sich das Parteiprogramm gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen positioniert. Dies erfolgt mit der doppelten Absicht,

(1) inhaltlich „rechten“ exklusiven von „linken“ inklusiven Populismus zu unterscheiden und

(2) technisch eine möglichst hohe Konstruktvalidität zu erzielen. Inhaltliche Codes zu den Wahlprogrammen werden vom Manifesto-Projekt (MARPOR) zur Verfügung gestellt und sind nicht Gegenstand dieses Kodierprozesses. Unsere Erhebung ergänzt die MARPOR-Erhebung und ermöglicht spätere Analyse zur Verknüpfung bestimmter inhaltlicher Schwerpunkte mit populistischen Argumentationsfiguren.

2. CODERAUSBILDUNG

Vor der Codierung der Manifestos unterziehen sich alle Coder einer entsprechenden Ausbildung, die von einem Supervisor geleitet wird. Die Ausbildung dient folgenden Zielen:

- Erlangen eines theoretischen und konzeptionellen Verständnisses des Populismus;
- Förderung der Sensibilität für populistische Framings in Manifestos;
- Verstehen aller relevanten Aspekte quantitativer Textanalyse;
- Erlernen des Kategoriensystems;
- Einüben des praktischen Codiervorgangs.

Die Ausbildung findet in enger Abstimmung mit dem jeweiligen Projektleiter bzw. Supervisor statt. Dabei erhalten die Coder die Gelegenheit, sowohl theoretische und konzeptionelle als auch praktische Fragen des Codiervorgangs zu klären. So kann sichergestellt werden, dass alle Coder auf Basis desselben konzeptuellen Verständnisses des Populismus zu vergleichbaren Ergebnissen bei der Codierung der Wahlprogramme gelangen.

3. AUSWAHLEINHEIT (SAMPLING UNIT):

Die Datengrundlage des Projektes sind die Wahlprogramme rechtspopulistischer Parteien in westeuropäischen Staaten zwischen 2000 und 2017, wobei sich die jahresbezogene Fallauswahl am MARPOR – *Manifesto Research on Political Representation* orientiert. Es wird jeweils die elektoral stärkste, von der Literatur als rechtspopulistisch ausgewiesene Partei eines Landes einbezogen. Berücksichtigt wurden die folgenden westeuropäischen Länder: Deutschland, Frankreich,

Österreich, Schweiz, Niederlande, Norwegen, Vereinigtes Königreich. Das Konzept ist „reisefähig“ i.S. eines „travelling concept“ und kann auf die Parteien anderer Länder und Parteienfamilien ausgeweitet werden.

4. ANALYSEEINHEIT (CODING UNIT):

Vor der Codierung wird jedes Parteiprogramm in Analyseeinheiten zerlegt. Ein Sinnabschnitt bezeichnet einen inhaltlich in sich abgeschlossenen und strukturell abgrenzbaren Bereich des Textes.

Analyseeinheiten i.S. dieses Codebuchs sind:

- ganze Sätze in Absätzen
- ganze Sätze in Stichpunkten („Bullet Points“)
- Teilsätze oder Worte, wenn sie als Stichpunkte formuliert sind.

Keine Analyseeinheiten sind:

- Bilder
- Diagramme und Tabellen
- Überschriften und Zwischenüberschriften
- Begriffserklärungen, die als solche gekennzeichnet sind
- Fußnoten
- Textboxen
- Zitate, die als solche gekennzeichnet sind.

Was kein Sinnabschnitt ist, wird nicht codiert.

5. VORGEHEN BEI DER CODIERUNG

Codieren bedeutet, dass *jeder Analyseeinheit, d. h. jedem Satz* jeweils ein Code aus dem Codebuch zugeteilt wird, sodass am Ende keine „uncodierten“ Sätze übrigbleiben. Wenn einem Sinnabschnitt kein Populismus-Code sinnvoll zugewiesen werden kann, erhält dieser Abschnitt den Code 00000. Das Vorgehen bei der Codierung jedes Programms erfolgt schrittweise:

1. Schritt: Coder verständigen sich innerhalb der Gruppe darüber, ob die Einteilung der Analyseeinheiten verstanden wurde und einheitlich erfolgt ist.

2. Schritt: Nun erfolgt die Codierarbeit in mehreren Arbeitsschritten:

(1) Jeder Coder arbeitet zunächst für sich allein. Er fragt sich bei jedem Satz des Wahlprogramms, welche der

drei Populismus-Dimensionen einschlägig sein könnte (Anti-Establishment, Anti-Pluralismus oder Volkszentrierung). Nur wenn keiner passt, wird auf jeden Fall „0“ codiert.

(2) Jeder Coder teilt jedem Sinnabschnitt mit Bleistift eine Auffangkategorie zu (10000, 20000 oder 30000 sowie 40000 für zusätzliche Codes).

(3) Wenn das Programm auf diese Weise einmal auf Ebene der Auffangkategorien codiert wurde, teilt jeder Coder jedem vorcodierten Satz einen Code auf der „untersten“ Ebene zu (10110 usw.). Dieser Code ersetzt damit die Auffangkategorie.

(4) Anmerkung: Bei Eindeutigkeit und größerer Übung kann auch sofort eine Unterkategorie vergeben werden.

3. Schritt: Die Coder vergleichen und diskutieren die pro Satz zugeteilten Auffangkategorien und Codes inklusive der „Nullen“ innerhalb ihrer Gruppe. Dieser Schritt dient dazu, grobe Abweichungen zu klären und ggf. Übereinstimmung zu erzielen.

6. WICHTIGE HINWEISE

Machen Sie sich auf jeden Fall mit den im Training gelernten und im Codebuch angegebenen Codieranweisungen vertraut.

Betrachten Sie jeden Sinnabschnitt für sich. Codieren Sie nur den Inhalt des vorliegenden Sinnabschnitts.

Codieren Sie nach Möglichkeit die Subkategorie und nur, wenn keine der Subkategorien passend erscheint, einen der nächsthöheren Codes.

Es können pro Satz mehrere Codes vergeben werden, jedoch maximal drei, und zwar einer für jede Dimension. Es kann also maximal ein 10000er, ein 20000er und ein 30000er Code vergeben werden, nicht jedoch zwei 20000er und ein 10000er. Bei der Codierung müssen Sie jeweils entscheiden, welches der relevanteste Code der jeweiligen Subdimension ist.

Beurteilen Sie nicht, ob Sie das Gelesene für (politisch) richtig oder falsch halten. Lassen Sie kein normatives Verständnis von Populismus einfließen. Die Codierung ist politisch und weltanschaulich so neutral, wie es sozialwissenschaftliche Methoden zulassen.

7. INHALTLICHE CODES

In theoretischer Hinsicht schließen sich die Kategorien weitestgehend an den *ideational approach* des Populismus an (Mudde 2004). Demnach bildet der Antagonismus zwischen dem „Volk“ auf der einen und dem „politischen Establishment“ auf der anderen Seite den Kern des Populismus. Diese beiden Kategorien lehnen sich an den Vorschlag von Rooduijn und Pauwels (2011) an.

Zur Erfassung, inwieweit sich eine Partei bewusst gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen positioniert, wird zusätzlich eine Anti-Pluralismus-Dimension erhoben. Wir erheben, gegen welche gesellschaftlichen Gruppen sich die Partei in ihrem Programm richtet. Dadurch kann zwischen linkem und rechtem bzw. exklusivem und inklusivem Populismus unterschieden werden (Mudde und Rovira Kaltwasser 2013). Somit werden drei zentrale Aspekte des Populismus codiert:

1. Anti-Establishment (Codegruppe 100)
2. Volkszentrierung (Codegruppe 300) sowie
3. Anti-Pluralismus (Codegruppe 200).

Sollte sich im Laufe des Projektes die Notwendigkeit neuer Codegruppen ergeben, dann werden diese ab der Nummer 400 neu vergeben.

100 ANTI-ESTABLISHMENT-HALTUNG

Anti-Establishment-Haltung bedeutet, dass sich die Partei in ihrem Wahlprogramm gegen die Akteure und Institutionen der repräsentativen Demokratie richtet („die da oben“) bzw. in unterschiedlicher Hinsicht krisenhafte Zustände der repräsentativen Demokratie behauptet werden. Anti-Establishment-Haltungen adressieren die politischen Eliten („die da oben“) als vom „Volk“ entfremdet, eigene Belange verfolgend und generell den Interessen des Volkes diametral gegenüber stehende, abgrenzbare Gruppe.

Anti-Establishment-Codes greifen also immer dann, wenn

(1) die politischen Eliten als abgehoben, egoistisch, korrupt, arrogant, ignorant (gegenüber dem Volk) beschrieben oder auf andere Weise angegriffen bzw. geschmäht werden;

(2) die Kompetenz oder die Legitimität politischer Eliten infrage gestellt wird;

(3) innerstaatliche oder internationale Akteure grundsätzlich abgelehnt, als gefährlich oder bedrohlich dargestellt werden;

(4) der Umfang und/oder der Status politischer oder administrativer Institutionen reduziert werden bzw. diese abgeschafft werden sollen und dies auf der sprachlichen Ebene mit einer Schmähung, Abwertung oder Delegitimation dieser Institutionen einhergeht;

(5) der Status, die Rechte politischer Eliten per se oder deren (vermeintliche) Privilegien abgelehnt werden bzw. abgeschafft werden sollen;

(6) der politische Status quo in institutioneller, rechtsstaatlicher oder anderer Hinsicht als defekt oder substantiell bedroht beschrieben wird.

Sie greifen also beispielsweise nicht,

- wenn die Partei sich nur beschreibend auf das Land – auch das eigene – als Kontext bezieht, ohne es dabei explizit mit einer Wir-Gruppe in Beziehung zu setzen;
- wenn die Partei die Politik einer anderen Partei, eines Politikers oder der Regierungsparteien kritisiert, ohne diese zugleich zu schmähen oder ihre Legitimation abzuspochen;
- wenn die Partei in ihrem Wahlprogramm für ihre eigenen politischen Positionen wirbt.

10000 Auffangkategorie, sofern keine der folgenden Subkategorien passt, aber Anti-Establishment-Haltung angesprochen wird (möglichst nur als Zwischenschritt verwenden)

10100 Subdimension 1: Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie (innerstaatliche Akteure). Chiffren solcher Ablehnung sind etwa die Bezeichnungen „Altparteien“ oder „politische Kaste“.

- 10110 Ablehnung politische Parteien
- 10120 Ablehnung politische Klasse, Politiker
- 10130 Ablehnung politischer Mainstream
- 10140 Ablehnung Parlament
- 10150 Ablehnung Regierung
- 10160 Ablehnung Verwaltung/Beamte/Staatsbedienstete
- 10170 Ablehnung Gerichte/Jurisdiktion
- 10180 Selbstbeschreibung als politischer Außenseiter

10200 Subdimension 2: Europäische und internationale Institutionen und Akteure. Chiffren sind beispielsweise „Brüsseler Technokraten“, „Europäischer Superstaat“ oder „Diktator am Bosphorus“.

- 10210 Ablehnung Europäische Union
- 10220 Ablehnung Europäische Kommission
- 10230 Ablehnung Europäischer Rat/Ministerrat
- 10240 Ablehnung Europäisches Parlament/ EU-Parlamentarier
- 10250 Ablehnung andere europäische Institutionen
- 10260 Ablehnung anderer Nationalstaaten
- 10270 Ablehnung NATO
- 10280 Ablehnung Vereinte Nationen
- 10290 Ablehnung anderer internationaler Organisationen/Akteure

10300 Subdimension 3: Proklamation von Defekten und Krisen in Teilbereichen der Demokratie sowie der Demokratie selbst. Kategorien greifen dann, wenn im Wahlprogramm eine negative Haltung gegenüber dem demokratischen Status quo bzw. dessen Teilbereichen geäußert wird.

- 10310 Bedrohung/Krise der Staatlichkeit/ der staatlichen Souveränität
- 10320 Bedrohung/Krise der Demokratie/ Volksherrschaft
- 10330 Bedrohung/Krise des Rechtsstaats/ der Jurisdiktion
- 10340 Bedrohung/Krise der inneren Sicherheit
- 10350 Bedrohung/Krise der Meinungsfreiheit
- 10360 Bedrohung/Krise von Anstand und Moral
- 10370 Bedrohung/Krise des Landes/des Staates, nicht näher bezeichnet

200 ANTI-PLURALISMUS

Der Begriff des Anti-Pluralismus beschreibt die Auffassung, dass bestimmte Gruppen aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben und/oder dem Zugang zu politischer Teilhabe und Macht ausgeschlossen sein sollen. Dabei kann es sich um politische Interessengruppen handeln, aber auch um religiöse oder andere gesellschaftliche Minderheiten.

Anti-Pluralismus-Codes greifen also dann, wenn

(1) bestimmten Gruppen abgesprochen wird, legitime Vertreter des Volkes oder allgemein berechtigt zu sein,

sich in den politischen Prozess einzubringen bzw. gehört/berücksichtigt zu werden;

(2) nicht-kriminelle oder nicht-terroristische Gruppen kriminalisiert werden;

(3) bestimmten Gruppen Unterstützung, aber auch politische oder bürgerliche Rechte abgesprochen werden;

(4) bestimmte politische Ideologien als grundsätzlich illegitim, falsch oder verachtenswert beschrieben werden;

(5) die Rechte bestimmter oder aller religiösen Gruppierungen eingeschränkt oder abgeschafft werden sollen;

(6) die Partei in ihrem Wahlprogramm bestimmte soziale Gruppen in ihren Rechten beschneiden will oder in anderer Weise schmäht;

(7) die Partei die Zusammenarbeit mit einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe grundsätzlich verweigert.

Die entsprechenden Kategorien greifen nicht,

- wenn die politischen Eliten angesprochen werden (siehe Codegruppe 100);
- wenn Kriminelle oder Terroristen gemeint sind (jedoch schon, wenn bestimmte Gruppen zur Schmäherung mit solchen in Verbindung gebracht oder als solche charakterisiert werden).

20000 Auffangkategorie, sofern keine der folgenden Subkategorien passt, aber Anti-Pluralismus angesprochen wird (möglichst nur als Zwischenschritt verwenden)

20100 Subdimension 1: Ablehnung von Interessengruppen. Dazu zählt sowohl die negative Äußerung über die Gruppe als auch bspw. die Einschränkung derer Rechte.

- 20110 Ablehnung Gewerkschaften
- 20120 Ablehnung Wirtschaftsverbände
- 20130 Ablehnung Medien
- 20140 Ablehnung Lobbys, Lobbyverbände, Interessenverbände
- 20150 Ablehnung anderer Verbände und gesellschaftlicher Gruppen

20200 Subdimension 2: Ablehnung anderer Weltanschauungen und politischer Ziele.

- 20210 Ablehnung von Opposition
- 20220 Ablehnung gesellschaftlicher Liberalismus

- 20230 Ablehnung ökonomischer Liberalismus
- 20240 Ablehnung Konservatismus
- 20250 Ablehnung Nationalismus
- 20260 Ablehnung Sozialismus/Sozialdemokratie
- 20270 Ablehnung ökologische Bewegung
- 20280 Ablehnung Feminismus/Gender Mainstreaming
- 20290 Ablehnung Linksradikalismus/Linksextremismus
- 20299 Ablehnung anderer politischer Ideologien

20300 Subdimension 3: Ablehnung von Religion(en). Dazu zählt auch die Einschränkung der Religionsfreiheit (für bestimmte Gruppen).

- 20310 Ablehnung von Religiosität/aller Religionen
- 20320 Ablehnung des Christentums
- 20330 Ablehnung des Judentums
- 20340 Ablehnung des Islam
- 20350 Ablehnung einer anderen/nicht genau bezeichneten Religion

20400 Subdimension 4: Ablehnung gesellschaftlicher Minderheiten. Dazu zählt auch die Einschränkung von Rechten und Mitsprachemöglichkeiten für die entsprechende Gruppe.

- 20410 Ablehnung LGBTI (Lesbian Gay Bisexual Transgender Intersexual)
- 20420 Ablehnung Intellektuelle/Akademiker/Künstler
- 20430 Ablehnung Arbeiter
- 20440 Ablehnung sozial Schwache/Empfänger sozialstaatlicher Leistungen/Arbeitslose
- 20450 Ablehnung Unternehmer/Firmen/Konzerne
- 20460 Ablehnung Wohlhabende
- 20470 Ablehnung Ausländer/Migranten/Zuwanderung
- 20480 Ablehnung Flüchtlinge
- 20490 Ablehnung anderer gesellschaftlicher Gruppen

300 VOLKSZENTRIERTHEIT

Volkszentriertheit bedeutet, dass sich die Partei mit dem „Volk“ gemeinmacht. Volkszentriertheit rekurriert auf das Volk als politische, kulturelle und/oder nationale Einheit sowie als „eigentlichen“ Träger politischer Souveränität. Ihm wird ein gemeinsamer, oft homogener politischer Wille unterstellt. Dem Willen des Volkes wird dabei zum einen intrinsische Richtigkeit zugeschrieben; zum anderen nimmt der Populismus für sich

in Anspruch, einen im weitesten Sinne „eigentlichen“, einheitlichen Willen des Volkes zu identifizieren und zu vertreten.

Volkszentriertheit-Codes greifen dann, wenn die Partei in ihrem Wahlprogramm

(1) das Volk als Wir-Gruppe nennt, und zwar auch in verschiedenen Chiffren, etwa als „unser Land“, „die einfachen Leute“, „die anständigen Bürger“, „der kleine Mann“ etc. oder auch „Wir“, wenn sich die Partei damit nicht selbst meint;

(2) das Volk als Träger einer nationalen Kultur adressiert;

(3) positiv auf eine (reale oder gedachte) nationale Vergangenheit rekurriert, ggf. auch mit Bezug zu einem religiösen oder kulturellen Erbe, oder diese glorifiziert;

(4) dem Volk einen politischen Willen unterstellt bzw. das Volk als Träger politischer Souveränität beschreibt;

(5) sich selbst als „Sprachrohr“ des Volkes in Szene setzt;

(6) (direktdemokratische) Möglichkeiten zur politischen Teilhabe einführen oder ausweiten will.

30000 Auffangkategorie, sofern keine der folgenden Subkategorien passt, aber Volkszentrierung angesprochen wird (möglichst nur als Zwischenschritt verwenden)

30100 Subdimension 1: Direkte Demokratie und Demokratiereform. Codes greifen dann, wenn sich der Sinnabschnitt auf Instrumente direkter Demokratie oder allgemein auf die Ausweitung demokratischer Instrumente bezieht.

- 30110 Volksinitiativen: positiv
- 30120 Volksinitiativen: negativ
- 30130 Referenden/Volksentscheide: positiv
- 30140 Referenden/Volksentscheide: negativ
- 30150 Sonstige Formen direkter Demokratie: positiv
- 30160 Sonstige Formen direkter Demokratie: negativ
- 30170 Sonstige Demokratiereform

30200 Subdimension 2: Politische Souveränität des Volkes. Codes greifen immer dann, wenn sich Partei in irgendeiner Weise auf ein „Wir“ bezieht, das nicht die Partei selbst ist, also „das Volk“, „Wir“, die Nation, „die Bürger“ etc.

- 30210 Eigene Partei als Sprachrohr des Volkes
- 30220 „Volkes Wille“, Volk als politischer Souverän
- 30230 Durchsetzung der Mehrheitsinteressen: positiv
- 30240 Durchsetzung der Mehrheitsinteressen: negativ
- 30250 Direktwahl Regierungschef/
Staatsoberhaupt: positiv
- 30260 Direktwahl Regierungschef/
Staatsoberhaupt: negativ

30300 Subdimension 3: Identität und Moral. Codiert wird, wenn die Partei sich auf die Identität, Eigenschaften, die Moral oder das Gewissen des Volkes bezieht; je nach Code entweder positiv oder indem sie deren Krise proklamiert.

- 30310 Eigene Identität des Volkes: positiv
- 30320 Eigene Identität des Volkes: negativ
- 30330 Bezug zur nationalen Vergangenheit: positiv
- 30340 Bezug zur nationalen Vergangenheit: negativ
- 30350 „Common Sense“/
„Gesunder Menschenverstand“
- 30360 „Einfache Leute“/„Common Man“/
„Normalbürger“

00000 Leerkategorie: Keine der oben aufgeführten Kategorien trifft zu.

40000 Zusatzcodes: Weitere Codes, die in Verbindung mit Populismus stehen können, aber kein unmittelbarer Bestandteil des Konzeptes sind.

40100 Subdimension 1: Law and Order. Codes greifen, wenn die Partei in ihrem Programm ein härteres Vorgehen gegen Straftäter oder mehr Kompetenzen für die Polizei fordert.

Anmerkung: bei einer negativen Beschreibung des strafrechtlichen/juristischen Status quo greift wahrscheinlich Code 10330 oder 10340!

- 40110 Mehr Kompetenzen/bessere Ausstattung für die Polizei
- 40120 Härtere Strafen für Kriminelle/Kriminalität
- 40130 Härteres Vorgehen gegen Terrorismus/
Terroristen

8. KONTEXTEINHEIT (CONTEXT UNIT)

Der Codiervorgang geht immer von dem einzelnen Satz aus. Sollten Bezüge unklar sein, so gehen Sie bitte wie folgt vor:

(1) Inspizieren Sie zunächst den vorhergehenden Satz, ob er Hinweise darauf gibt, wie der aktuelle Satz zu interpretieren ist.

(2) Ziehen Sie im zweiten Schritt bei bestehenden Unklarheiten die Abschnittsüberschrift zu Rate.

9. BERICHTSEINHEIT (REPORTING UNIT)

Die codierten Dokumente werden dem Seminarleiter in Papierform eingereicht und von diesem in eine Excel-Tabelle übertragen. Diese führt für jeden Sinnabschnitt (Zeilen) auf, welche Kategorie codiert wurde (Spalten). Die Werte in den Spalten sind daher 0 (Kategorie wurde im Sinnabschnitt nicht codiert) oder 1 (Kategorie wurde im Sinnabschnitt codiert).

10. LITERATUR

Aslanidis, Paris (2015): *Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective*, Political Studies (online first).

Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.

Decker, Frank, Hrsg. (2006): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden.

Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2017): *Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien*. Zeitschrift für Politik 64 (1), S. 21-38.

Franzmann, Simon T. (2016): *Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung*. Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 23-37.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist: Government and Opposition* 39 (4), S. 541-563.

Mudde, Cas (2017): *Populism: An Ideational Approach*. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford, S. 27-46.

Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2013): *Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America*. *Government and Opposition* 48 (2), S. 147-174.

Rooduijn, Matthijs und Tean Pauwels (2011): *Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis*. *West European Politics* 34 (6), S. 1272-1283.

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



